

NOAM CHOMSKY

# PROFIT OVER PEOPLE

NEOLIBERALISMUS UND GLOBALE WELTORDNUNG

Aus dem Amerikanischen von Michael Haupt

Europa Verlag  
Hamburg • Wien

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme  
Ein Titelsatz für diese Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich.  
Die Originalausgabe »Profit Over People. Neoliberalism and Global Order«  
wurde von Seven Stories Press, New York, USA, 1999 veröffentlicht.  
© 1999 by Noam Chomsky  
Vorwort: © 1998 by Robert W. McChesney  
Deutsche Erstausgabe  
© Europa Verlag GmbH Hamburg/Wien, September 2000  
6. Auflage, März 2001  
Lektorat: Aenne Glienke  
Umschlaggestaltung: Kathrin Steigerwald, Hamburg  
Foto: © Kazutoma Kawei, Photonica  
Innengestaltung: H & G Herstellung, Hamburg  
Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck  
ISBN 3-203-76010-X  
Informationen über unser Programm erhalten Sie beim  
Europa Verlag, Neuer Wall 10, 20354 Hamburg oder unter [www.europaverlag.de](http://www.europaverlag.de)

## Inhalt

Einleitung von Robert W. McChesney

I. Neoliberalismus und globale Weltordnung

II. Konsens ohne Zustimmung: Wie man das Bewusstsein der Öffentlichkeit reglementiert

III. Die Leidenschaft für freie Märkte

IV. Marktdemokratie und neoliberale Ordnung: Theorie und Praxis

Glossar

Bibliografie

Zu den Autoren

# Einleitung

von Robert W. McChesney

Der Neoliberalismus ist das vorherrschende Paradigma der politischen Ökonomie unserer Zeit - es bezieht sich auf die Politik und die Prozesse, mittels derer es einer relativ kleinen Gruppe von Kapitaleignern gelingt, zum Zwecke persönlicher Profitmaximierung möglichst weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu kontrollieren. Ursprünglich galten Reagan und Thatcher als die Hauptvertreter neoliberaler Politik, doch seit zwei Jahrzehnten ist der Neoliberalismus weltweit auf dem Vormarsch, und seine Prinzipien sind von Parteien der Mitte ebenso übernommen worden wie von denen der traditionellen Linken und Rechten. Diese Parteien vertreten mit ihrer Politik die Interessen von kapitalkräftigen Investoren und knapp eintausend Großkonzernen dieser Welt.

Außerhalb der Universitäten und der Geschäftswelt ist der Begriff »Neoliberalismus« vor allem in den USA der breiteren Öffentlichkeit kaum bekannt. Hier gelten neoliberale Initiativen vielmehr als Ausdruck einer Politik des freien Marktes, die das private Unternehmertum fördert, konsumentenorientiert handelt, persönliche Verantwortung und unternehmerische Tatkraft belohnt und sich gegen alle Übergriffe einer inkompetenten, bürokratischen und parasitären Regierung, von der nichts Gutes zu erwarten ist, zur Wehr setzt. Jahrzehntelange Werbekampagnen, finanziert von Großkonzernen, haben diesen Begriffen eine fast sakrale Aura verliehen, so dass die damit verbundenen Forderungen kaum noch der Verteidigung bedürfen. Inzwischen lässt sich mit neoliberalen Vokabeln alles Mögliche begründen - Steuererleichterungen für Wohlhabende, Reduzierung der Maßnahmen zum Umweltschutz, Zerschlagung staatlicher Bildungs- und Wohlfahrtsprogramme. Mittlerweile ist jede Aktivität, die an die gesellschaftliche Vorherrschaft der Konzerne rührt, automatisch verdächtig, weil sie die Mechanismen des freien Marktes, der einzig vernünftigen, fairen und demokratischen Instanz für die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen, gefährden könnte. Rhetorisch besonders versierte Vertreter des Neoliberalismus tun so, als erwiesen sie mit ihrer Politik für die Wohlhabenden allen anderen, den Armen und der Umwelt noch einen Riesengefallen. Die ökonomischen Folgen dieser Politik sind überall dieselben und zeitigen, was ohnehin zu erwarten war: massive Zunahme sozialer und ökonomischer Ungleichheit, gravierende Rückschläge für die ärmsten Nationen und Völker der Welt, die katastrophale Verschlechterung der globalen Umweltbedingungen, eine instabile Weltwirtschaft — aber munter sprudelnde Quellen wachsenden Reichtums für die Wohlhabenden. Dessen ungeachtet behaupten die Neoliberalen, dass auch die breiten Massen von dieser Strategie profitieren werden, allerdings müsse die neoliberale Politik - die indes für die Verschärfung der Probleme verantwortlich ist - unangetastet bleiben.

Letztlich geht es den Neoliberalen nicht um die empirische Begründung ihrer Politik, sondern um einen durchaus religiös zu nennenden Glauben an die Unfehlbarkeit des unregulierten Marktes. Ihre Überzeugung untermauern sie mit Theorien, die aus dem 19. Jahrhundert stammen und mit der heutigen Welt wenig zu tun haben. Ihre letzte Trumpfkarte ist jedoch der Mangel an Alternativen. Für die Neoliberalen haben kommunistische und sozialdemokratische Regierungen ebenso versagt wie gemäßigte Wohlfahrtsstaaten a la USA, so dass die Bürger dieser Länder den Neoliberalismus als einzig gangbaren Weg akzeptiert haben. Er mag nicht vollkommen sein, ist jedoch das einzig praktikable Wirtschaftssystem.

In den dreißiger Jahren wurde der Faschismus bisweilen als »Kapitalismus ohne Maske« bezeichnet, d. h. als reiner Kapitalismus ohne demokratische Rechte und Organisationen. Wir wissen, dass diese Definition zu einfach ist, aber auf den Neoliberalismus trifft sie zu: Er ist

tatsächlich ein »Kapitalismus ohne Maske«, repräsentiert er doch eine Epoche, in der die Wirtschaftsmächte stärker und aggressiver sind und auf weniger organisierten Widerstand treffen als je zuvor. Begünstigt durch das politische Klima sind sie dabei, ihren Einflussbereich an allen Fronten zu erweitern, wodurch sie immer unangreifbarer werden, während demokratischen und nichtkommerziellen Kräften das Überleben fast unmöglich gemacht wird. Gerade in der Unterdrückung solcher Kräfte zeigt sich, dass und wie der Neoliberalismus nicht nur als ökonomisches, sondern auch als politisches und kulturelles System operiert. Hier fällt der Unterschied zum Faschismus am deutlichsten ins Auge. Der Faschismus ist rassistisch und nationalistisch, verachtet die formelle Demokratie ebenso wie die hoch organisierten sozialen Bewegungen. Der Neoliberalismus dagegen funktioniert am besten in einer formellen parlamentarischen Demokratie, in der die Bevölkerung zugleich systematisch davon abgehalten wird, sich an Entscheidungsprozessen sinnvoll beteiligen zu können. In seinem Buch *Kapitalismus und Freiheit* behauptet Milton Friedman, der Guru der Neoliberalen, dass das Gewinnstreben zum Wesen der Demokratie gehöre, weshalb jede Regierung, die nicht vorbehaltlos auf Marktstrategien setze, antidemokratisch sei, auch wenn sie die Unterstützung einer gut informierten Öffentlichkeit genieße. Infolgedessen werde die Funktion der Regierung am besten auf den Schutz des Privateigentums und die Geltendmachung vertraglicher Rechte, und die politische Diskussion auf Nebenthemen beschränkt, während die Produktion und Distribution von Ressourcen und die gesellschaftlichen Institutionen durch Marktmechanismen reguliert werden.

Dank dieser pervertierten Auffassung von Demokratie waren Neoliberale wie Friedman nicht von Skrupeln geplagt, als 1973 in Chile die demokratisch gewählte Regierung Allende durch einen Militärputsch gestürzt wurde, weil sie den Wirtschaftsmächten im Weg stand. Nach fünfzehn Jahren brutaler Diktatur — im Namen des demokratischen, freien Marktes — wurde 1989 mit der Rückkehr zur formellen Demokratie eine Verfassung verabschiedet, die es den Bürgern noch schwerer, wenn nicht unmöglich macht, sich der Vorherrschaft von Wirtschaft und Militär in der chilenischen Gesellschaft zu widersetzen. Das ist neoliberale Demokratie in nuce: Ein paar Parteien, die, ungeachtet formeller Unterschiede und Wahlkampfgeschrei, die gleiche prokapitalistische Wirtschaftspolitik betreiben, führen triviale Diskussionen über Nebensachen. Demokratie ist zulässig, solange die Wirtschaft von demokratischen Entscheidungsprozessen verschont bleibt, d.h., solange die Demokratie keine ist. Daher hat das neoliberale System ein wichtiges und notwendiges Nebenprodukt – ein entpolitisiertes, von Apathie und Zynismus befallenes Staatsbürgertum. Wenn die parlamentarische Demokratie so wenig in das gesellschaftliche Leben hineinwirkt, ist es offenbar sinnlos, ihr große Aufmerksamkeit zu widmen; in den USA, dem Nährboden neoliberaler Demokratie, fiel die Beteiligung an den Kongresswahlen von 1998 auf ein Rekordtief: Nur ein Drittel der Wahlberechtigten fand sich an den Urnen ein. Obwohl eine Partei wie die der Demokraten, die auch aus den Unter- und Mittelschichten Stimmen erhält, sich über das Wahlverhalten hin und wieder besorgt äußert, wird eine geringe Wahlbeteiligung von den etablierten Mächten unterstützt und gutgeheißen, weil, was kaum verwundert, der Anteil der Nichtwähler in den armen und arbeitenden Schichten besonders hoch ist. Politische Initiativen, die das Interesse der Wähler steigern und die Wahlbeteiligung erhöhen könnten, werden erstickt, bevor sie überhaupt das Licht der Öffentlichkeit erblicken. So haben in den Vereinigten Staaten die beiden großen, von der Wirtschaftslobby beherrschten Parteien der Demokraten und Republikaner mit Unterstützung der Wirtschaftsverbände eine Reform von Gesetzen verweigert, die die Gründung und wirksame Arbeit neuer Parteien (mit vielleicht antikapitalistischer Ausrichtung) nahezu unmöglich machen. Obwohl wiederholt auf die spürbare Unzufriedenheit mit den beiden Parteien hingewiesen wurde, ist die Wahlpolitik ein Bereich, in dem Wettbewerb und freie Auswahl keine große Bedeutung haben. Gerade hier steht die vom Neoliberalismus beeinflusste Politik dem kommunistischen Einparteiensstaat näher als einer echten Demokratie.

Doch das verdeutlicht noch nicht hinreichend, wie schädlich sich der Neoliberalismus auf eine bürgerorientierte politische Kultur auswirkt. Zum einen untergräbt die von ihm hervorgerufene soziale Ungleichheit jeden Versuch, für eine Rechtsgleichheit zu sorgen, die der Demokratie Glaubwürdigkeit verleiht. Großkonzerne besitzen die nötigen Mittel, um die Medien zu beeinflussen und die politische Willensbildung nach ihren Vorstellungen zu gestalten, und sie machen davon Gebrauch. Bei Wahlen zum Beispiel stammen 80 Prozent der individuellen Spendengelder von dem reichsten Viertel eines Prozents der Amerikaner, und die Konzerne zahlen gegenüber den Gewerkschaften das Zehnfache. Neo-liberalistisch betrachtet ist das sinnvoll, denn indem Spenden wie Investitionen behandelt werden, spiegeln auch die Wahlen Marktprinzipien wider. Zudem werden die Wahlen damit für die meisten Bürger bedeutungslos, und die Vorherrschaft der Konzerne bleibt ungebrochen.

Andererseits benötigt die Demokratie ein die Bürger verbindendes Gemeinschaftsgefühl, das seinen Ausdruck in einer Vielzahl nichtkommerzieller Organisationen und Institutionen findet. Eine lebendige politische Kultur braucht Bibliotheken, öffentliche Schulen, Nachbarschaftsinitiativen, Kooperativen, Versammlungsorte, Freiwilligenverbände und Gewerkschaften, damit die Menschen sich treffen und ihre Probleme bereden können. Die neoliberale Demokratie, die den Markt über alles stellt, lässt diesen Bereich links liegen. Sie bringt keine Bürger, sondern Konsumenten hervor, keine Gemeinschaften, sondern Einkaufszentren. So entsteht schließlich eine atomisierte Gesellschaft gleichgültiger Individuen, die sich demoralisiert und ohnmächtig fühlen.

Demzufolge ist der Neoliberalismus - nicht nur in den USA, sondern weltweit - der erste und unmittelbare Feind wirklicher Demokratie, und daran wird sich auf absehbare Zeit auch nichts ändern.

Es passt zu Noam Chomsky, im Kampf für die Demokratie und gegen den Neoliberalismus die führende Persönlichkeit zu sein. In den sechziger Jahren war er ein prominenter Kritiker des Vietnamkriegs und wurde schon bald zum scharfsichtigen Analytiker einer US-Außenpolitik, die die Demokratie untergräbt, die Menschenrechte mit Füßen tritt und sich zum Fürsprecher der Interessen der reichen Oberschicht macht. Seit den siebziger Jahren hat Chomsky in Zusammenarbeit mit Edward S. Herman die Politik der US-amerikanischen Nachrichtenmedien untersucht. In ihrem 1988 erschienenen Buch *Manufacturing Consent* zeigen sie, auf welche Weise diese Medien den Interessen der Wirtschaft dienen und die Fähigkeit der Menschen, ihr Zusammenleben demokratisch zu regeln, untergraben. *Manufacturing Consent* ist nach wie vor Ausgangspunkt für jede ernsthafte Untersuchung der Aktivitäten von Nachrichtenmedien.

Aber Chomsky, den man als Anarchisten oder vielleicht genauer als Libertären bezeichnen könnte, hat auch die kommunistischen Staaten und Parteien mit seiner an den Prinzipien wahrhafter Demokratie orientierten Kritik nicht verschont. Wie ungezählte andere habe ich von ihm gelernt, dass die Demokratie der unverzichtbare Eckstein jeder postkapitalistischen Gesellschaft ist, für die zu kämpfen und in der zu leben sich lohnt. Zugleich hat er gezeigt, wie absurd es ist, Kapitalismus und Demokratie gleichzusetzen oder zu glauben, dass selbst die beste kapitalistische Gesellschaft den streng geregelten und eingeschränkten Zugriff auf Informationskanäle und Entscheidungsmöglichkeiten lockert. Mit Ausnahme von George Orwell hat wohl kaum ein anderer Autor die heuchlerische Behauptung der Herrscher und Ideologen in kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaften, ihre Form der Demokratie sei die einzig wahre, so systematisch entlarvt.

In den neunziger Jahren hat Chomsky die unterschiedlichen Themen seiner politischen Arbeit — vom Antiimperialismus und der Medienanalyse bis hin zu Schriften über Demokratie und Arbeiterbewegung - gebündelt und zu Büchern verarbeitet, zu denen auch diese Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus gehört. Zugleich möchte er, im Rückblick auf das antike Griechenland und die Vordenker demokratischer Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts, die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie erhellen. Er weist nach, dass man nicht für eine partizipatorische Demokratie eintreten und zugleich den Kapitalismus

oder eine andere Klassengesellschaft verteidigen kann. Anhand der historischen Kämpfe für die Demokratie verdeutlicht er auch, dass der Neoliberalismus kein neues Phänomen ist, sondern lediglich eine Neuauflage des Kampfes der Reichen gegen die Ausweitung der politischen und bürgerlichen Rechte der Massen.

Ein weiteres Thema ist die von ihm kritisierte Mythologie des freien Marktes, die uns einzuhämmern sucht, dass die Wirtschaft konkurrenzorientiert, rational, effizient und fair sei. Chomsky weist darauf hin, dass Märkte nur höchst selten vom Wettbewerb, sondern gemeinhin von Großkonzernen beherrscht und kontrolliert werden, so dass die Wirklichkeit ganz anders aussieht, als die Lehrbücher der Ökonomie und die Sonntagsreden der Politiker sie schildern. Zudem sind Konzerne ihrer Struktur nach totalitäre Organisationen, deren Operationsweisen mit Demokratie nichts zu tun haben. Da diese Organisationen in der Wirtschaft die entscheidende Rolle spielen, ist unsere Fähigkeit, eine demokratische Gesellschaft zu entwickeln, ziemlich eingeschränkt.

Die Mythologie des freien Marktes besagt auch, dass Regierungen ineffiziente Institutionen seien, deren Wirken die magischen Kreise des *laissez-faire* nicht stören sollte. In Wirklichkeit jedoch, so betont Chomsky, sind Regierungen für das moderne kapitalistische System von zentraler Bedeutung. Sie verteilen großzügige Subventionen an die Konzerne und kämpfen an zahlreichen Fronten für deren Interessen. Oft genug ist die von den Konzernen verbreitete neoliberale Ideologie pure Heuchelei, in der Erwartung, dass die Regierungen ihnen Steuergelder zuschanzen und ihre Märkte vor dem Wettbewerb schützen, ohne sie indes zu besteuern oder sich um die Belange nichtkommerzieller Organisationen im Interesse der Unterschichten zu kümmern. Die Regierungsapparate sind aufgeblähter als je zuvor, doch haben sie im Neoliberalismus sehr viel weniger Anspruch darauf, die Interessen der Armen und der Arbeiter zu vertreten.

Nirgendwo tritt die Bedeutung von Regierungen und Regierungspolitik deutlicher zutage als in der globalen Marktwirtschaft. Was neoliberale Wirtschaftsideo­logen als natürliche Ausdehnung freier Märkte über Ländergrenzen hinweg preisen, ist tatsächlich genau das Gegenteil. Die Globalisierung wird von mächtigen Regierungen, insbesondere der US-amerikanischen, betrieben, um internationale Handelsabkommen zu erzwingen, die es den Konzernen erleichtern, die Wirtschaftsgefüge anderer Nationen zu kontrollieren, ohne für die Folgen aufkommen zu müssen. Am deutlichsten lässt sich dieser Prozeß an der Institutionalisierung der Welthandelsorganisation (WTO) zu Beginn der neunziger Jahre oder an den jüngsten geheimen Entscheidungen über das Multilaterale Investmentabkommen (MAI) von 1998 ablesen.

Das auffälligste am Neoliberalismus ist die Unmöglichkeit, über ihn eine offene und ehrliche Diskussion zu führen. Trotz ihrer empirischen Stärke und ihres Engagements für demokratische Werte bleibt Chomskys Kritik in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Aber dies lässt sich anhand seiner Theorie der Medien in kapitalistischen Demokratien erklären. Die konzerngesteuerten Nachrichtenorgane, die Werbeindustrie, die akademischen Ideologen und die Intellektuellenkultur spielen die zentrale Rolle bei der Verbreitung der »notwendigen Illusionen«, die eine triste Wirklichkeit als vernünftig, wohlwollend und notwendig, wo nicht gar notwendigerweise wünschenswert erscheinen lassen. Er weist nachdrücklich darauf hin, dass es dazu keiner formellen Verschwörung zwischen den einzelnen Machtsektoren bedarf. Über eine Vielzahl von institutionellen Mechanismen erhalten Intellektuelle, Gelehrte und Journalisten Signale, die sie dazu bringen, den Status quo für die beste aller möglichen Welten zu halten, so dass sie nicht auf die Idee kommen, diejenigen anzugreifen, die vom Status quo profitieren. Chomskys Werk ist eine direkte Aufforderung an die demokratischen Aktivisten, unser Mediensystem umzukrempeln, damit es sich antikapitalistischen Untersuchungen und Perspektiven öffnen kann. Und es ist ein Appell an alle Intellektuellen, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen, in den Spiegel zu schauen und sich zu fragen, in wessen Interesse und für welche Werte sie arbeiten.

Chomskys Beschreibung der unsere Wirtschaft, Politik, Medien und Kultur durchdringenden neoliberalen Machtstrukturen ist so überwältigend, dass sie bei manchen Lesern ein Gefühl der Resignation hervorrufen kann. In unserer politisch demoralisierten Zeit mögen einige vielleicht noch einen Schritt weitergehen und den Schluss ziehen, dass wir in diesem regressiven System gefangen sind, weil die Menschheit einfach unfähig ist, eine humanere demokratische Ordnung zu errichten.

Vielleicht liegt Chomskys bedeutendster Beitrag darin, dass er beharrlich darauf hinweist, wie stark die Völker überall auf der Welt der Demokratie zuneigen und welch revolutionäres Potential sich darin verbirgt. Der beste Beweis dafür sind die weitreichenden Bestrebungen der Konzerne, die Entstehung einer authentischen politischen Demokratie zu verhindern. Die Herrscher der Welt wissen sehr wohl, dass ihr System den Bedürfnissen der wenigen, nicht der vielen dient, denen es infolgedessen niemals erlaubt werden darf, die Vorherrschaft der Konzerne in Frage zu stellen. Und auch in den formellen Demokratien sorgen die Magnaten dafür, dass Themen wie das bereits erwähnte Multilaterale Investmentabkommen nicht in die öffentliche Diskussion geraten. Zudem steckt die Wirtschaft riesige Vermögen in Werbekampagnen, um die Leute davon zu überzeugen, dass diese Welt die beste aller möglichen ist. Folgte man dieser Logik, müsste man sich um die Möglichkeit eines Wandels zum Besseren erst dann sorgen, wenn die Wirtschaft keine PR-Kampagnen mehr betreibt, keine Wahlen mehr finanziert, ein repräsentatives Medienspektrum zulässt und für demokratische Verhältnisse sorgt, die diesen Namen verdienen, weil sie die Macht der vielen nicht mehr fürchtet. Dass dergleichen jemals geschieht, ist mehr als unwahrscheinlich.

Lauthals und hartnäckig verkündet der Neoliberalismus, dass es keine Alternative zum Status quo gebe und die Menschheit ihren höchsten Stand erreicht habe. Chomsky weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit schon mehrfach Epochen gab, die als »Ende der Geschichte« gegolten haben. So verkündeten die US-amerikanischen Führungsschichten in den zwanziger und den fünfziger Jahren, dass das System funktioniere und die Massen, weil sie sich ruhig verhielten, mit dem Status quo weitgehend zufrieden seien. Schon bald sollte sich zeigen, wie töricht diese Annahmen gewesen waren. Ich vermute, dass die demokratischen Kräfte nur ein paar greifbare Siege brauchen, um zu alter Stärke zurückzufinden, damit das Gerede von der Unmöglichkeit einer Veränderung ebenso auf dem Kehrighaufen der Geschichte landet wie die vergangenen Träume der führenden Schichten von tausendjähriger Herrschaft.

Angesichts der technologischen Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage der Menschheit muss die Behauptung, es gebe keine überzeugende Alternative zum Status quo, besonders befremdlich erscheinen. Zwar lässt sich nicht sagen, wie eine lebensfähige, freie, humane postkapitalistische Ordnung errichtet werden kann, hat doch schon die bloße Vorstellung einer solchen Gesellschaft etwas Utopisches. Aber jeder Fortschritt in der Geschichte, von der Abschaffung der Sklaverei und der Errichtung der Demokratie bis zur offiziellen Beendigung der Kolonialherrschaft, wurde irgendwann einmal für unmöglich gehalten, weil es für ihn keine Vorbilder gab. Und Chomsky erinnert daran, dass die demokratischen Rechte und Freiheiten, die wir heute besitzen — allgemeines Wahlrecht, Gleichberechtigung der Frauen, Gewerkschaften, Bürgerrechte usw. - durch organisierte politische Aktivität erkämpft worden sind. Selbst wenn eine postkapitalistische Gesellschaft unerreichbar scheint, wissen wir, dass politisches Handeln die Welt, in der wir leben, humaner gestalten kann. Warum also sollte es unmöglich sein, eine Gesellschaft anzustreben, deren politische Ökonomie auf Kooperation, Gleichheit, Selbstverwaltung und individueller Freiheit beruht?

Bis dahin ist der Kampf für gesellschaftliche Veränderung kein hypothetisches Problem. In Ostasien, Osteuropa und Lateinamerika hat der Neoliberalismus bereits zu umfassenden politischen und wirtschaftlichen Krisen geführt. In Japan, Westeuropa und Nordamerika sind die gesellschaftlichen Verhältnisse unsicher geworden. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird es zu beträchtlichen Umwälzungen kommen, deren Ergebnis sich nicht absehen lässt. Jedenfalls werden diese Krisen nicht automatisch zu genuin demokratischen

Verhältnissen führen. Alles hängt davon ab, wie wir, die vielen, reagieren, uns organisieren, handeln. Wenn man, mit Chomsky zu sprechen, die Veränderung zum Besseren für unmöglich hält, wird es sie auch nicht geben. Wir haben die Wahl.



# I. Neoliberalismus und globale Weltordnung

Neoliberalismus und globale Weltordnung sind Probleme von großer Bedeutung für die Menschheit, und sie werden oftmals nicht richtig verstanden. Um sinnvolle Aussagen machen zu können, müssen wir zunächst die Theorie von der Wirklichkeit unterscheiden. Dabei entdecken wir oft eine beträchtliche Lücke.

Der Ausdruck »Neoliberalismus« unterstellt ein System von Grundsätzen, das neu ist und sich zugleich auf klassische liberale Ideen gründet: als Schutzheiliger wird Adam Smith verehrt. Das Theoriegebäude des Neoliberalismus ist auch unter dem Namen »Konsens von Washington« bekannt, was bereits einiges über die globale Weltordnung aussagt. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass dieser Verweis ziemlich genau ins Schwarze trifft.

Ansonsten jedoch sind die Theorien keineswegs neu, die Grundannahmen jedoch weit von jenen Prinzipien entfernt, die seit der Aufklärung das Lebenselement der liberalen Tradition gebildet haben.

## Der »Konsens von Washington«

Der neoliberale »Konsens von Washington« bezieht sich auf eine Reihe von Marktprinzipien, die die US-amerikanische Regierung mit den von ihr weitgehend beherrschten internationalen Finanzinstitutionen entworfen und durchgesetzt hat, was für die ärmeren Gesellschaften oftmals einschneidende strukturelle Anpassungsprogramme zur Folge hat. Die Grundsätze dieser neoliberalen Ordnung lauten: Liberalisierung von Handel und Finanzen, Preisregulierung über den Markt, Beendigung der Inflation (»makroökonomische Stabilität«), Privatisierung. Die Regierung sollte »den Weg frei machen« — und folglich auch die Bevölkerung, insofern die Regierung demokratisch ist, wobei dieser Schluss nur implizit gezogen wird. Naturgemäß sind die Entscheidungen derjenigen, die den »Konsens« durchsetzen, von größtem Einfluss auf die globale Weltordnung. Einige Fachleute vertreten sogar eine noch stärkere Position. Die internationale Wirtschaftspresse sieht diese Institutionen als Kernstück einer »faktischen Weltregierung«, die in einem »neuen Zeitalter des Imperialismus« die Interessen der Transnationalen Unternehmen (TNCs), Banken und Investmentfirmen vertritt.

Ob diese Beschreibung nun zutreffend ist oder nicht, erinnert sie uns auf jeden Fall daran, dass Regierungsinstitutionen keine unabhängigen Handlungsträger sind, sondern die Machtverteilung in der Gesamtgesellschaft widerspiegeln. Das ist spätestens seit Adam Smith ein Gemeinplatz, wies doch bereits er darauf hin, dass die »hauptsächlichen Architekten« der Politik in England »Kaufleute und Manufakturbesitzer« waren, die die Macht des Staates in den Dienst ihrer eigenen Interessen stellten, mochten die Folgen für andere, zu denen auch das englische Volk gehörte, auch noch so »betrüblich« sein. Es ging Smith um den »Wohlstand der Nationen«, aber er begriff, dass die Redeweise vom »nationalen Interesse« strenggenommen Augenwischerei ist, denn innerhalb der »Nation« existieren äußerst gegensätzliche Interessen, und 'wenn wir die Politik und ihre Auswirkungen verstehen wollen, müssen wir fragen, wo die Macht liegt und wie sie ausgeübt wird. Das wurde später »Klassenanalyse« genannt.

Die »hauptsächlichen Architekten« des neoliberalen »Konsenses von Washington« sind die Herren und Meister der Privatwirtschaft, in der Hauptsache riesige Konzerne, die weite Bereiche der internationalen Wirtschaft kontrollieren und über Mittel zur Beherrschung der politischen Willensbildung wie zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung verfügen. Aus ersichtlichen Gründen spielen die Vereinigten Staaten in diesem System eine Sonderrolle. Mit

den Worten des Diplomatiehistorikers Gerald Haines (der auch ein herausragender Historiker der CIA ist): »Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die USA aus eigenem Interesse die Verantwortung für das Wohlergehen des kapitalistischen Weltsystems.« Haines beschäftigt sich mit der von ihm so genannten »Amerikanisierung Brasiliens« als einem Fall unter anderen. Seine Worte bringen die herrschenden Verhältnisse auf den Punkt.

Schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg waren die Vereinigten Staaten Weltwirtschaftsmacht Nummer eins. Das wurde mit dem Krieg nicht anders: Die USA blühten ökonomisch auf, während ihre Konkurrenten stark geschwächt wurden. Die staatlich koordinierte Kriegswirtschaft war schließlich in der Lage, die Große Wirtschaftskrise zu überwinden. Mit Kriegsende besaßen die Vereinigten Staaten den Reichtum der halben Welt und eine in der Geschichte beispiellose Machtposition. Natürlich ging es den »hauptsächlichen Architekten« der Politik darum, diese Macht auszunutzen, um ein ihren Interessen angemessenes globales System zu entwerfen.

In hochrangigen Dokumenten wird die hauptsächliche Bedrohung dieser Interessen, vor allem im Hinblick auf Lateinamerika, »radikalen und nationalistischen Regierungen« zugeschrieben, die bereit sind, dem Druck des Volks nachzugeben, das die »schnelle Anhebung des niedrigen Lebensstandards der Massen« und Entwicklungshilfe für die eigenen Bedürfnisse einklagt. Solche Forderungen stehen im Konflikt mit dem Verlangen nach »einem politischen und wirtschaftlichen Klima, das privaten Investitionen förderlich ist« sowie den angemessenen Rückfluss der Profite und die »Sicherung unserer Rohstoffe« garantiert - die natürlich auch dann »uns« gehören, wenn sie sich in anderen Ländern befinden. Aus diesen Gründen hat George Kennan, der einflussreiche Chef des außenpolitischen Planungsstabes, bereits 1948 dazu geraten, dass wir »aufhören sollten, über verschwommene und unrealistische Ziele wie Menschenrechte, Anhebung des Lebensstandards und Demokratisierung zu reden«, sondern »frei von idealistischen Phrasen« über »Altruismus und Weltbeglückung« mit »eindeutigen Machtkonzeptionen arbeiten« müssen — wobei die idealistischen Phrasen für den öffentlichen Diskurs natürlich schön, ja, faktisch sogar unerlässlich sind.

»Radikaler Nationalismus« kann schon als solcher nicht geduldet werden, stellt aber auch eine umfassendere »Bedrohung der Stabilität« dar — ebenfalls eine Phrase von besonderer Bedeutung. Als Washington 1954 daranging, Guatemalas erste demokratische Regierung zu stürzen, wies ein Regierungsbeamter des Außenministeriums darauf hin, dass Guatemala »zu einer zunehmenden Bedrohung für die Stabilität von Honduras und El Salvador geworden ist. Seine Agrarreform ist eine wirksame Propagandawaffe; sein umfangreiches Sozialprogramm, das die Arbeiter und Bauern in einem siegreichen Kampf gegen die oberen Klassen und ausländischen Unternehmen unterstützt, besitzt starke Anziehungskraft auf die Bevölkerungen der mittelamerikanischen Nachbarländer, wo ähnliche Bedingungen herrschen.« »Stabilität« bedeutet also Sicherheit für die »oberen Klassen und ausländischen Unternehmen«, deren Wohlstand erhalten werden muss.

Angesichts solcher Gefahren für »den Wohlstand des kapitalistischen Weltsystems« sind Terror und Subversion zur Wiederherstellung der »Stabilität« gerechtfertigt. Eine der ersten Aufgaben der CIA bestand in der Teilnahme am großangelegten Versuch, 1948 die Demokratie in Italien zu unterminieren, als befürchtet werden musste, dass die Wahlen ein unerwünschtes Ergebnis zeitigen würden. Sollte die Subversion fehlschlagen, war eine direkte militärische Intervention geplant. Diese Pläne wurden als Bemühungen deklariert, »Italien zu stabilisieren«. Ja, es ist sogar möglich, zu »destabilisieren«, um »Stabilität« zu erreichen. So erklärte der Herausgeber der quasi-amtlichen Zeitschrift *Foreign Affairs*, dass Washington »eine frei gewählte marxistische Regierung in Chile destabilisieren musste«, weil »wir entschlossen waren, Stabilität anzustreben«. Mit der entsprechenden Bildung kann man den offensichtlichen Widerspruch überwinden.

Nationalistische Regierungen, die die »Stabilität« bedrohen, werden »Viren« genannt, die andere Länder »infizieren« können. Das Italien von 1948 ist ein Beispiel. 25 Jahre später beschrieb Henry Kissinger Chile als einen »Virus«, der in bezug auf die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderung falsche Botschaften aussenden und andere Länder befallen könnte. Selbst Italien, nach Jahren umfangreicher CIA-Programme zur Untergrabung seiner Demokratie immer noch nicht »stabil«, drohte infiziert zu werden. Viren müssen vernichtet und andere Länder vor der Ansteckung bewahrt werden: Für beide Aufgaben ist oftmals die Gewalt das geeignetste Mittel; sie zieht eine grauenhafte Spur von Massakern, Terror, Folter und Verwüstung.

Die außenpolitischen Geheimpläne, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entworfen wurden, wiesen jedem Teil der Welt seine besondere Rolle zu. So bestand die »Hauptaufgabe« Südostasiens darin, Rohstoffe für die Industriemächte zu liefern. Europa sollte Afrika »ausbeuten«, um die Kriegsfolgen zu überwinden. Und so weiter, Erdteil für Erdteil.

Im Hinblick auf Lateinamerika verfolgte Washington das Ziel, die Monroe-Doktrin durchzusetzen, aber auch hier wieder in einem besonderen Sinn. Präsident Wilson, berühmt wegen seines Idealismus und seiner hohen moralischen Prinzipien, gestand insgeheim ein, dass »die Vereinigten Staaten mit dem Eintreten für die Monroe-Doktrin ihre eigenen Interessen im Auge haben«. Die Interessen der lateinamerikanischen Länder sind lediglich »Nebensache«, berühren uns nicht weiter. Wilson gab zu, dass dies »einzig auf Eigennutz zu beruhen scheint«, hielt aber daran fest, dass die Doktrin »keinen höheren oder edleren Beweggrund« besitze. Die Vereinigten Staaten vertrieben ihre traditionellen Konkurrenten, England und Frankreich, und errichteten ein unter ihrer Kontrolle stehendes regionales Bündnis, das aus dem Weltsystem, in dem solche Übereinkünfte verboten waren, ausgegliedert wurde.

Die Lateinamerika zugewiesenen »Funktionen« wurden auf einer im Februar 1945 abgehaltenen gesamtamerikanischen Konferenz verdeutlicht. Washington schlug damals eine »Wirtschaftscharta für Gesamtamerika« vor, die den ökonomischen Nationalismus »in jeglicher Form« beseitigen sollte. Die US-amerikanischen Planungsstrategen wussten, dass es nicht einfach sein würde, dieses Prinzip durchzusetzen. Unterlagen des Außenministeriums weisen darauf hin, dass lateinamerikanische Länder »politische Maßnahmen [bevorzugen], die auf eine breitere Streuung des Reichtums und die Anhebung des Lebensstandards der Massen« ausgerichtet sind. Zudem sind diese Länder der Überzeugung, »dass der hauptsächliche Nutznießer der Ressourcenentwicklung eines Landes die jeweilige Bevölkerung sein sollte«. Solche Vorstellungen sind natürlich unannehmbar: Die »hauptsächlichen Nutznießer« der Ressourcen sind US-Investoren, während Lateinamerika seiner dienenden Funktion ohne eine die Interessen der USA verletzende unvernünftige Rücksichtnahme auf allgemeinen Wohlstand oder »übertriebene industrielle Entwicklung« nachzukommen hat.

Die Position der Vereinigten Staaten setzte sich durch; allerdings gab es in der Folgezeit Probleme, über deren spezifische Behandlungsweise ich hier nichts weiter sagen muss.

Als Europa und Japan sich von den kriegsbedingten Verwüstungen zu erholen begannen, verschob sich die Weltordnung in Richtung auf eine dreipolige Struktur. Immer noch spielen die USA die Hauptrolle, auch wenn neue Herausforderungen am Horizont auftauchen, wie etwa konkurrierende Wirtschaftsbestrebungen europäischer und ostasiatischer Länder in Südamerika. Die einschneidendsten Veränderungen fanden vor 25 Jahren statt, als die Regierung Nixon das Weltwirtschaftssystem der Nachkriegszeit demontierte. Die USA spielten darin de facto die Rolle des Weltbankiers, was sich nun nicht länger aufrechterhalten ließ.

Diese einseitige Maßnahme führte zu einer gigantischen Explosion unregulierter Kapitalströme. Noch augenfälliger ist die Verschiebung in der Zusammensetzung des Kapitals. 1971 bezogen sich 90 Prozent der internationalen Finanzgeschäfte auf reales Kapital — Handel oder langfristige Investitionen — und 10 Prozent auf spekulatives Kapital. 1990 hatte sich das Verhältnis ins Gegenteil verkehrt, und 1995 sind etwa 95 Prozent der sehr viel größeren Summen spekulativ, wobei an jedem Tag die Summe des hin- und zurückfließenden

Kapitals sich auf mehr als eine Billion Dollar beläuft und damit die gesamten Fremdwährungsreserven der sieben führenden Industriemächte übersteigt. Prominente Wirtschaftswissenschaftler wiesen schon vor 20 Jahren darauf hin, dass dieser Prozeß zu einem verlangsamten Wirtschaftswachstum mit Niedriglöhnen führen würde, und schlugen sehr einfache Maßnahmen vor, um diesen Konsequenzen vorzubeugen. Aber die »hauptsächlichen Architekten« der Politik setzten auf die vorhersehbaren Folgen, zu denen auch sehr hohe Profite gehörten. Die Auswirkungen wurden noch verstärkt durch den enormen Anstieg der Ölpreise und die Revolution auf dem Telekommunikationssektor. Beides ist mit dem riesigen staatlichen Sektor der US-Wirtschaft verbunden; ich werde noch auf dieses Thema zurückkommen.

Die sogenannten »kommunistischen« Staaten standen außerhalb dieses Weltsystems. Während der siebziger Jahre wurde China reintegriert. Die Stagnation der sowjetischen Wirtschaft setzte in den sechziger Jahren ein, und das ganze verrottete Gebäude brach 20 Jahre später zusammen. Im großen und ganzen kehrt diese Region zu ihrem ehemaligen Status zurück. Sektoren, die einmal zum Westen gehörten, schließen sich ihm wieder an, während der größte Teil, vorwiegend unter der Herrschaft ehemaliger kommunistischer Bürokraten und anderer lokaler Kräfte, die sich mit ausländischen Unternehmen verbündet haben, unter Mitwirkung krimineller Vereinigungen, wieder seine traditionelle Dienstleistungsrolle einnimmt. Das Muster wie auch seine Resultate sind aus der Dritten Welt geläufig. Eine Untersuchung der UNICEF kam zu dem Ergebnis, dass die von ihr selbst geförderten neoliberalen »Reformen« in Russland allein 1993 eine halbe Million zusätzlicher Todesfälle verursacht hätten. Schätzungen des russischen Sozialministers zufolge leben 25 Prozent der Bevölkerung unter dem Existenzminimum, während die neuen Oligarchien enorme Reichtümer angehäuft haben. Auch dieses Muster kennen wir aus den vom Westen abhängigen Regionen.

Vertraut sind auch die Folgeerscheinungen weit verbreiteter Gewaltanwendung, die »den Wohlstand des kapitalistischen Weltsystems« sichern soll. Eine Konferenz der Jesuiten in San Salvador kam zu dem Ergebnis, dass »die Kultur des Terrors« mit der Zeit »die Erwartungen der Mehrheit in die Schranken weist«. Die Menschen denken dann nicht einmal mehr an »Alternativen zu den Vorstellungen der Mächtigen«, die das Ergebnis als großen Sieg für Freiheit und Demokratie bezeichnen.

Dies sind einige Umriss der globalen Weltordnung, innerhalb derer der »Konsens von Washington« geschmiedet wurde.

## Der Neoliberalismus - eine neue Lehre?

Schauen wir nun, wie neu der Neoliberalismus eigentlich ist. Eine gute Gelegenheit für den Einstieg bietet das Jahrbuch des Londoner Royal Institute of International Affairs, das Übersichtsartikel zu den wichtigsten Themen enthält. Einer davon beschäftigt sich mit Problemen der Wirtschaftsentwicklung. Der Autor, Paul Krugman, ist eine Kapazität auf diesem Gebiet. Er listet fünf wesentliche Punkte auf, die in direkter Beziehung zu unserer Frage stehen.

Erstens ist, so Krugman, das Wissen über wirtschaftliche Entwicklung äußerst begrenzt. So bleiben etwa für die Vereinigten Staaten die Ursachen für zwei Drittel der Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens unerklärt. Ebenso wenig steht der Erfolg der asiatischen Länder in Übereinstimmung mit dem, »was die geläufige Lehrmeinung als den Schlüssel zum Wachstum ansieht«, meint Krugman. Er empfiehlt »Bescheidenheit« bei politischen Entscheidungsprozessen und warnt vor »undifferenzierten Verallgemeinerungen«.

Zweitens vertritt er die Auffassung, dass fortwährend aus nicht ausreichenden Prämissen Schlüsse gezogen werden, die dann der Politik doktrinaire Rückendeckung gewähren. Hierzu gehört auch der »Konsens von Washington«.

Drittens hält er die »konventionellen Weisheiten« für instabil. Fortwährend verlagern sie ihr Schwergewicht, schlagen manchmal ins Gegenteil der vorangegangenen Phase um, während ihre Lobredner jedes Mal voller Selbstvertrauen die neue Lehrmeinung verkünden.

Viertens sind sich im nachhinein alle darüber einig, dass die jeweilige wirtschaftliche Entwicklungspolitik »dem angestrebten Ziel nicht dienlich war« und auf »schlechten Ideen« beruhte.

Fünftens und letztens wird »gewöhnlich behauptet, dass schlechte Ideen so viel Erfolg haben, weil sie im Interesse mächtiger Gruppierungen liegen. So etwas geschieht ohne Zweifel«, bemerkt Krugman.

Dass so etwas geschieht, ist spätestens seit Adam Smith hinlänglich bekannt. Und es geschieht selbst in den reichen Ländern mit beeindruckender Regelmäßigkeit, wenngleich die Dritte Welt am schlimmsten betroffen ist.

Genau das ist der zentrale Punkt. Die »schlechten Ideen« dienen vielleicht nicht den »angestrebten Zielen«, aber sie erweisen sich gewöhnlich als sehr *gute* Ideen für diejenigen, die sie entwickelt haben. In der neueren Zeit hat es viele Experimente in der

Wirtschaftsentwicklung gegeben, und die dabei auftretenden Gesetzmäßigkeiten sind schwer zu übersehen. Eine besteht darin, dass es den Planern dabei recht gut geht, während die dem Experiment unterworfenen Subjekte zumeist Prügel beziehen.

Das erste Großexperiment wurde vor 200 Jahren durchgeführt, als die britischen Regierungsvertreter in Indien die »dauerhafte Besiedlung« (*Permanent Settlement*) einführten, die wundersame Dinge zustande brachte. Die Resultate wurden 40 Jahre später von einer offiziellen Kommission begutachtet. Sie kam zu dem Schluss, dass »die mit großer Sorgfalt und Entschiedenheit durchgeführte Besiedlung [unglücklicherweise] ... fast die gesamten niederen Klassen in schmerzhafteste Bedrängnis gebracht« und eine »Armut« hinterlassen hat, für die es »in der Geschichte des Handels kaum eine Parallele gibt« angesichts »der Knochen der Baumwollspinner, die die Ebenen Indiens weiß färben«, wie der Direktor der Ostindischen Handelskompagnie hinzufügte.

Doch kann das Experiment kaum als Fehlschlag verbucht werden. Der britische Generalgouverneur bemerkte, dass die Besiedlung, »obwohl sie in vielfacher Hinsicht und in den wesentlichsten Umständen gescheitert ist, zumindest den großen Vorteil besaß, eine starke Gruppe von reichen Grundbesitzern hervorzubringen, die am weiteren Bestehen des britischen Dominions äußerst interessiert sind und die die Masse der Bevölkerung fest im Griff haben«. Ein weiterer Vorteil bestand darin, dass britische Investoren enorme Reichtümer anhäuften. Überdies finanzierte Indien 40 Prozent des britischen Handelsdefizits, während es zugleich einen geschützten Markt für britische Manufakturexporte darstellte und die britischen Besitzungen mit Lohnarbeitern versorgte, die die Verwendung von Sklaven überflüssig machten. Außerdem wurde dort das Opium produziert, das den Hauptgegenstand der britischen Exporte nach China bildete. Das Opium wurde China durch Gewalt aufgezwungen, ebenso wurden die geheiligten Prinzipien des Marktes übersehen, als die Opiumeinfuhr nach England verboten wurde.

Kurz gesagt, erwies sich das erste große Experiment als »schlechte Idee« für die Unterworfenen, nicht aber für die Planer und die mit ihnen verbündeten lokalen Oberschichten. Dieses Muster - *Profit Over People* — lässt sich bis in die Gegenwart verfolgen, wobei die Beharrlichkeit, mit der es auftritt, nicht weniger eindrucksvoll ist als die Rhetorik, mit der der jeweils jüngste »Ausbund an Demokratie und Kapitalismus« als »Wirtschaftswunder« gefeiert wird — und das, was die Rhetorik Gewöhnlicherweise verschweigt. Nehmen wir Brasilien. In seiner (von mir bereits erwähnten) hochgelobten Geschichte der »Amerikanisierung Brasiliens« schreibt Gerald Haines, dass die Vereinigten Staaten Brasilien seit 1945 als

»Testareal für moderne wissenschaftliche Methoden industrieller Entwicklung« benutzen. Die Experimente wurden »in bester Absicht« durchgeführt. US-amerikanische Investoren profitierten davon, und die Planungsstrategen »glaubten ernsthaft«, auch das brasilianische Volk werde seinen Nutzen daraus ziehen. Ich muss nicht beschreiben, welcher Nutzen hier gemeint ist, als Brasilien, mit den Worten der Wirtschaftspresse, »zum lateinamerikanischen Liebling der internationalen Geschäftswelt« wurde, während die Weltbank berichtete, zwei Drittel der Bevölkerung hätten nicht genug zu essen, um normale körperliche Tätigkeiten verrichten zu können.

In seinem 1989 veröffentlichten Buch beschreibt Haines »Amerikas Brasilienpolitik« als »überaus erfolgreich«, es sei »eine wirkliche amerikanische Erfolgsgeschichte«. In den Augen der Geschäftswelt war 1989 das »goldene Jahr«, mit einer Verdreifachung der Profite gegenüber dem Vorjahr, während die Industrielöhne, die bereits zu den niedrigsten der Welt gehörten, noch einmal um 20 Prozent fielen. Der UN-Bericht zur Entwicklung der Menschheit rückte Brasilien in die Nähe von Albanien. Als die Katastrophe auch den Reichen Nachteile brachte, wurden die »fest auf den Kapitalismus gegründeten modernen wissenschaftlichen Entwicklungsmethoden« urplötzlich zu Beweisen für die Übel des Etatismus und Sozialismus — ein weiterer Beweis für die Flexibilität von Marktideologien.

Um die Errungenschaften würdigen zu können, muss man daran erinnern, dass Brasilien lange als eines der reichsten Länder der Erde galt und enorme Vorzüge besaß, zu denen auch ein halbes Jahrhundert US-amerikanischer Vorherrschaft und Bevormundung gehörten — alles in bester Absicht und im Dienst des Eigeninteresses, während die Bevölkerungsmehrheit im Elend verharrte.

Ein anderes Beispiel ist Mexiko. Es wurde als Musterschüler gepriesen, der die Regeln des »Konsenses von Washington« beherzige und ein Modellfall für andere Länder sei — als die Löhne in den Keller fielen, die Armut fast so schnell wuchs wie die Zahl der Milliardäre, Auslandskapital ins Land strömte (das zumeist spekulativer Natur war oder zur Ausbeutung billiger Arbeitskraft unter Kontrolle der brutalen »Demokratie« diente) und all die anderen vertrauten Begleiterscheinungen auftraten, die man von solchen »Wirtschaftswundern« her kennt. Vertraut mutet auch der Ausgang des Experiments an: der Zusammensturz des Kartenhauses im Dezember 1994. Zu den Folgen gehört, dass heute 50 Prozent der Bevölkerung nicht in der Lage sind, sich mit dem notwendigen Minimum an Lebensmitteln zu versorgen, während der Mann, der den Getreidemarkt beherrscht, weiterhin auf der Liste von Mexikos Milliardären steht, immerhin eine Kategorie, in der das Land einen der vorderen Plätze einnimmt.

Veränderungen in der globalen Weltordnung haben es auch möglich gemacht, eine Version des »Konsenses von Washington« im eigenen Land anzuwenden. Für den größten Teil der Nordamerikaner sind die Einkommen seit 15 Jahren ständig gefallen, die Arbeitsbedingungen schlechter, gesicherte Arbeitsplätze seltener geworden. Neu ist jedoch, dass sich diese Tendenz in der wirtschaftlichen Erholungsphase fortsetzt. Die Ungleichheit ist so stark wie seit 70 Jahren nicht mehr und einschneidender als in anderen Industrienationen. Keine Industriegesellschaft hat so viele in Armut lebende Kinder wie die USA, gefolgt von der übrigen englischsprachigen Welt. So ließe sich der ganze Katalog mit den Gebrechen der Dritten Welt anführen. Unterdessen singt die Wirtschaftspresse Lobeshymnen auf das »erstaunliche«, ja »schier unbegreifliche« Wachstum der Profite. Immerhin haben auch die Reichen ihre Probleme: Eine Schlagzeile in der *Business Week* wirft die berechtigte Frage auf: »Das akute Problem: Wohin mit dem ganzen Kleingeld?«. Denn die »steigenden Profite« lassen »die Tresore der amerikanischen Konzerne überfließen« und die Dividenden explodieren.

Noch weit bis ins Jahr 1996 hinein bleiben die Profite »spektakulär«, wobei insbesondere die weltgrößten Konzerne ein »bemerkenswertes« Profitwachstum verzeichnen. Allerdings gibt es »einen Bereich, in dem die global operierenden Unternehmen nicht viel zulegen: nämlich auf

den Lohnstreifen«, fügt das Magazin *Fortune* heimlich, still und leise hinzu. Diese Ausnahme umfasst auch Unternehmen, die ein »großartiges Jahr« mit einer »Gewinnexplosion sondergleichen« hinter sich haben, während sie Arbeitsplätze wegrationalisierten, zur Beschäftigung von Teilzeitkräften ohne Sozialleistungen und Arbeitsplatzgarantie übergingen und sich auch sonst so benahmen, wie man es von einer »fünfzehnjährigen eindeutigen Vorherrschaft des Kapitals über die Arbeit« erwarten würde, um noch einmal die Wirtschaftspresse zu zitieren.

## Wie sich Länder entwickeln

Der Geschichtsverlauf liefert weiteres Lehrmaterial. Im 18. Jahrhundert waren die Unterschiede zwischen Erster und Dritter Welt sehr viel weniger ausgeprägt als heute. Somit drängen sich zwei Fragen auf:

1. Welche Länder entwickelten sich und welche nicht?
2. Können wir ursächliche Faktoren angeben?

Die erste Frage ist nicht besonders schwierig zu beantworten. Außerhalb von Westeuropa haben sich jene beiden Regionen entwickelt, die der Kolonisierung entgangen waren: die Vereinigten Staaten und Japan. Die japanischen Kolonien sind eine andere Sache; zwar war Japan eine brutale Kolonialmacht, aber es raubte seine Kolonien nicht aus, sondern entwickelte sie in nahezu demselben Maße wie das Mutterland selbst.

Wie verhält es sich mit Osteuropa? Im 15. Jahrhundert setzten in Europa Teilungsprozesse ein, die zur Entwicklung des Westens führten, während der Osten zur Dienstleistungsregion absank. Er war die ursprüngliche Dritte Welt. Die Trennungsraben vertieften sich zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, als Russland sich aus dem System verabschiedete. Trotz der Grausamkeiten des Stalinismus und der furchtbaren Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg gelang dem Sowjetsystem die tiefgreifende Industrialisierung der Region. Osteuropa bildete nun die »Zweite Welt«, gehörte - zumindest bis 1989 - nicht zur »Dritten Welt«.

Aus internen Dokumenten wissen wir von den Befürchtungen westlicher Planungsstrategen, Russlands Wirtschaftswachstum könnte in anderen Ländern den »radikalen Nationalismus« anheizen und zu jener Krankheit führen, von der Russland 1917 befallen worden war, als es sich weigerte, weiterhin »der westlichen Industriewirtschaft als Zulieferer zu dienen«. So jedenfalls beschrieb eine renommierte Arbeitsgruppe 1955 das Problem des Kommunismus. Insofern war die von den westeuropäischen Mächten 1918 betriebene Intervention eine Abwehrhandlung, um den von gesellschaftlichen Veränderungen in der Dienstleistungsregion bedrohten »Wohlstand des kapitalistischen Weltsystems« zu schützen. Das ist die Auffassung anerkannter Forscher.

Die Logik des Kalten Krieges ähnelt dem Fall von Guatemala oder Grenada. Seine Dimension jedoch war so gewaltig, dass der Konflikt ein Eigenleben gewann. Es überrascht nicht, dass mit dem Sieg des mächtigeren Antagonisten traditionelle Muster erneut zum Leben erweckt werden. Ebenso wenig sollte erstaunen, dass das Budget des Pentagons genau so hoch bleibt wie zu Zeiten des Kalten Krieges, ja sogar noch aufgestockt wird, während die Grundlinien der Außenpolitik Washingtons sich kaum verändern. Diese und andere Tatsachen gewähren uns Einblick in die Realitäten der globalen Weltordnung. Kehren wir zur Frage zurück, welche Länder sich entwickelt haben und warum. Eine Schlussfolgerung drängt sich auf: Wenn ein Land keine »Experimente« mitmachen musste, die auf jenen »schlechten Ideen« beruhten, welche sich für die Planer und ihre Kollaborateure als »gute Ideen« erwiesen, hatte es bessere Chancen, sich zu entwickeln. Das ist keine Garantie für den Erfolg, aber offensichtlich eine notwendige Vorbedingung.

Nun zur zweiten Frage: Wie haben Europa und diejenigen Länder, die sich seiner Kontrolle entziehen konnten, die erfolgreiche Entwicklung bewerkstelligt? Ein Teil der Antwort scheint wiederum auf der Hand zu liegen: durch die radikale Verletzung der anerkannten Doktrin des freien Marktes. Das gilt vom England des 18. Jahrhunderts bis hin zur heutigen ostasiatischen Wachstumsregion und schließt zweifellos die Vereinigten Staaten, den historischen Vorreiter des Protektionismus, ein.

Maßgebliche Werke der Wirtschaftsgeschichte erkennen an, dass staatliche Intervention eine entscheidende Rolle für das Wirtschaftswachstum gespielt hat. Doch wird ihr Einfluss unterschätzt, wenn man einen zu engen Betrachtungsmaßstab wählt. So wird gern unterschlagen, dass die für die industrielle Revolution absolut notwendige billige Baumwolle, die zumeist aus den USA stammte, nicht durch die Kräfte des Marktes billig und verfügbar blieb, sondern durch die Vernichtung der eingeborenen Bevölkerung und durch Sklavenarbeit. Natürlich gab es auch noch andere Baumwollproduzenten, an erster Stelle Indien. Seine Ressourcen flössen nach England, während seine eigene weit entwickelte Textilindustrie durch britische Gewalt und britischen Protektionismus zerstört wurde. Ein weiteres Beispiel ist Ägypten, wo die industrielle Entwicklung ungefähr zur gleichen Zeit begann wie in den Vereinigten Staaten. Doch auch hier intervenierte Großbritannien gewaltsam, weil es in dieser Region keine unabhängige Entwicklung dulden konnte und wollte. Neuengland dagegen konnte den Spuren des Mutterlandes folgen und die Einfuhr billigerer britischer Textilien durch extrem hohe Zölle blockieren. Genauso hatte Großbritannien es einst selbst gehandhabt. Ohne derartige Maßnahmen wäre, so schätzen Wirtschaftshistoriker, die halbe neuenglische Textilindustrie in ihrer Wachstumsphase zerstört worden, was weitreichende Folgen für die Industrieentwicklung insgesamt gehabt hätte.

In der heutigen Zeit ist es die Energie, von der die entwickelten Industriegesellschaften abhängen. Das »Goldene Zeitalter« der Nachkriegsentwicklung beruhte nicht zuletzt auf preisgünstigem und im Überfluss vorhandenem Öl, wobei Drohungen oder Gewaltanwendung dafür sorgten, dass es so blieb. Und auf diese Weise geht es weiter. Ein großer Teil des Pentagon-Budgets dient dazu, die Ölpreise im Mittleren Osten auf einem Niveau zu halten, das die USA und ihre Energiegesellschaften für angemessen befinden: Eine technische Untersuchung (meines Wissens die einzige zu diesem Thema) kommt zu dem Schluss, dass die Ausgaben des Pentagons auf eine dreißigprozentige Subventionierung des Marktpreises für Rohöl hinauslaufen. Daran zeigt sich, dass »die geläufige Ansicht, fossile Brennstoffe seien billig, auf einer völligen Fiktion beruht«, konstatiert der Autor. Wenn wir solche versteckten Kosten ignorieren, werden unsere Einschätzungen über Handelseffizienz und gesundes wirtschaftliches Wachstum von höchst beschränkter Gültigkeit sein.

Eine Gruppe prominenter japanischer Ökonomen hat Mitte der neunziger Jahre eine mehrbändige Übersicht über Japans Programme zur Wirtschaftsentwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg vorgelegt. Sie weisen darauf hin, dass Japan die »neoliberalen« Lehren ihrer US-amerikanischen Ratgeber verworfen und sich statt dessen für eine Form der Industriepolitik entschieden hatte, die dem Staat eine dominante Rolle zuwies. Erst als die Aussicht auf Handelserfolge zunahm, gingen Staatsbürokratie und Industrie-Finanz-Konglomerate allmählich dazu über, Marktmechanismen einzuführen. Die Ökonomen kommen zu dem Schluss, dass das japanische Wirtschaftswunder gerade auf der Ablehnung orthodoxer Wirtschaftsrezepte beruhte. Der Erfolg ist beeindruckend. Fast ohne Ressourcengrundlage ist Japan in den neunziger Jahren zum weltgrößten Fertigungsproduzenten und zur weltweit führenden Quelle von Auslandsinvestitionen geworden. Zudem repräsentiert Japan die Nettorücklagen der halben Welt und finanziert die US-amerikanischen Defizite.

Wenden wir uns nun den ehemaligen japanischen Kolonien zu. Eine grundlegende Studie der US-amerikanischen Mission für Entwicklungshilfe in Taiwan fand heraus, dass US-Berater und chinesische Planungsstrategen die Prinzipien der »angloamerikanischen Ökonomie« außer acht ließen und statt dessen eine »staatszentrierte Strategie« entwickelten, die »auf der aktiven



Regierungsbeteiligung an den Wirtschaftsaktivitäten der Insel mittels bewusster Planung und der Kontrolle ihrer Durchführung« beruhte. Unterdessen priesen Washingtoner Regierungsbeamte »Taiwan als Erfolgsgeschichte des privaten Unternehmertums«. In Südkorea funktioniert der »Staat als Unternehmer« wiederum anders, aber ebenfalls nicht ohne lenkende Hand. Südkoreas Eintritt in die OECD, den Klub der Reichen, wurde vertagt, weil das Land wenig Neigung zeigte, »einer marktorientierten Politik zu folgen«, also etwa »Übernahmen durch ausländische Gesellschaften« und die freie Kapitalbewegung zu gestatten. Südkorea folgt damit seinem japanischen Lehrmeister, der Kapitalexporte erst 1972 erlaubte, als die inländische Wirtschaft gefestigt war.

Im August 1996 brachte die von der Weltbank herausgegebene Zeitschrift *Research Observer* einen Artikel von Joseph Stiglitz, dem Vorsitzenden von Clintons Wirtschaftsbeirat. Er zieht dort »Lehren aus dem Wunder von Ostasien«, darunter die Einsicht, dass »die Regierungen die Hauptverantwortung für die Förderung des Wirtschaftswachstums« übernommen haben. Damit wurde die »Religion« der freien Marktwirtschaft verlassen, und an ihre Stelle traten interventionistische Maßnahmen, die den Technologietransfer anheizen sowie im Zusammenhang mit der Planung und Koordination industrieller Entwicklung für relative Gleichheit und ein allgemeines Bildungs- und Gesundheitssystem sorgen sollten. Der UNO-Bericht zur Entwicklung der Menschheit von 1996 betont die »Lebensnotwendigkeit« der Regierungspolitik für die »Verbreitung von Fähigkeiten und Fertigkeiten und die Befriedigung elementarer sozialer Bedürfnisse« als »Sprungbrett für stabiles Wirtschaftswachstum«. Was immer man von neoliberalen Ansätzen halten mag, sicher ist, dass sie staatliche Erziehungs- und Gesundheitssysteme aushöhlen, die Ungleichheit befördern und den Arbeitnehmeranteil am Gesamteinkommen schrumpfen lassen. Infolgedessen - darin besteht breite Übereinstimmung - beeinträchtigen sie gerade diejenigen Faktoren, die die Grundlage für ein stabiles Wirtschaftswachstum bilden.

Ein Jahr später, nachdem die Volkswirtschaften der asiatischen Länder eine schwere Finanz- und Marktkrise durchgemacht hatten, wiederholte Stiglitz, jetzt als Chefökonom der Weltbank, seine Schlussfolgerungen (Programmatische Rede, *Annual World Bank Conference on Development Economics 1997*, World Bank 1998, *Wider Annual Lectures 2*, 1998): »Die jüngste Krise in Ostasien ist keine Widerlegung des dortigen Wirtschaftswunders«, schreibt er. »Tatsache ist weiterhin, dass keine andere Weltregion so dramatische Einkommenssteigerungen und eine so umfassende Beseitigung der Armut in so kurzer Zeit erlebt hat.« Die »erstaunlichen Erfolge« zeigen sich z. B. daran, dass das Pro-Kopf-Einkommen in Südkorea innerhalb von drei Jahrzehnten um das Zehnfache gestiegen ist; eine Errungenschaft, an der die Regierung alles andere als unbeteiligt war. Das verstieß zwar gegen den »Konsens von Washington«, stand aber, wie Stiglitz richtig hinzufügt, mit der Wirtschaftsentwicklung in Europa und den USA im Einklang. Die Krise in Asien, so mutmaßt er, »könnte auch dadurch herbeigeführt worden sein, dass die Strategien«, die das Wirtschaftswunder bewirkt hatten, »wie etwa die Regulierung von Finanzmärkten, aufgegeben wurden« — was nicht zuletzt auf westlichen Druck hin geschah. Andere Experten kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

Der Vergleich zwischen Ostasien und Lateinamerika führt zu verblüffenden Einsichten. Lateinamerika weist im Hinblick auf soziale Ungleichheit weltweit die schlechtesten Werte auf, Ostasien dagegen die besten. Das gleiche gilt für Gesundheit, Erziehung und die gesellschaftliche Wohlfahrt im allgemeinen. Die Importe nach Lateinamerika haben sich stark zugunsten von Konsumtionsgütern für die Reichen verschoben, in Ostasien stehen produktive Investitionen an erster Stelle. In Lateinamerika hat die Kapitalflucht die Höhe der Auslandsschulden erreicht, während in Ostasien der Kapitalexport strikt kontrolliert wurde. In Lateinamerika sind die Reichen im allgemeinen von sozialer Verantwortung inklusive Steuerzahlungen befreit. Das lateinamerikanische Problem, so der brasilianische Ökonom Bresser Pereira, ist nicht der »Populismus«, sondern »die Unterwerfung des Staates unter die Reichen«. Das ist in Ostasien völlig anders.

Ähnliches gilt für Auslandsinvestitionen: Auch hier fand das Fremdkapital wesentlich leichter Zugang zu den Volkswirtschaften Lateinamerikas, so dass seit den fünfziger Jahren ausländische multinationale Konzerne in Lateinamerika »einen sehr viel größeren Anteil der Industrieproduktion kontrollieren« als in den erfolgreichen Ländern Ostasiens, heißt es in einer Untersuchung der UN-Kommission für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Selbst die Weltbank räumt ein, dass die von ihr befürworteten Auslandsinvestitionen und Privatisierungen in Lateinamerika »dahin tendierten, andere Kapitalströme zu ersetzen«. Anders als in Ostasien wanderten damit die Profite ebenso wie die Kontrolle über die Kapitalströme ins Ausland ab. Die Bank sieht auch, dass in Japan, Korea und Taiwan die Preise stärker von den Marktpreisen abwichen als in Indien, Brasilien, Mexiko, Venezuela und anderen angeblich staatsinterventionistischen Ländern (1976-85), während die Regierung Chinas, die am stärksten interventionistisch orientiert und am weitesten von den Marktpreisen entfernt ist, der erklärte Liebling der Weltbank und ihr am schnellsten wachsender Kreditnehmer ist. Offizielle Untersuchungen der Weltbank über die Lehren, die aus Chile gezogen werden können, lassen die Tatsache, dass die nationalisierten kupferproduzierenden Unternehmen die Hälfte der chilenischen Exportgewinne einfahren, tunlichst unerwähnt.

Anscheinend hat die Offenheit gegenüber der internationalen Wirtschaft, gepaart mit der Unfähigkeit, das Kapital und die Reichen ebenso zu kontrollieren wie die Armen und die Arbeiter, Lateinamerika erhebliche Kosten beschert. Natürlich gibt es, wie zur Kolonialzeit, Bevölkerungsschichten, die von der Entwicklung profitieren und, was nicht verwundert, den Dogmen der neoliberalen »Religion« genauso ergeben sind wie die ausländischen Investoren.

Die Rolle, die Management und Initiative des Staates in den erfolgreichen Volkswirtschaften gespielt haben, mutet ebenfalls vertraut an. Eine damit zusammenhängende Frage ist, wie die Dritte Welt zu dem wurde, was sie heute ist. Der herausragende Wirtschaftshistoriker Paul Bairoch kommt in einer Untersuchung über die Entwicklungspolitik und ihre »Mythen« zu dem Fazit, »dass der im neunzehnten Jahrhundert in der Dritten Welt zwangsweise durchgesetzte Wirtschaftsliberalismus zweifellos zu den Hauptursachen der verzögerten Industrialisierung gerechnet werden muss«. Das lehrreiche Beispiel Indiens zeigt sogar, wie dort der »Prozess der Deindustrialisierung« das Industrie- und Handelszentrum der Welt in eine verarmte Agrargesellschaft verwandelte, die einen erheblichen Rückgang der Reallöhne, des Lebensmittelverbrauchs und der Verfügbarkeit anderer Grundwaren zu verzeichnen hatte. »Indien war nur der erste große Katastrophenfall auf einer sehr langen Liste«, bemerkt Bairoch. Auf dieser Liste stehen »sogar politisch unabhängige Länder der Dritten Welt, die gezwungen wurden, ihre Märkte für westliche Produkte zu öffnen«. Zur gleichen Zeit schützten die westlichen Gesellschaften sich vor der Marktdisziplin und erlebten einen wirtschaftlichen Aufschwung.

## Neoliberale Lehren

Das bringt uns zu einem anderen wichtigen Charakterzug der modernen Geschichte. Die Doktrin der freien Marktwirtschaft tritt in zwei Varianten auf. Die erste ist die den Schutzlosen aufgezwungene offizielle Lehre. Die zweite könnten wir »real existierende Doktrin der freien Marktwirtschaft« nennen: Marktdisziplin ist gut für dich, nicht aber für mich. Und genau diese »real existierende Doktrin« herrscht seit dem 17. Jahrhundert, als Großbritannien zum fortgeschrittensten Wirtschaftsstaat in Europa wurde, der die Besteuerung radikal vorantrieb und eine effiziente öffentliche Verwaltung auf die Beine stellte, um Fiskus und Armee zu finanzieren. So wurde der Staat in Großbritannien »zum größten Einzelakteur in der Wirtschaft« und sorgte für ihre globale Ausweitung, meint der britische Historiker John Brewer.

Großbritannien wandte sich schließlich dem liberalen Internationalismus zu - allerdings erst 1846. Zuvor hatten Protektionismus, Gewalt und staatliche Machtausübung 150 Jahre lang dafür gesorgt, dass Konkurrenten auf der Strecke blieben. Aber auch danach wurde der Handelsliberalismus nur mit erheblichen Einschränkungen praktiziert. 40 Prozent der britischen Textilwaren gingen weiterhin ins kolonisierte Indien, und das gilt auch für den übrigen Export. Britischer Stahl wurde durch hohe Einfuhrzölle vom US-amerikanischen Markt ferngehalten, so dass die USA ihre eigene Stahlindustrie entwickeln konnten. Aber als England auf dem internationalen Markt nicht mehr landen konnte, standen Indien und andere Kolonien noch als Exportländer zur Verfügung. Wiederum ist Indien ein erhellendes Beispiel: Ende des 18. Jahrhunderts produzierte es ebensoviel Eisen wie ganz Europa, und britische Ingenieure studierten vor Ort die fortgeschritteneren Techniken der Stahlproduktion, um die eigene »technologische Lücke« zu schließen. Als der Eisenbahnboom begann, war Bombay bei der Produktion von Lokomotiven ein ernstzunehmender Konkurrent. Aber die »real existierende Doktrin der freien Marktwirtschaft« zerstörte diese Sektoren der indischen Industrie, wie sie es schon mit der Textilindustrie, dem Schiffbau und anderen Wirtschaftszweigen getan hatte. Im Gegensatz dazu konnten die USA und Japan der europäischen Kontrolle entgehen und Großbritanniens Modell der Marktbeeinflussung übernehmen. Als der japanische Wettbewerb kaum noch in den Griff zu bekommen war, machte England mit dem Spiel kurzerhand Schluss: Das Empire wurde für japanische Exporte geschlossen. Das gehört mit zum Hintergrund des Zweiten Weltkriegs. Nun baten indische Produzenten um Protektion — aber gegen England, nicht gegen Japan. Sie hatten angesichts der »real existierenden Doktrin der freien Marktwirtschaft« weniger Glück.

In den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts gab die britische Regierung ihre Version des Laissez-faire-Liberalismus auf und wandte sich auch innenpolitisch einer stärkeren staatlichen Interventionspolitik zu. Nach wenigen Jahren stieg die Produktion von Werkzeugmaschinen um das Fünffache, zudem erlebten Chemie-, Stahl- und Luftfahrttechnik sowie viele neue Industriezweige eine ungeahnte Konjunktur. Die staatlich kontrollierte Industrie ermöglichte es England sogar, Deutschland im Krieg zu überrunden und selbst den Abstand zu den Vereinigten Staaten zu verringern, die damals, als Konzernmanager die staatlich koordinierte Kriegswirtschaft übernahmen, ihre eigene dramatische Wirtschaftsexpansion erfuhren.

Ein Jahrhundert später als England beschritten die Vereinigten Staaten den Weg eines liberalen Internationalismus. Nach 150 Jahren Protektionismus und Gewalt waren die USA zum reichsten und mächtigsten Land der Erde geworden. Wie zuvor schon in England bemerkte man nun auch hier die Vorzüge eines »gemeinsamen Wettbewerbs«, bei dem man erwarten konnte, alle Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Aber natürlich hatten auch die USA Vorbehalte gegenüber allzu viel Gemeinsamkeit.

Einer dieser Vorbehalte bestand darin, dass Washington seine Machtstellung ausnutzte, um anderswo unabhängige Entwicklungen zu blockieren. In Lateinamerika, aber auch in anderen Ländern sollte die Entwicklung »komplementär« und nicht etwa »konkurrierend« sein. Zudem gab es umfangreiche Eingriffe in den Handel. So war zum Beispiel die Marshall-Plan-Hilfe an den Kauf US-amerikanischer Landwirtschaftserzeugnisse gebunden. Das ist einer der Gründe, aus denen der US-Anteil am Weltgetreidehandel von weniger als 10 Prozent vor dem Krieg bis 1950 auf mehr als die Hälfte anstieg, während Argentinien's Exportquoten im gleichen Maße sanken. Die US-amerikanische Hilfsaktion »Lebensmittel für den Frieden« diente nicht zuletzt der Förderung der eigenen Agrarwirtschaft und Frachtschifffahrt; 1954 torpedierte ein Handelsvertrag mit Brasilien die argentinischen Exportgeschäfte. Einige Jahre später wurde der kolumbianische Weizenanbau durch ähnliche Maßnahmen fast völlig ruiniert. Hierin liegt übrigens einer der Gründe für das Wachstum der Drogenindustrie, der durch die Ausbreitung

neoliberaler Politik in der Andenregion noch beschleunigt wurde. 1994 brach Kenias Textilindustrie zusammen, als die Regierung Clinton Einfuhrquoten verhängte und damit einen Weg versperrte, den noch jedes Industrieland gegangen ist. Zugleich werden »afrikanische Reformer« aufgefordert, die Bedingungen für den freien Handel endlich zu verbessern - natürlich im Sinne westlicher Investoren.

Das sind nur einige verstreute Beispiele.

Die entscheidenden Abweichungen von der Doktrin der freien Marktwirtschaft liegen jedoch woanders. Ein Grundpfeiler der Freihandelstheorie besteht in dem Verbot öffentlicher Subventionen. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg gingen US-amerikanische Wirtschaftsführer davon aus, dass es ohne staatliche Intervention erneut zu einer Krise kommen werde.

Beharrlich vertraten sie die Auffassung, eine entwickelte Industrie »finde in einer auf >freiem Unternehmertum< beruhenden, das heißt rein konkurrenzmäßig orientierten und staatlich nicht subventionierten Wirtschaft keine hinreichende Existenzgrundlage«, mithin sei »die Regierung der einzige Rettungsanker«. Ich zitiere die führenden Blätter der Wirtschaftspresse, die auch erkannten, dass das Pentagon-System die beste Möglichkeit sei, die Kosten zu sozialisieren. Sie begriffen, dass öffentliche Subventionen einen vergleichbaren Schubeffekt haben können, jedoch keine direkte Subvention des Wirtschaftssektors darstellen. Solche Subventionen haben demokratisierende Auswirkungen und zielen auf Umverteilung. Militärsubventionen sind gänzlich anders gelagert.

Außerdem lässt sich eine solche Unterstützung leichter verkaufen. Präsident Trumans Luftwaffenminister formulierte die Sache ganz einfach: Wir sollten, sagte er, nicht das Wort »Subvention« verwenden, sondern lieber von »Sicherheit« reden. Er sorgte dafür, dass der Militärhaushalt »den Erfordernissen der Luftfahrtindustrie entsprechen« werde; so jedenfalls lautete seine Formulierung. Infolgedessen ist die zivile Luftfahrt jetzt der Exportschlager der USA, und die darauf beruhende umfangreiche Reise- und Touristikbranche sorgt für gigantische Gewinne.

So war es nur plausibel, dass Clinton, als er auf dem Asiengipfel 1993 seine »neue Vision« einer Zukunft freier Märkte entwarf, Boeing als »Modell für Unternehmen in ganz Amerika« pries. Der real existierende Markt sieht dabei so aus, dass die zivile Flugzeugproduktion jetzt fast ausschließlich in den Händen zweier Firmen, Boeing - McDonald und Airbus, liegt, die ihre Existenz und ihren Erfolg umfangreichen öffentlichen Subventionen verdanken. Das gleiche Muster spielt sich auch in anderen dynamischen Wirtschaftssektoren ab wie etwa in der Computer- und Elektronikbranche, in der Biotechnologie, in der Automations- und Kommunikationsindustrie.

Der Regierung Reagan musste diese Doktrin nicht erst erläutert werden. Meisterlich beherrschte sie die Kunst, den Armen die Segnungen des Marktes zu predigen, während sie der Geschäftswelt stolz verkündete, Reagan habe »der US-Industrie mehr Importerleichterungen verschafft als jeder seiner Vorgänger seit 50 Jahren« - was viel zu bescheiden ist, denn Reagans Maßnahmen übertrafen die seiner sämtlichen Vorgänger, und unter seiner Herrschaft »schlug das Pendel so stark zum Protektionismus aus wie seit den dreißiger Jahren nicht mehr«. So der Kommentar von *Foreign Affairs* in einer Retrospektive auf die achtziger Jahre. Ohne diese und andere bis zum äußersten gehenden Maßnahmen der Marktbeeinflussung hätten Stahl-, Kfz-, Werkzeugmaschinen oder Halbleiterindustrien die japanische Konkurrenz wohl kaum überlebt und wären auch nicht fähig gewesen, neue Technologien zu entwickeln, um dadurch der Gesamtwirtschaft frische Impulse zu verleihen. Diese Erfahrung zeigt erneut, dass die »tradierte Weisheit« »auf ziemlich wackligen Füßen steht«, wie ein anderer Rückblick auf die Ära Reagan in *Foreign Affairs* formuliert. Aber die tradierte Weisheit bewahrt ihre Tugenden als ideologische Waffe im Kampf gegen die Schutzlosen.

Vor kurzem erst haben die Regierungen der Vereinigten Staaten und Japans weitere umfassende Programme verabschiedet, mit deren Hilfe der private Technologiesektor (in erster Linie Luftfahrt- und Halbleitertechnologie) subventioniert werden soll.

Die Theorie der »real existierenden freien Marktwirtschaft« kann auch anhand der von Winfried Ruigrock und Rob van Tulder durchgeführten Untersuchung über Transnationale Unternehmen (TNCs) illustriert werden. Die Autoren fanden heraus, dass »nahezu alle Großfirmen weltweit ihre Strategie und ihren Wettbewerbsvorteil dem entscheidenden Einfluss regierungspolitischer Maßnahmen und/oder Handelsbarrieren verdanken«, während zumindest 20 von ihnen, die 1993 laut *Fortune* zu den 100 größten Unternehmen gehörten, »als unabhängige Unternehmen gar nicht überlebt hätten, wenn sie nicht von ihren jeweiligen Regierungen gerettet worden wären«. Das geschah durch die Sozialisierung der Verluste oder - bei ernsthaften Schwierigkeiten - durch direkte staatliche Übernahme. Zu diesen TNCs gehört auch Lockheed - der führende Arbeitgeber in Newt Gingrichs erzkonservativem Wahldistrikt. Der Konzern wurde vor dem Zusammenbruch nur dadurch gerettet, dass die Regierung die Garantie für zwei Milliarden Dollar an Lohn- und Gehaltszahlungen übernahm. Die Untersuchung weist auch darauf hin, dass es »im internationalen Wettbewerb niemals gleiche Regeln für alle Teilnehmer gegeben habe und auch in Zukunft nicht geben werde«. »In den letzten zwei Jahrhunderten«, fahren die Autoren fort, waren staatliche Eingriffe »eher die Regel als die Ausnahme [...], und sie haben bei der Entwicklung und Verbreitung vieler produkt- und fertigungsbezogener Innovationen eine entscheidende Rolle gespielt - vor allem in den Bereichen Luftfahrt, Elektronik, moderne Agrarwirtschaft, Werkstofftechnologie, Energie- und Transporttechnologie« sowie Telekommunikations- und Informationstechnologie und, in früheren Tagen, bei der Textil- und Stahlherstellung. Ganz allgemein »hat die Regierungspolitik, insbesondere Rüstungsprogramme, bei den weltgrößten Firmen einen überwältigenden Einfluss auf die Formierung ihrer Strategien und ihrer Wettbewerbsfähigkeit«. Andere Studien bestätigen diese Ergebnisse.

Es ließe sich noch viel über diese Dinge sagen, das Resümee jedoch steht fest: Die gepriesenen Doktrinen dienen in ihrem Entwurf und ihrer Verwendung den Zwecken von Macht und Profit. Die gegenwärtig durchgeführten »Experimente« folgen einem vertrauten Muster, indem sie die Form eines »Sozialismus für die Reichen« annehmen, der im System eines globalen Merkantilismus der Konzerne angesiedelt ist, wo der »Handel« zum größten Teil in zentral geleiteten, innerbetrieblichen Transaktionen zwischen riesigen Institutionen besteht, die ihrem Wesen nach totalitär sind und nur dem Zweck dienen, demokratische Entscheidungsprozesse zu unterminieren und die Herren und Meister vor der Disziplin des Marktes zu bewahren. In ihren strengen Lehrsätzen werden nur die Armen und Hilflosen unterwiesen.

Ebenso können wir fragen, wie »global« die Wirtschaft denn wirklich ist und inwieweit sie allgemeiner demokratischer Kontrolle unterworfen werden könnte. Im Hinblick auf Handelsbeziehungen, finanzielle Transaktionen und andere Maßstäbe ist die Wirtschaft nicht globaler als zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Zudem sind die TNCs stark von öffentlichen Subventionen und heimischen Märkten abhängig, und ihre internationalen Transaktionen, inklusive derer, die unter dem falschen Etikett »Handel« laufen, finden größtenteils innerhalb Europas, der USA und Japans statt, wo man keine Angst vor einem Militärputsch oder dergleichen haben muss, weil im Zweifelsfall die Politik der Wirtschaft unter die Arme greift. Trotz aller Neuerungen ist die Annahme, die Dinge seien »außer Kontrolle« geraten, auch dann nicht glaubhaft, wenn wir an den augenblicklich existierenden Mechanismen festhalten.

Aber ist es ein Naturgesetz, dass wir daran festhalten müssen? Nicht, wenn wir die Theorien des klassischen Liberalismus ernst nehmen. Adam Smith' Loblied auf die Arbeitsteilung ist wohlbekannt, nicht aber seine Verurteilung ihrer inhumanen Auswirkungen, die die Menschen »so stumpfsinnig und einfältig« machen, »wie ein menschliches Wesen nur eben werden kann«. Das aber muss »in jeder entwickelten und zivilisierten Gesellschaft« durch Regierungsmaßnahmen verhindert werden, die die zerstörerische Macht der »unsichtbaren Hand« überwinden sollen. Auch seine Überzeugung, von der Regierung getroffene Regelungen »zugunsten der Arbeiter« seien »immer gerecht und billig«, nicht aber jene »zugunsten der

Herren«, wird selten zur Kenntnis genommen. Das gilt ebenso für seine Forderung nach gleicher Bewertung der Produkte, dem Herzstück seiner Argumentation für einen freien Markt. Andere führende Vertreter des klassischen liberalen Kanons gehen noch viel weiter. Wilhelm von Humboldt verurteilte die Lohnarbeit als solche: Wenn der Arbeiter, so schrieb er, unter äußerer Anleitung tätig ist, »können wir bewundern, was er tut, aber wir verachten, was er ist«. »Das Handwerk macht Fortschritte, der Handwerker Rückschritte«, bemerkte Alexis de Tocqueville, ebenfalls eine große Gestalt im liberalen Pantheon. Er stimmte mit Smith und Jefferson darin überein, dass gleiche Bewertung der Produkte ein wichtiges Merkmal einer freien und gerechten Gesellschaft ist, wies aber zugleich auf die Gefahren hin, die von einer »dauernden Ungleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen« ausgehen, und warnte davor, dass die Demokratie am Ende wäre, wenn »die industrielle Aristokratie«, die sich in den Vereinigten Staaten »vor unseren Augen erhebt« — »eine der dauerhaftesten der Erde« — die Schranken jemals überwinden sollte. Was sie später tat und Tocquevilles schlimmste Alpträume noch übertraf. Ich verweise hier nur nebenbei auf sehr komplizierte und faszinierende Themen, die meiner Meinung nach den Schluss nahe legen, dass die Leitsätze des klassischen Liberalismus ihren natürlichen modernen Ausdruck nicht in der neoliberalen »Religion« finden, sondern in den unabhängigen Organisationen der arbeitenden Menschen und den Ideen und Praktiken der libertär - sozialistischen Bewegungen, die im 20. Jahrhundert von so großartigen Denkern wie Bertrand Russell und John Dewey formuliert wurden.<sup>1</sup>

Man muss die Doktrinen, die den Diskurs der Intellektuellen beherrschen, mit Vorsicht bewerten und den Argumenten, den Tatsachen sowie den Lehren, die aus Vergangenheit und Gegenwart gezogen werden können, sorgfältige Aufmerksamkeit schenken. Es ist nicht sehr sinnvoll zu fragen, was denn für dieses oder jenes Land »richtig« wäre, als handelte es sich bei Ländern um Individuen mit einheitlichen Interessen und Werten. Und was für die Menschen in den Vereinigten Staaten mit ihren unvergleichlichen Privilegien richtig sein mag, kann durchaus falsch sein für andere, die sehr viel weniger Wahlmöglichkeiten besitzen. Jedoch sagt uns unser Verstand, dass das, was für die Menschen und Völker der Erde richtig ist, sich nur im äußersten Zufall mit den Plänen der »hauptsächlichen Architekten« der Politik deckt. Und es gibt heute ebenso wenig Gründe wie in der Vergangenheit, ihnen zu gestatten, die Zukunft nach ihren Interessen zu gestalten.

## Anmerkung

<sup>1</sup> A. d. Ü.: Vgl. Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*. München, 1978, Buch IV, Kap. 7 und 8, sowie Buch V, Kap. 1 (Tl. 3, Abschn. I); Alexis de Tocqueville, *De la Democratie en Amerique* (dt.: *Über die Demokratie in Amerika*; hg. von J.P. Mayer, Stuttgart 1985, S. 258 ff.); Wilhelm v. Humboldt, *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen* (Werke Bd. 1, Stuttgart 1960, S. 56 ff.). Weitere Literaturangaben in Noam Chomsky, *Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung*. München 1995, S. 409 ff.

## II. Konsens ohne Zustimmung: Wie man das Bewusstsein der Öffentlichkeit reglementiert

Eine anständige demokratische Gesellschaft sollte auf dem Grundsatz »Zustimmung der Regierten« beruhen. Dieses Prinzip ist mittlerweile allgemein anerkannt, kann jedoch kritisiert werden, weil es einerseits zu stark, andererseits zu schwach ist. Zu stark, weil es unterstellt, dass die Menschen regiert und kontrolliert werden müssen. Zu schwach, weil selbst die brutalsten Herrscher ein gewisses Ausmaß an »Zustimmung der Regierten« brauchen und es im allgemeinen auch erhalten, ohne unbedingt Gewalt anwenden zu müssen.

Mir geht es im folgenden darum, wie die freieren und demokratischeren Gesellschaften mit diesen Problemen umgegangen sind. Über einen langen Zeitraum hinweg haben basisdemokratische Kräfte in ihrem Kampf um mehr Selbstverwaltung viele Niederlagen hinnehmen müssen, aber auch einige Erfolge erzielt. Unterdessen haben die elitären Schichten, um ihren Widerstand gegen die Demokratie zu rechtfertigen, ein imposantes Gedankengebäude errichtet. Wer die Vergangenheit verstehen und die Zukunft formen möchte, sollte nicht nur der Praxis, sondern auch den Lehren, auf die sie sich gründet, Aufmerksamkeit widmen.

Vor 250 Jahren hat sich David Hume in einem klassischen Essay mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Hume war erstaunt darüber, mit welcher Leichtigkeit sich die vielen von den wenigen regieren lassen und sich unterwerfen, indem sie ihr Schicksal in die Hände ihrer Herrscher legen, obwohl doch die Macht immer auf Seiten der Regierten liege. Würden die Beherrschten das erkennen, würden sie sich erheben und ihre Herren stürzen. Er schloss daraus, dass Regierungsherrschaft auf »Meinung« (*opinion*) beruht; ein Grundsatz, der für die despotischsten und militärischsten Regierungen ebenso gelte wie für die freiesten und republikanischsten.<sup>1</sup>

Sicherlich unterschätzte Hume die Wirksamkeit brutaler Gewalt. Zutreffender dürfte sein, dass eine Regierung um so stärker auf Meinungskontrolle zur Sicherung ihrer Herrschaft bedacht sein muss, je »freier und republikanischer« sie ist.

Dass die Bevölkerung sich unterwerfen muss, wird nahezu unhinterfragt angenommen. In einer Demokratie haben die Regierten das Recht zuzustimmen, mehr aber auch nicht. In der Terminologie des modernen fortschrittlichen Denkens sind sie »Zuschauer«, aber - abgesehen von der gelegentlichen Möglichkeit, zwischen Repräsentanten authentischer Macht zu wählen — keine »Beteiligten«. Das gilt nur für die Politik, während die Bevölkerung im Bereich der Wirtschaft, deren gesellschaftliches Wirken weitgehend festgelegt ist, gemäß der dominierenden Demokratietheorie überhaupt nichts zu suchen hat.

Diese Annahmen sind in der Geschichte immer wieder in Frage gestellt worden, mit besonderer Vehemenz jedoch seit dem ersten demokratischen Aufstand in der Moderne, der im England des 17. Jahrhunderts stattfand. Es ging dabei nicht nur, wie häufig behauptet wurde, um einen Konflikt zwischen Krone und Parlament, vielmehr wollte, was ja nicht selten der Fall ist, ein gut Teil der Bevölkerung von keinem der beiden Anwärter auf die Macht regiert werden, sondern, wie es in Flugschriften hieß, von »Landsleuten wie uns, die wissen, was wir wollen«, nicht von »Rittern und Edelleuten«, die »die Sorgen des Volkes nicht kennen«, sondern »uns unterdrücken«.

Derlei hörten die »hervorragenden Männer«, wie sie sich selbst nannten — heute spricht man von »Führungspersönlichkeiten« —, natürlich nicht gerne. Sie wollten dem Volk Rechte zugestehen, aber innerhalb gewisser Grenzen und gemäß dem Grundsatz, dass mit dem »Volk« nicht der unwissende große Haufen gemeint ist. Aber wie lässt sich dies Prinzip des gesellschaftlichen Lebens mit der Lehre von der »Zustimmung seitens der Regierten« vereinbaren, die sich mittlerweile nicht mehr so leicht unterdrücken ließ? Der Moralphilosoph

Francis Hutcheson, ein Zeitgenosse Humes, fand für das Problem eine Lösung. Er ging davon aus, dass das Zustimmungsprinzip nicht verletzt wird, wenn die Herrscher gegen den Willen der Öffentlichkeit Pläne durchsetzen, denen das »dumme und vorurteilsvolle Volk« später »von Herzen zustimmt.«<sup>2</sup> Wir können hier den Begriff »Konsens ohne Zustimmung« übernehmen, den der Soziologe Franklin Henry Giddings prägte.<sup>3</sup>

Hutcheson ging es um die Kontrolle der einheimischen Plebs, Giddings um die Durchsetzung von Ordnung in einem fremden Land. Er schrieb über die Philippinen, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts von der US-Armee befreit wurden, wobei die Soldaten auch einige hunderttausend Seelen von der Mühsal des Lebens befreiten, oder, wie die Presse schrieb, »die Eingeborenen auf englische Weise abschlachteten«, damit diese »fehlgeleiteten Kreaturen«, die uns Widerstand leisteten, wenigstens »unsere Waffen respektieren«, um später zu erkennen, dass wir ihnen »Glück« und »Freiheit« bringen wollten. Um dies auf zivilisierte Weise zu rechtfertigen, sprach Giddings von einem »Konsens ohne Zustimmung«: »Wenn [die Eroberten] in späteren Jahren einsehen und zugeben, dass die umstrittene Maßnahme dem höchsten Interesse diene, kann man vernünftigerweise davon ausgehen, dass die Herrschaft mit Zustimmung der Regierten durchgesetzt wurde.« Ähnlich verhalten sich Eltern, die ihr Kind davor bewahren, einfach auf die Straße zu laufen.

Diese Erläuterungen zeigen die eigentliche Bedeutung der Lehre von der »Zustimmung seitens der Regierten«. Sie müssen sich ihren Herrschern unterwerfen, und dafür reicht es aus, dass sie zustimmen, ohne einzuwilligen. In Diktaturen und im Ausland kann Gewalt angewendet werden, ansonsten muss die Zustimmung seitens der Regierten durch das erlangt werden, was liberale und fortschrittliche Kreise »Herstellung von Konsens« (*manufacture of consent*) nennen.

Seit ihrer Entstehung zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich eine gigantische PR-Industrie der, wie Wirtschaftsführer es nennen, »Kontrolle des öffentlichen Bewusstseins« verschrieben. Dass diese Industrie ihre Wurzeln und Zentren in dem »freiesten« Land der Welt hat, war, wenn man Humes Maxime richtig verstand, zu erwarten.

Noch zu Lebzeiten Humes begann der Funke des Aufruhrs in den nordamerikanischen Kolonien zu glimmen. Die *Founding Fathers* reagierten ganz ähnlich wie seinerzeit die »hervorragenden Männer« in England: »Unter der Öffentlichkeit verstehe ich nur den vernünftigen Teil derselben«, schrieb einer von ihnen. »Die Unwissenden und Niedrigen verstehen nicht, was Regieren heißt, und sind unfähig, die Zügel in die Hand zu nehmen.« Das Volk ist »eine große Bestie«, die man zähmen muss, erklärte Alexander Hamilton. Aufrührerischen und unabhängigen Farmern musste, bisweilen gewaltsam, beigebracht werden, dass die Ideale der revolutionären Flugschriften nicht zu ernst genommen werden durften. Die gewöhnlichen Leute sollten nicht durch Menschen ihresgleichen, sondern durch Grundbesitzer, Kaufleute, Anwälte und andere »Führungspersönlichkeiten« vertreten werden, die die entsprechenden Privilegien schon verteidigen würden.

John Jay, Präsident des 2. Kontinentalkongresses und der erste Oberste Richter der USA, formulierte die herrschende Lehre klar und deutlich: »Die Menschen, denen das Land gehört, sollten es auch regieren.« Bleibt nur zu fragen: Wem gehört das Land? Die Frage wurde durch den Aufstieg von Privatkonzernen und der für ihren Schutz und ihre Unterstützung notwendigen Strukturen beantwortet, obwohl es nach wie vor schwierig ist, die Öffentlichkeit auf die Rolle des Zuschauers zu beschränken.

Wenn wir die gegenwärtige und zukünftige Welt verstehen wollen, sind die Vereinigten Staaten sicher das wichtigste Untersuchungsobjekt. Ein Grund liegt in ihrer unvergleichbaren Macht, ein anderer in den stabilen demokratischen Institutionen. Zudem waren die nordamerikanischen Kolonien ein nahezu unbeschriebenes Blatt. Amerika kann »sich glücklich schätzen«, schrieb Thomas Paine 1776, »es ist ein weißes Blatt Papier.« Die Eingeborenen wurden zum größten Teil ausgerottet. Ferner gab es nur kärgliche Restbestände europäischer Sozialstrukturen, weshalb die Idee eines gesamt-



gesellschaftlichen Zusammenhalts mit entsprechenden Fürsorgesystemen, die oft aus vorkapitalistischen Institutionen erwachsen, nur schwach entwickelt war. Und die sozialpolitische Ordnung wurde in einem ungewöhnlichen Ausmaß geplant. Das Studium der Geschichte lässt die Konstruktion von Experimenten nicht zu, aber die Vereinigten Staaten kommen dem »Idealtyp« einer staatskapitalistischen Demokratie denkbar nahe. Außerdem war der Chefplaner ein scharfsinniger politischer Denker: James Madison, der sich mit seinen Ansichten weitgehend durchsetzen konnte. In den Verfassungsdebatten gab Madison zu bedenken, dass ein allgemeines Wahlrecht in England das Eigentum der Grundbesitzer gefährden könnte. Schon bald würde es ein Agrargesetz geben, das den Besitzlosen zu Land verhilft. Das Verfassungssystem muss eine derartige Ungerechtigkeit verhindern und »die dauerhaften Interessen der Nation sichern«, d. h. die Eigentumsrechte. Die Madison-Forscher sind sich darüber einig, dass »die Verfassung im Kern ein aristokratisches Dokument war, das den demokratischen Tendenzen der damaligen Zeit Paroli bieten sollte«, indem es nur denen Machtausübung zugestand, die wohlhabend oder aus gutem Hause oder prominente politische Entscheidungsträgerwaren (Lance Banning). Die erstrangige Pflicht der Regierung sei es, so erklärte Madison, »die Minderheit der Wohlhabenden gegen die Mehrheit zu schützen«. Das ist bis heute das Leitmotiv des demokratischen Systems geblieben.

In der öffentlichen Diskussion sprach Madison ganz allgemein von Minderheiten und ihren Rechten, aber es ist klar, dass er eine besondere Minderheit im Auge hatte: »die Minderheit der Wohlhabenden«. Die moderne politische Theorie unterstützt Madisons Forderung, dass »eine freie und gerechte Regierung die Rechte des Eigentums und der Person wirksam schützen solle«. Aber auch hier ist es von Nutzen, sich diese Formulierung genauer anzusehen. Es gibt kein Recht *des* Eigentums, sondern nur *auf* Eigentum, d. h. Rechte von Personen, die Eigentum besitzen. Vielleicht habe ich ein Recht auf mein Auto, aber mein Auto hat keine Rechte. Das Recht auf Eigentum unterscheidet sich von anderen Rechten auch darin, dass der Besitz einer Person eine andere Person des Rechts auf diesen Besitz beraubt: Wenn mein Wagen mir gehört, dann nicht dir, wohingegen in einer freien und gerechten Gesellschaft meine Redefreiheit deine nicht einschränken würde. Madisons Grundsatz läuft also darauf hinaus, dass die Regierung ganz allgemein die Rechte von Personen schützen und zugleich den Rechten einer bestimmten Klasse von Personen, den Eigentümern, zusätzliche Garantien verschaffen muss.

Madison sah voraus, dass die demokratische Bedrohung durch den wachsenden Anteil derer, »die unter härtesten Bedingungen arbeiten müssen und heimlich eine gerechtere Verteilung der Früchte ihrer Arbeit erleben«, zunehmen würde. Sie könnten an Einfluss gewinnen, fürchtete er. Besorgt beobachtete er die »Symptome eines Geistes der Gleichmacherei« und warnte vor der »zukünftigen Gefahr« eines Wahlrechts, das auch denjenigen »Macht über Eigentum verschafft, die keines besitzen«, denn »wer weder Eigentum noch die Hoffnung auf seinen Erwerb hat, kann nicht mit dem Recht auf Eigentum sympathisieren«. Folglich sollte die politische Macht in den Händen derer bleiben, »die dem Reichtum der Nation entstammen und ihn repräsentieren«, die »fähigeren Menschen«, während die Öffentlichkeit insgesamt fragmentiert und desorganisiert bleibt.

Natürlich spukt der »Geist der Gleichmacherei« auch im Ausland herum. Wir können sehr viel über die »real existierende Demokratietheorie« lernen, wenn wir uns anschauen, wie dies Problem gerade in Geheimdokumenten, in denen Politiker sich unverhohlener äußern können, behandelt wird.

Ein wichtiges Beispiel ist Brasilien, der »Koloß des Südens«. Als Präsident Eisenhower 1960 das Land besuchte, versicherte er: »Unser sozial verantwortliches System privaten Unternehmertums nützt allen Menschen, den Besitzern wie auch den Arbeitern ... In der Freiheit kann der brasilianische Arbeiter sorglos zeigen, wie freudvoll das Leben in einem

demokratischen System ist.« Der Botschafter fügte hinzu, der US-amerikanische Einfluss habe zum »Zusammenbruch der alten Ordnung in Südamerika« geführt. Das sei durch so revolutionäre Ideen wie »allgemeine Schulpflicht, Gleichheit vor dem Gesetz, eine relativ klassenlose Gesellschaft, ein verantwortliches demokratisches Regierungssystem, freier unternehmerischer Wettbewerb [und] ein märchenhafter Lebensstandard für die Massen« bewirkt worden.

Aber die Brasilianer reagierten ablehnend auf die frohen Botschaften ihres Lehrmeisters aus dem Norden. Die lateinamerikanischen Eliten, so informierte Außenminister John Fester Dulles den Nationalen Sicherheitsrat, seien »wie Kinder« und »kaum in der Lage, sich selbst zu regieren«. Schlimmer noch sei, dass die Vereinigten Staaten »bei der Entwicklung von Möglichkeiten, das Bewusstsein und die Gefühle ungebildeter Menschen zu kontrollieren, gegenüber der Sowjetunion hoffnungslos ins Hintertreffen geraten ist«. Dulles und Eisenhower äußerten sich besorgt über die Fähigkeit der Kommunisten, »Massenbewegungen zu kontrollieren ... der wir nichts entgegenzusetzen haben«. Die Kommunisten »appellieren an die Armen, die immer schon den Wunsch hatten, die Reichen auszuplündern«.

Mit anderen Worten, es ist nicht leicht, Menschen davon zu überzeugen, dass die Reichen die Armen ausplündern sollten; ein PR-Problem, das bis jetzt noch nicht gelöst wurde.

Die Regierung Kennedy widmete sich der Frage, indem sie den Auftrag des lateinamerikanischen Militärs von der »Verteidigung der Hemisphäre« auf die »innere Sicherheit« verschob; eine Entscheidung mit weitreichenden Folgen, deren erste der brutale und mörderische Militärputsch in Brasilien war. Für Washington war das Militär eine »Insel geistiger Gesundheit«, und Kennedys Botschafter, Lincoln Gordon, begrüßte den Putsch als »demokratische Rebellion« und den »entscheidendsten Sieg der Freiheit in der Mitte des 20. Jahrhunderts«. Als früherer Harvard-Ökonom fügte Gordon hinzu, dass dieser »Sieg der Freiheit« - der gewaltsame Sturz der parlamentarischen Demokratie — »das Klima für Privatinvestitionen entscheidend verbessern« werde. Diese Sätze verdeutlichen die tieferliegende Funktion der Begriffe »Freiheit« und »Demokratie«.

Zwei Jahre später informierte Verteidigungsminister Robert McNamara die Verbündeten, dass »die US-amerikanische Politik gegenüber dem lateinamerikanischen Militär ihre Ziele im großen und ganzen erreicht« habe. Die Fähigkeit zur Bewahrung der »inneren Sicherheit« sei verbessert worden und der »militärische Einfluss der Vereinigten Staaten« genieße eine Vorrangstellung. Die von der Regierung Kennedy geleistete Militärhilfe habe dazu geführt, dass das lateinamerikanische Militär seine Aufgaben kenne und über die notwendige Ausrüstung verfüge, um ihnen nachzukommen. Zu diesen Aufgaben gehört es, zivile Regierungen zu stürzen, »wenn das Militär der Überzeugung ist, dass das Verhalten der politischen Führung dem Wohl der Nation Schaden zufügt«. Die »kulturelle Atmosphäre Lateinamerikas« mache, wie die Kennedy-Intellektuellen erklärten, solche Militäraktionen notwendig. Und wir können darauf setzen, dass sie fachgerecht ausgeführt werden, da das Militär mittlerweile die »US-amerikanischen Zielvorstellungen verstanden hat und sich an ihnen orientiert«. Damit ist gewährleistet, dass der »revolutionäre Kampf um Macht zwischen jenen Großgruppen, die [in Lateinamerika] die augenblickliche Klassenstruktur repräsentieren«, zu einem befriedigenden Ergebnis führt, nämlich zum Schutz der »privaten US-amerikanischen Handelsinvestitionen«, der »ökonomischen Wurzel« des »US-amerikanischen politischen Interesses in Lateinamerika«.

Dies sind geheime Dokumente des Kennedy-Liberalismus. In der Öffentlichkeit hört sich das alles natürlich ganz anders an. Wenn wir uns an die offiziellen Verlautbarungen halten, werden wir die wahre Bedeutung von »Demokratie« ebenso wenig begreifen wie die globale Ordnung der letzten Jahre oder der Zukunft, denn es ist immer noch dieselbe Hand, die die Zügel hält. Die seriöse Forschung ist sich über die Tatsachen und Hintergründe im klaren. Lars Schoultz, einer der führenden lateinamerikanischen Gelehrten, erörtert in einem aufschlussreichen Buch die von den USA installierten und unterstützten Staaten der »nationalen Sicherheit«. Ihr Ziel,

so schreibt er, bestand darin, »eine angenommene Bedrohung der gegebenen Struktur sozialökonomischer Privilegien dauerhaft zu zerstören, indem der numerischen Mehrheit die politische Partizipation unmöglich gemacht wurde«. Diese Ziele sollen auch in der eigenen Gesellschaft durchgesetzt werden, wenngleich mit anderen Mitteln.

Das Muster ist heute nicht anders als damals. In Kolumbien, das in den letzten Jahren zu den führenden Empfängern US-amerikanischer Militärhilfe gehörte, wurden die Menschenrechte mit Füßen getreten wie nirgendwo sonst auf der Welt. Angeblich geht es den Vereinigten Staaten um den »Drogenkrieg«, aber das ist ein reiner Mythos. Menschenrechtsorganisationen, die Kirche und andere NROs haben die Gewalttaten ebenso untersucht wie die engen Verbindungen zwischen Drogenhändlern, Großgrundbesitzern, dem Militär und seinen paramilitärischen Verbündeten. Der Staatsterror hat demokratische Organisationen wie die einzige unabhängige politische Partei durch die Ermordung Tausender von Aktivisten, darunter Präsidentschaftskandidaten und Bürgermeister, nahezu zerstört. Trotzdem wird Kolumbien als stabile Demokratie gepriesen, woraus erneut erhellt, was unter »Demokratie« verstanden wird.

Ein besonders prägnantes Beispiel ist die Reaktion auf Guatemalas erstes Experiment mit der Demokratie. Hier sind die geheimen Aufzeichnungen teilweise zugänglich, so dass wir einiges über die Absichten US-amerikanischer Politiker wissen. 1952 wies die CIA darauf hin, dass die »radikale und nationalistische Politik« der Regierung »die Unterstützung oder Duldung nahezu aller Guatemalteken« besitze. Die Regierung »mobilisiert die bislang politisch unbewegliche Bauernschaft« und sorgt für die »massenhafte Unterstützung des gegenwärtigen Regimes« durch die Bildung von Arbeiterorganisationen, Landreformgesetze und andere Maßnahmen, die »mit der Revolution von 1944 identifiziert werden«. Diese Revolution hatte zu einer »starken nationalen Bewegung [geführt], um Guatemala von der Militärdiktatur, der sozialen Rückständigkeit und dem >Wirtschaftskolonialismus< der Vergangenheit zu befreien«. Die Politik der demokratischen Regierung »förderte die Loyalität und entsprach dem Eigeninteresse der meisten politisch bewussten Guatemalteken«. Der Nachrichtendienst des Außenministeriums berichtete, dass die demokratische Führung »auf einem offenen politischen System beharrt«, wodurch die Kommunisten »ihre Operationen ausweiten und verschiedene Bereiche der Bevölkerung wirkungsvoll ansprechen können«. Diese Schattenseiten der Demokratie wurden durch den Militärputsch von 1954 beseitigt. Seitdem regiert der von den USA großzügig unterstützte Terror.

Auch im Hinblick auf internationale Organisationen hat sich das Problem ergeben, »Zustimmung« zu sichern. Zunächst waren die Vereinten Nationen ein verlässliches Instrument der US-amerikanischen Politik und wurden gebührend bewundert. Aber die Entkolonialisierung führte zur sogenannten »Tyrannei der Mehrheit«. Ab den sechziger Jahren nahmen die Vereinigten Staaten die führende Rolle ein, wenn es darum ging, gegen Beschlüsse des Sicherheitsrats das Veto einzulegen (Großbritannien lag auf Platz zwei, weit dahinter folgte Frankreich) und allein oder mit ein paar Satellitenstaaten gegen Beschlüsse der Generalversammlung zu stimmen. Die Vereinten Nationen fielen in Ungnade, und Zeitungsartikel fragten ganz nüchtern, warum denn die Welt »gegen die Vereinigten Staaten« sei. Dass es sich umgekehrt verhalten könne, war ein gar zu abwegiger Gedanke. Die Beziehungen der USA zum Weltgerichtshof und anderen internationalen Institutionen haben sich ähnlich gewandelt.

In einem wichtigen Punkt waren meine Bemerkungen über Madison als Urheber des vorherrschenden Demokratiebegriffs nicht ganz fair. Wie Adam Smith und andere Begründer des klassischen Liberalismus war Madison vorkapitalistisch geprägt und in seiner Geisteshaltung antikapitalistisch. Er hegte die Erwartung, dass die zukünftigen Herrscher »aufgeklärte Staatsmänner« und »wohlwollende Philosophen« sein würden,

»deren Weisheit die wahren Interessen ihres Landes am besten zu erkennen vermöchte«. Sie würden die »öffentlichen Anschauungen« erweitern und kultivieren, um die wahren Interessen des Landes vor unheilvollen demokratischen Mehrheiten zu bewahren, aber sie würden dabei aufgeklärt und wohlwollend verfahren.

Madison sollte seine Erwartung schon bald korrigieren müssen, weil die »wohlhabende Minderheit« sich daranmachte, ihre neuerworbene Macht so auszunutzen, wie Adam Smith es einige Jahre zuvor vorhergesagt hatte. Bereitwillig folgte sie dem, was Smith den »abscheulichen Wahlspruch der Herrschenden« nannte: »Alles für uns und nichts für die anderen.« 1792 wies Madison warnend darauf hin, dass der im Entstehen begriffene kapitalistische Staat dabei sei, »an die Stelle der öffentlichen Pflicht das Motiv des Privatinteresses« zu setzen, was zu einer »Vorherrschaft der wenigen bei scheinbarer Freiheit für die vielen« führe. Er beklagte die »tollkühne Verderbtheit der Zeitläufe«, in denen private Mächte »zur Prätorianergarde der Regierung werden - sie dienen ihr als Werkzeug und tyrannisieren sie zugleich, lassen sich durch ihre Großzügigkeit bestechen und schüchtern sie ein durch Protestgeschrei und Zusammenschlüsse«. Sie werfen, wie John Dewey später bemerkte, über die Gesellschaft den Schatten, den wir »Politik« nennen. Dewey, einer der großen Philosophen des 20. Jahrhunderts und ein führender Vertreter des nordamerikanischen Liberalismus, betonte, dass die Demokratie wenig Inhalt hat, wenn Großunternehmen das Land beherrschen, indem sie »Produktions-, Transport- und Kommunikationsmittel ebenso kontrollieren wie den Tauschverkehr und die Werbung, was durch ihre Verfügungsgewalt über die Presse und ihre Vertreter sowie über andere Werbe- und Propagandamittel noch verstärkt wird«. Er war ferner der Ansicht, dass in einer freien und demokratischen Gesellschaft die Arbeiter »die Herren ihres eigenen industriellen Schicksals« und keine gemieteten Werkzeuge sein müssten. Diese Ideen wurzeln in der Aufklärung und im klassischen Liberalismus und haben im Kampf um die Demokratie immer eine zentrale Rolle gespielt.

In den letzten 200 Jahren hat sich viel verändert, ohne dass Madisons Mahnungen an Gewicht verloren hätten. Vielmehr haben sie seit der Errichtung großer Privatdiktaturen, denen zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem durch die Gerichte außerordentliche Machtbefugnisse eingeräumt wurden, eine neue Bedeutung gewonnen. Die Theorien, die zur Rechtfertigung solcher »kollektiven juristischen Personen« — ein Begriff, den Rechtshistoriker bisweilen verwenden - erdacht wurden, beruhen auf Ideen, die auch dem Faschismus und Bolschewismus zugrunde liegen: Organischen Verbänden wird ein Recht über Personen zugesprochen. Diese Verbände werden von den Staaten, die sie beherrschen, großzügig finanziert, bleiben also, mit Madison zu sprechen, Werkzeuge der Tyrannen. Zudem kontrollieren sie die nationale und internationale Wirtschaft wie auch die Informationssysteme und die Entwicklung ökonomischer und anderer Doktrinen, was uns eine weitere Befürchtung Madisons ins Gedächtnis ruft: »Eine dem Volk verbundene Regierung, die nicht über die Möglichkeiten zur Unterrichtung der Öffentlichkeit verfügt, ist nur der Prolog zu einer Farce oder einer Tragödie, oder vielleicht beides.«

Werfen wir jetzt einen Blick auf die Lehren, auf deren Grundlage die modernen Formen der politischen Demokratie durchgesetzt werden sollten. Sie finden sich in einem wichtigen Handbuch zur PR-Industrie mit dem bezeichnenden Titel »Propaganda«, dessen Verfasser, Edward Bernays, zu den führenden Persönlichkeiten der Werbebranche gehört.<sup>4</sup> Gleich zu Beginn bemerkt er, dass »die bewusste und intelligente Manipulation der organisierten Gewohnheiten und Meinungen der Massen ein wichtiges Element der demokratischen Gesellschaft ist«. Um diese Aufgabe zu bewältigen, müssen »die intelligenten Minderheiten sich kontinuierlich und systematisch der Propaganda bedienen«, weil nur sie »die Bewusstseinsprozesse und sozialen Verhaltensmuster der Massen verstehen« und »die

Fäden ziehen können, mittels derer das Bewusstsein der Öffentlichkeit kontrolliert wird«. Darum ist unsere »Gesellschaft übereingekommen, den freien Wettbewerb durch Führung und Propaganda organisieren zu lassen«, ein weiterer Fall des Prinzips »Konsens ohne Zustimmung«. Die Propaganda gibt der Führung einen Mechanismus an die Hand, mit dessen Hilfe sie »das Bewusstsein der Massen formen« kann, so dass diese »ihre neu erworbene Kraft in die erwünschte Richtung lenken«. Die Führung kann »das öffentliche Bewusstsein genauso dirigieren wie eine Armee die Körper ihrer Soldaten dirigiert«. Den »Konsens zu organisieren« gehöre zum »Wesen des demokratischen Prozesses«, schrieb Bernays, kurz bevor er 1949 für seine Beiträge vom Amerikanischen Psychologenverband (American Psychological Association) geehrt wurde.

Wie wichtig es ist, »das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu kontrollieren«, wurde in dem Maße deutlich, wie es demokratischen Kräften gelang, die Spielregeln der Demokratie zu erweitern. In diesem Fall, das heißt, wenn ansonsten passive und apathische Bevölkerungsgruppen sich organisieren und ihre Interessen und Forderungen auf der politischen Ebene durchsetzen wollen, sprechen liberale Eliten gern von einer Stabilität und Ordnung gefährdenden »Krise der Demokratie«. Bernays sah die Ursache im »allgemeinen Wahlrecht und der Schulpflicht ... zuletzt hatte sogar das Bürgertum Angst vor dem gemeinen Volk. Denn die Massen standen davor, zum Herrscher aufzusteigen«, eine Tendenz, der — so hoffte man — durch neue Methoden, »das Bewusstsein der Massen zu formen«, Einhalt geboten werden konnte. Bernays, ein guter Liberaler der New-Deal-Ära, hatte seine Fähigkeiten in Woodrow Wilsons Committee on Public Information, der ersten US-amerikanischen staatlichen Propagandaagentur, entwickelt. »Der erstaunliche Erfolg der Kriegspropaganda hatte den wenigen Intelligenzen, die es in allen Lebensbereichen gibt, gezeigt, welche Möglichkeiten sie besaßen, das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu dirigieren«, erklärte Bernays in seinem Handbuch. Die wenigen Intelligenzen waren sich vielleicht der Tatsache nicht bewusst, dass ihr »erstaunlicher Erfolg« nicht zuletzt auf der Gräuelpopaganda über deutsche Grausamkeiten beruhte, die ihnen vom britischen Informationsministerium zugespielt worden war, einer Institution, die ihre Aufgabe insgeheim als »Beeinflussung des Denkens überall in der Welt« definierte.

All dies ist in der politischen Theorie als »Wilson-Idealismus« bekannt. Für Wilson bedurfte es einer Elite mit »höheren Idealen«, um »Stabilität und Rechtschaffenheit« zu gewährleisten. Auch Walter Lippmann, einer der renommiertesten Journalisten der USA und berühmt für seine Kommentare zum politischen Zeitgeschehen, hatte anfänglich in Wilsons Propagandakomitee gearbeitet. Entscheidungsprozesse müssen, so Lippmann in seinen einflussreichen Essays zur Demokratie, von der intelligenten Minderheit »verantwortungsbewusster Personen« kontrolliert werden, d. h. von einer »spezialisierten Klasse«, die die politischen Rahmenbedingungen absteckt und für die »Herausbildung einer gesunden öffentlichen Meinung« sorgt, ohne von der allgemeinen Öffentlichkeit, die aus »unwissenden und zudringlichen Außenseitern« besteht, belästigt zu werden. Führungskräfte müssen (um die Terminologie der Weltbank zu benutzen) die Möglichkeit haben, in »technokratischer Isolation« zu arbeiten.

In der *Encyclopaedia of the Social Sciences* weist Harold Lasswell, einer der Begründer der modernen Politologie, darauf hin, dass die wenigen Intelligenzen die »Ignoranz und Dummheit der Massen« erkennen müssen und nicht dem »demokratischen Dogma, dass die Menschen ihre eigenen Interessen am besten selbst beurteilen können«, verfallen dürfen. Die Kontrolle der Massen geschieht zu ihrem eigenen Besten (das wir viel besser kennen als sie selbst), und in demokratischen Gesellschaften, wo Gewaltanwendung tabu ist, müssen die wenigen Intelligenzen »eine ganz neue, hauptsächlich durch Propaganda vermittelte, Technik der Kontrolle« anwenden.

Das ist Leninismus in Reinform, wie überhaupt die Ähnlichkeit zwischen der modernen Demokratietheorie und dem Marxismus-Leninismus augenfällig ist. Bakunin hatte das schon im 19. Jahrhundert vorausgesehen.

Wenn wir den Begriff »Konsens« richtig verstehen, sehen wir, dass die Durchsetzung der Wirtschaftsinteressen gegen die Einwände der Öffentlichkeit dem Grundsatz »Konsens ohne Zustimmung« gehorcht. Genau das geschieht in den Vereinigten Staaten. Zwischen den Präferenzen der Öffentlichkeit und der jeweils betriebenen Politik klafft oft genug ein Abgrund, der in den letzten Jahren sehr tief geworden ist. Einige Zahlen können Licht auf die Funktionsweise des demokratischen Systems werfen.

Die US-Bürger glauben heute zu mehr als 80 Prozent, dass die Regierung »nicht die Interessen des Volkes, sondern die der wenigen« vertritt; in früheren Jahren waren nur 50 Prozent dieser Meinung. Ebenfalls mehr als 80 Prozent sind der Auffassung, das Wirtschaftssystem sei »in sich ungerecht« und die arbeitenden Menschen hätten innenpolitisch zu geringe Einflussmöglichkeiten. Mehr als 70 Prozent haben das Gefühl, dass die Wirtschaft »zu viel Macht über zu viele Bereiche des amerikanischen Lebens« ausübt. Und die allermeisten sind der Ansicht, dass die Konzerne »ihre Gewinne bisweilen auch für die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Beschäftigten« verwenden sollten.

In vielen wichtigen Belangen bleibt die Öffentlichkeit unbeirrbar sozialdemokratisch, was, der Mythologie zum Trotz, auch für die Jahre der Präsidentschaft von Reagan gilt. Aber wir sollten auch anmerken, dass diese Haltungen kaum etwas mit der Radikalität jener Ideen gemein haben, die die demokratischen Revolutionen beflügelten. Die Arbeiter im Nordamerika des 19. Jahrhunderts baten ihre Herren nicht um größeres Wohlwollen, sondern verweigerten ihnen das Recht auf Herrschaft. »Die in den Fabriken arbeiten, sollen sie auch besitzen«, forderte die Arbeiterpresse und hielt damit auf ihre Weise die Ideale der amerikanischen Revolution hoch. Die Kongresswahlen von 1994 sind ein bezeichnendes Beispiel für die Kluft zwischen Tatsachen und Rhetorik. Damals war die Rede von einem »politischen Erdbeben«, einem »Erdrutschsieg«, einem »Triumph des Konservatismus«, der die fortgesetzte »Drift nach rechts« widerspiegeln, weil die Wähler Newt Gingrichs ultrarechter Armee ein »überwältigendes Mandat« verschafft hätten. Gingrich hatte versprochen, »uns von der Regierung, die uns im Nacken sitzt, zu befreien« und die glücklichen Zeiten der Herrschaft des freien Marktes zurückzubringen.

Die Tatsachen ergeben ein anderes Bild. Der »Erdrutschsieg« wurde mit knapp der Hälfte der abgegebenen Stimmen, etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten, errungen, was keinen großen Unterschied zu den Wahlen von 1992 darstellt, die die Demokraten gewannen. Ein Sechstel der Wähler hielt das Ergebnis für »eine Bestätigung der politischen Ziele der Republikaner«. Nur ein Viertel hatte von dem »Vertrag mit Amerika« gehört, der diese Ziele umriss. Als die Bevölkerung darüber informiert wurde, lehnte sie fast alle Ziele mit deutlicher Mehrheit ab. Etwa 60 Prozent plädierten für eine *Erhöhung* des Sozialhaushalts. Ein Jahr später meinten 80 Prozent, dass die »Regierung die Schwächsten in der Gesellschaft, insbesondere die Armen und Alten, schützen muss, indem sie ihnen einen minimalen Lebensstandard und Sozialhilfe garantiert«. 80 bis 90 Prozent der Amerikaner sind für die staatliche Unterstützung von Arbeitsunfähigen, für eine Arbeitslosenversicherung, für Zuschüsse zu ärztlich verschriebenen Medikamenten und für soziale Sicherheitssysteme. Drei Viertel befürworten eine staatlich geförderte Kindererziehung für Mütter mit niedrigem Einkommen. Besonders erstaunlich ist die Langlebigkeit solcher Einstellungen, wenn man bedenkt, wie unnachgiebig die Propaganda der Öffentlichkeit einzuhämmern sucht, dass sie ganz andere Auffassungen vertritt. Untersuchungen der öffentlichen Meinung haben gezeigt, dass die Wähler das republikanische Programm um so stärker ablehnten, je besser sie es kannten. Schon als er seinen »Triumph« feierte, war Gingrich, der Fahnenträger der Revolution, unbeliebt, was sich in der Folge noch verstärkte, bis er zum vielleicht meistgehassten Politiker der Vereinigten Staaten geworden war. Es war schon komisch

anzusehen, wie sich vor den Wahlen von 1996 Gingrichs engste Verbündete darum bemühten, jede Verbindung zu ihrem Führer und seinen Ideen zu leugnen. Bei der Nominierung der Präsidentschaftskandidaten war Phil Gramm, der einzige Repräsentant der Republikaner im Kongress, der erste Kandidat, der ebenso schnell wie spurlos von der Bildfläche verschwand. Dabei hatte er reichlich Spendengelder kassiert und sagte, den Schlagzeilen zufolge, all das, was die Wähler angeblich gerne hören. Tatsächlich waren sämtliche aktuellen politischen Themen wie weggeblasen, als die Kandidaten im Januar 1996 ihren Wahlkampf begannen. Das dramatischste Beispiel ist der Ausgleich des Haushaltsdefizits. 1995 ging es vor allem darum, wie lange es dauern würde, die Schulden zu tilgen, sieben Jahre oder vielleicht etwas länger. Als der Streit am heftigsten tobte, ging die Regierung einige Male auf Tauchkurs. Mit der Nominierung der Kandidaten war das Thema vom Tisch. Das *Wall Street Journal* berichtete überrascht, dass die Wähler »vom Ausgleich des Defizits nicht mehr besessen« seien. Tatsächlich waren die Wähler, wie Meinungsumfragen zeigten, gerade vom Gegenteil »besessen«: Sie lehnten den Ausgleich des Haushaltsdefizits unter unrealistischen Bedingungen ab.

Man muss allerdings zugeben, dass eine bestimmte Minderheit von dem Haushaltsdefizit genauso »besessen« war wie die beiden Parteien. Im August 1995 hielten fünf Prozent der Bevölkerung neben der Obdachlosigkeit die Verschuldung des Staatshaushalts für das wichtigste nationale Problem. Aber unter diesen fünf Prozent waren Personen von Rang und Namen. »Die amerikanische Geschäftswelt hat gesprochen: Ausgleich des Defizits erforderlich«, verkündete *Business Week* über eine Umfrage unter leitenden Managern. Und mit der Geschäftswelt erheben auch die Medien und die politische Klasse ihre Stimme, um die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen, dass ein ausgeglichener Haushalt her muss, während in Übereinstimmung mit dem Willen der Öffentlichkeit - und, wie Umfragen zeigen, angesichts ihrer grundlegenden Opposition — die Sozialausgaben gekürzt werden. Es kann nicht überraschen, dass das Thema von der Bildfläche verschwand, sobald die Politiker der großen Bestie ins Auge blicken mussten.

Ebenso wenig überrascht, dass der Plan weiterhin in der üblichen zweiseitigen Weise verfolgt wird, mit schmerzhaften und oftmals unpopulären Kürzungen bei den Sozialausgaben und gleichzeitiger Erhöhung des Verteidigungshaushalts. Beides wird von der Öffentlichkeit abgelehnt, aber von der Wirtschaft unterstützt. Die Gründe für die Aufstockung des Pentagonbudgets liegen auf der Hand, wenn wir die innenpolitische Rolle des Systems begreifen: Über das Pentagon fließen öffentliche Gelder in entwickelte Industriesektoren, damit z. B. Newt Gingrichs reiche Wähler mit den größten Regierungssubventionen, die (ausgenommen die Bundesregierung selbst) ein Vorortdistrikt überhaupt erhält, vor der Unbarmherzigkeit des Marktes geschützt werden, während der Anführer der konservativen Revolution die übermächtige Regierung kritisiert und den rauen Individualismus preist.

Von Anfang an ging aus den Umfragen hervor, dass die Geschichte vom konservativen Erdbeben falsch war. Jetzt wird der Betrug stillschweigend zugegeben. Der Demoskopiefachmann der Republikaner um Gingrich erklärte, dass er mit seiner Aussage, die meisten Leute würden den »Vertrag mit Amerika« unterstützen, gemeint habe, dass die Slogans, in die die Thesen verpackt waren, beim Publikum gut angekommen seien. So zeigten seine Untersuchungen z.B., dass die Öffentlichkeit der Zerschlagung des Gesundheitssystems kritisch gegenüberstehe und es vielmehr »für die nächste Generation bewahren, schützen und stärken« wolle. Also wird die Zerschlagung geschickt verpackt und als Lösung präsentiert, durch die das Gesundheitssystem für die nächste Generation bewahrt und geschützt wird. Dasselbe gilt auch für die anderen Thesen.

All dies ist in einer Gesellschaft, die in so ungewöhnlichem Ausmaß von den Bedürfnissen der Wirtschaft bestimmt wird, ganz natürlich: Allein für das Marketing wird pro Jahr eine Billion Dollar ausgegeben, ein Sechstel des US-Bruttosozialprodukts. Diese Kosten sind vielfach

steuerabzugsfähig, so dass die Leute für das Privileg, manipuliert zu werden, auch noch bezahlen.

Aber die große Bestie lässt sich nicht so leicht zähmen. Wiederholt hielt man das Problem für gelöst und das »Ende der Geschichte« in einer Art Utopie der Herrschenden für erreicht. Ein klassischer Ansatzpunkt dafür war die Entstehung der neoliberalen Lehre im frühen 19. Jahrhundert, als David Ricardo, Thomas Malthus und andere große Repräsentanten der klassischen politischen Ökonomie die neue Lehre verkündeten. Die Wissenschaft der Politischen Ökonomie habe, so hieß es, mit der Gewissheit der Gesetze eines Newton bewiesen, dass wir den Armen nur schaden, wenn wir ihnen zu helfen suchen. Vielmehr müssen wir die leidenden Massen von der irrtümlichen Annahme befreien, dass sie ein Recht darauf hätten, zu leben. Die neue Wissenschaft wies nach, dass die Menschen nur ein Recht auf das haben, was sie auf dem unregulierten Markt erwerben können. In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts schienen diese Lehren in England den Sieg davongetragen zu haben. Da das Recht sich in den Dienst der Interessen britischer Fabrikanten und Finanziere gestellt hatte, konnte das englische Volk gezwungen werden, »den Weg eines utopischen Experiments zu beschreiten«, wie Karl Polanyi vor fünfzig Jahren in seinem klassischen Werk *The Great Transformation* schrieb. Es war der »rücksichtsloseste Akt einer gesellschaftlichen Reform«, den die Geschichte je gesehen hatte und an dem »viele Menschen zerbrachen«. Aber dann tauchte ein unvorhergesehenes Problem auf. Wenn wir nicht das Recht haben zu leben, schlössen die stupiden Massen, haben die Herrschenden nicht das Recht zu regieren. Die britische Armee musste gegen Aufständische vorgehen, und als die Arbeiter sich organisierten, nahm die Bedrohung konkrete Gestalt an. Die Arbeiterbewegung verlangte Arbeits- und Sozialgesetze, die die Proletarier vor dem neoliberalen Experiment schützen sollten, und stellte noch weiter gehende Forderungen. Die Wissenschaft, die glücklicherweise flexibel ist, veränderte sich mit den gewandelten Anschauungen der Elite, die in Reaktion auf die unkontrollierbare Bevölkerung nunmehr entdeckte, dass das Recht auf Leben durch eine Art von Sozialvertrag gesichert werden müsse.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts schien der Frieden wiederhergestellt, aber ein paar Störenfriede gab es immer noch. Der Künstler William Morris verstieß gegen alle guten Sitten, als er sich bei einem Gespräch in Oxford zum Sozialismus bekannte. Er wehrte sich gegen die weitverbreitete Auffassung, die im Konkurrenzsystem (»bei dem der Letzte vom Teufel geholt wird«) die endgültige Perfektionierung der Wirtschaft erblickte, die jedes weitere ökonomische System überflüssig mache. Aber wenn dem so ist, meinte Morris, dann wird »die Zivilisation sterben«. Und daran wollte er, trotz aller gegenteiliger Versicherungen seitens der Gelehrten, nicht glauben.

In den Vereinigten Staaten war mit den »Roaring Twenties« auch die Überzeugung ausgebrochen, dass die Arbeiterbewegung endgültig besiegt und das Utopia der Herrschenden erreicht wäre. Es war ein »höchst undemokratisches Amerika, geschaffen gegen den Widerstand der Arbeiterschaft«, wie David Montgomery, Historiker an der Universität von Yale, bemerkt. Doch erneut wurde zu früh gefeiert. Schon nach wenigen Jahren war die Bestie wieder aus dem Käfig entwichen, und selbst in den Vereinigten Staaten führte der Kampf der arbeitenden Klassen zu Rechten, die in sehr viel autokratischeren Gesellschaften schon längst gang und gäbe waren.

Gleich nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs startete die Wirtschaft eine umfassende Propagandaoffensive, um das an die Arbeiterbewegung verlorene Terrain zurückzugewinnen. Gegen Ende der fünfziger Jahre schien das Ziel erreicht. In der Industriegesellschaft sei das »Ende der Ideologien« gekommen, schrieb damals der in Harvard lehrende Soziologe Daniel Bell. Einige Jahre zuvor hatte er noch, als Herausgeber des führenden Wirtschaftsjournals *Fortune*, vom »schleppenden« Fortgang dieser Propagandakampagnen berichtet.



Wiederum war die Freude verfrüht. Die Ereignisse der sechziger Jahre zeigten, dass die große Bestie immer noch lauerte und bei den »Verantwortungsträgern« erneut die Furcht vor der Demokratie wachrief. Die von David Rockefeller 1973 gegründete Trilaterale Kommission, deren Mitglieder aus Europa, Japan und den USA kamen, widmete ihre erste große Untersuchung der »Krise der Demokratie« in der industriellen Welt, als große Teile der Bevölkerung auf politische Partizipation drängten. Das war für die Kommission natürlich kein Schritt in Richtung Demokratie, sondern ihr »Exzess«. Man wollte, wie der amerikanische Berichterstatter kommentiert, jene Zeit wiederbeleben, als »Truman in Zusammenarbeit mit einer relativ kleinen Zahl von Anwälten und Bankern der Wall Street das Land regieren konnte«. So nämlich sieht eine wahrhaft »gemäßigte Demokratie« aus. Insbesondere nahm sich die Kommission jener Institutionen an, die ihrer Ansicht nach für die »Indoktrinierung der Jugend« verantwortlich waren: die Schulen, Universitäten und Kirchen. Die Kommission schlug Mittel und Wege vor, mit denen die Disziplin wiederhergestellt, die Öffentlichkeit zum Gehorsam verhalten und die »Krise der Demokratie« somit überwunden werden könne.

Dabei vertraten die Mitglieder der Trilateralen Kommission eher fortschrittliche Ansichten; die Carter-Regierung bestand fast ausschließlich aus »Trilateralen«. Die Rechten schlugen einen viel härteren Kurs ein.

Seit den siebziger Jahren hat der Wandel in der Weltwirtschaft den Herrschenden neue Waffen in die Hände gespielt, mit denen sie die mühsam erkämpften sozialen Errungenschaften wieder zunichte machen können. Das politische Spektrum, das in den Vereinigten Staaten nie besonders breit war, ist nahezu verschwunden. Schon wenige Monate nach Bill Clintons Amtsübernahme freute sich das *Wall Street Journal* in einer Titelgeschichte über die Bereitwilligkeit, mit der die Regierung Clinton sich auf die Erwartungen von »Corporate America« einlasse. Auch die führenden Manager von Großkonzernen versicherten, dass sie »mit dieser Regierung viel besser zurechtkommen als mit den vorangegangenen«.

Es konnte eigentlich nur noch schöner werden, und so berichtete *Business Week* im September 1995, dass der neugewählte Kongress »für die Geschäftswelt einen Meilenstein darstellt. Niemals zuvor ist auf Amerikas Unternehmer ein so warmer Regen niedergegangen.« Bei den Präsidentschaftswahlen von 1996 waren beide Kandidaten im Grunde gemäßigte Republikaner mit großer Regierungserfahrung, und natürlich Repräsentanten der Wirtschaft. Der Wahlkampf war in den Augen der Wirtschaftspresse einer der langweiligsten überhaupt. Umfragen ergaben, dass die Öffentlichkeit sich kaum dafür interessierte; die Wähler lehnten beide Kandidaten ab und erwarteten weder vom einen noch vom anderen sonderlich viel.

Viele sind mit der Arbeitsweise des demokratischen Systems unzufrieden. Ein ähnliches Phänomen ist in Lateinamerika zu beobachten. Zwar herrschen dort andere Bedingungen, doch die Ursachen für die Unzufriedenheit sind zum Teil die gleichen. Der argentinische Politologe Atilio Boron hat auf die Tatsache verwiesen, dass der demokratische Prozeß in Lateinamerika mit neoliberalen Wirtschaftsreformen einherging, die für die Bevölkerungsmehrheit katastrophale Folgen hatten. Die Parallelen zum reichsten Land der Erde sind nicht zu verkennen. Wenn über 80 Prozent der Bevölkerung glauben, dass das demokratische System Schwindel und die Wirtschaft »in sich ungerecht« sei, kann es mit der »Zustimmung der Regierten« nicht weit her sein.

Berichten der Wirtschaftspresse zufolge hat das Kapital in den letzten 15 Jahren den klaren Sieg über die Gewerkschaftsbewegung davongetragen. Aber voller Sorge wird auch darauf hingewiesen, dass diese schöne Zeit zu Ende gehen kann, weil die Arbeiter eine zunehmende »aggressive Kampagne« für gesicherte »Mindestlöhne« und einen größeren Anteil an den Gewinnen führen.

All dies ist nichts Neues. Immer wieder ist das »Ende der Geschichte«, ist die »perfekte Wirtschaftsordnung« verkündet worden. Und trotz aller Kontinuität kann man, als Optimist und als Realist, doch einen gewissen Fortschritt entdecken. Nicht nur in den fortgeschrittenen

Industriegesellschaften kann der Kampf um mehr Demokratie auf einem höheren Niveau und mit größeren Erwartungen beginnen als noch vor dreißig Jahren. Und die internationale Solidarität kann neue und konstruktivere Formen annehmen, sobald die Völker dieser Welt mehrheitlich begreifen, dass sie letztlich die gleichen Interessen haben. Es gibt nach wie vor keinen Grund zu der Annahme, dass wir von geheimnisvollen und unbekanntem gesellschaftlichen Gesetzen beherrscht werden - es geht um Entscheidungen in Institutionen, die dem *menschlichen* Willen unterworfen sind und mithin auf ihre Legitimität hin geprüft werden können. Bestehen sie die Prüfung nicht, können sie, wie die Vergangenheit zeigt, durch freiere und gerechtere Institutionen ersetzt werden.

## Anmerkungen

1 A. d. U.: David Hume, »On the First Principles of Government«, in ders., *The Philosophical Works*, hg. von T. H. Green und T. H. Grose (London 1882), Bd. III, S. 109 ff. Dt.: »Über die ursprünglichen Prinzipien der Regierung«, in David Hume, *Politische und ökonomische Essays*, Tlbd. 1, Hamburg 1988, S. 25. Von einem möglichen Sturz der Herrschenden durch die Beherrschten ist dort allerdings nicht die Rede.

2 A.d.U.: Francis Hutcheson, *A System of Moral Philosophy*, 3 Bde., in ders., *Collected Works*, als Reprint in 7 Bänden erschienen in Hildesheim 1969. Das Zitat in Bd. VI (Bd. 2 des *System ...*), S. 231. Hutcheson hält das Volk (nicht: »die Massen«!) allerdings keineswegs prinzipiell für dumm und vorurteilvoll, sondern stellt nur die Frage, ob eine Regierung *in einem solchen Falle* auch für eine kurze Zeit ohne die sofortige Zustimmung der Bevölkerung politische Pläne durchsetzen könne, was er bejaht, wenn die Regierung das allgemeine Wohl des ganzen Volkes im Auge hat. Sollte das nicht der Fall sein, kann die Bevölkerung Widerstand leisten. Es ging ihm also keineswegs um die Kontrolle der einheimischen Bevölkerung. Hutcheson gehört mit Hume und Locke zum klassischen englischen Liberalismus der Aufklärung. (Übrigens übersetzte kein Geringerer als Lessing das *System* unter dem — etwas seltsamen — Titel *Sittenlehre der Vernunft* ins Deutsche [erschien zu Leipzig 1756].) Zum Konsensbegriff bei Hutcheson vgl. Wolfgang Leidhold, *Ethik und Politik bei Francis Hutcheson*, Freiburg und München 1985, S. 254 ff.

3 A.d.U.: Im Original heißt das wortspielerisch »consent without consent«; die Mehrdeutigkeit des Begriffs »consent« (Konsens/Zustimmung/ Einwilligung) lässt sich im Deutschen nicht adäquat wiedergeben.

4 A.d.U.: Edward L. Bernays wurde 1891 in Wien geboren; seine Mutter (Anna) war die Schwester von Sigmund Freud. Die Familie Bernays wanderte schon 1892 in die USA aus, wo Bernays später zum ersten und führenden PR-Unternehmer wurde, der u. a. die Regierung, Industrieunternehmen und die Gewerkschaften beriet, aber auch Künstler und Schriftsteller (z. B. Henry Miller) unter Vertrag hatte.

### III. Die Leidenschaft für freie Märkte

»Mehr als ein halbes Jahrhundert lang haben die Vereinigten Staaten die Vereinten Nationen zu ihrem Hauptforum gemacht, um eine Welt nach ihrem Bild zu schaffen. Sie haben mit ihren Verbündeten laviert und taktiert, um globale Abkommen über Menschenrechte, Atomwaffentests oder die Umwelt auszuhandeln, in denen sich US-amerikanische Wertvorstellungen niederschlagen sollten.« So beginnt David Sanger, politischer Kommentator der *New York Times*, einen Bericht auf der Titelseite. Aber die Zeiten ändern sich. Heute lautet die Schlagzeile: »Die USA exportieren die Werte des freien Marktes über globale Handelsabkommen.« Um »amerikanische Werte zu exportieren«, verläßt sich die Regierung Clinton nicht mehr so sehr auf die UNO, sondern wendet sich der Welthandelsorganisation (WTO) zu. Am Ende, so fährt Sanger fort (und zitiert einen Vertreter des US-Außenhandels), ist die WTO vielleicht das geeignetste Instrument, um Amerikas »Leidenschaft für die Deregulierung« und den freien Markt im allgemeinen wie auch die »amerikanischen Werte freier Konkurrenz, fairer Regeln und effektiver Durchsetzung« einer noch im Dunkeln tastenden Welt nahe zubringen. Diese »amerikanischen Werte« werden am eindringlichsten durch den Boom neuer Medien und Technologien illustriert: Telekommunikation, Internet, Computer und die anderen Wunder, die der amerikanische Unternehmergeist hervorbringen konnte, weil er, vom Markt und der Reagan-Revolution beflügelt, endlich von den Einmischungsversuchen der Regierung befreit wurde.

Heute »begrüßen Regierungen in der ganzen Welt das Evangelium des freien Marktes, das in den achtziger Jahren von Präsident Ronald Reagan und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher gepredigt wurde«, berichtet Youssef Ibrahim, ebenfalls auf einer Titelseite der *New York Times*. Er schlägt damit ein gängiges Thema an. Ein breites Spektrum von Enthusiasten bis zu Kritikern - und wir berücksichtigen hier nur den liberalen bis linken Teil — ist sich einig über den »unwiderstehlichen Sog der >Marktrevolution<«: Der »raue Individualismus à la Reagan« hat die Spielregeln weltweit verändert, während in den Vereinigten Staaten »Republikaner und Demokraten in ihrer Hingabe an die neue Lehre gleichermaßen bereit sind, den Markt auf Hochtouren zu bringen«.<sup>1</sup>

Dies Bild weist einige Schönheitsfehler auf, zu denen auch die anfangs zitierte Einschätzung David Sangers gehört. Selbst die entschiedensten Anhänger der »amerikanischen Mission« müssen erkannt haben, dass das Verhältnis zwischen den USA und der UNO sich mit der fortschreitenden Entkolonialisierung rapide verschlechterte, weil die Vereinten Nationen sich nun nicht mehr als US-amerikanisches Forum instrumentalisieren ließen. In der Folge opponierten die USA zumeist allein gegen globale Abkommen der unterschiedlichsten Art und widmeten sich hingebungsvoll der Aufgabe, zentrale Bestandteile der Organisation zu untergraben, wobei ihnen vor allem die Ausrichtung auf die Dritte Welt ein Dorn im Auge war. Vieles mag umstritten sein, dieses jedoch nicht.

Wenden wir uns dem »rauen Individualismus à la Reagan« und seiner Anbetung des Marktes zu. Hier reicht es vielleicht, einen Artikel aus *Foreign Affairs* zu zitieren, in dem ein hochrangiges Mitglied des Rats für Auslandsbeziehungen (Council on Foreign Relations), das dort für internationale Finanzen zuständig ist, auf die Reagan-Jahre zurückblickt. Er verweist auf die »Ironie« der Tatsache, dass unter Ronald Reagan, »dem Nachkriegspräsidenten mit der leidenschaftlichsten Liebe zum Laissez-faire, der größte Umschwung zugunsten des Protektionismus stattfand, den es seit den dreißiger Jahren gegeben hat«.<sup>2</sup> Aber das ist keine »Ironie«, sondern gerade die »leidenschaftliche Liebe zum Laissez-faire«: Marktdisziplin für *dich*, aber nicht für *mich*, es sei denn, auf dem »Spielfeld« gelten meine Regeln, was sich zumeist durch

umfassende staatliche Interventionen erreichen lässt. Wohl kaum ein anderes Thema hat die Wirtschaftsgeschichte der letzten dreihundert Jahre so beherrscht.

Die Reagan-Anhänger folgten lediglich einem bereits ausgetretenen Pfad, als sie das Hohelied des Marktes sangen und den Armen im Inland wie im Ausland die zu Kraftlosigkeit führende Kultur der Abhängigkeit unter die Nase rieben, während sie sich vor der Geschäftswelt damit brüsteten, dass Reagan »die US-amerikanische Industrie stärker vor Importen geschützt habe als jeder seiner Vorgänger in den letzten fünfzig Jahren« — vielmehr: als alle Vorgänger zusammengenommen. Der zum Sekretariat des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade; Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) gehörende Wirtschaftswissenschaftler Patrick Low hat den »fortwährenden Angriff auf das Freihandelsprinzip« durch die Reichen und Mächtigen seit Beginn der siebziger Jahre untersucht. Er hält die restriktiven Auswirkungen der unter Reagan beschlossenen Maßnahmen für dreimal so hoch wie die anderer führender Industrienationen.<sup>3</sup>

Der radikale »Umschwung zugunsten des Protektionismus« war nur ein Bestandteil des in der Ära Reagan beschleunigten Angriffs auf die Freihandelsprinzipien. Ein weiteres Kapitel dieser Geschichte betrifft den umfassenden Transfer öffentlicher Gelder in private Hände, der sich oftmals unter dem traditionell gebräuchlichen Deckmantel der »Sicherheit« vollzieht. Diese Vorgänge sind jahrhundertealt und bleiben sich immer gleich, natürlich nicht nur hier, in den Vereinigten Staaten, obwohl bei uns Betrug und Heuchelei ganz neue Ausmaße angenommen haben mögen.

»Thatchers Großbritannien« ist ein anderes gutes Beispiel für das »Evangelium vom freien Markt«. Halten wir uns nur an einige Enthüllungen aus den ersten Monaten des Jahres 1997. »Gerade zu dem Zeitpunkt, als größter Druck ausgeübt wurde, um Waffenverkäufe an die Türkei durchzusetzen«, berichtete der Londoner *Observer*, intervenierte Margaret Thatcher »persönlich, um 22 Mio. Pfund aus dem Fond für Entwicklungshilfe für den Bau einer U-Bahn in der türkischen Hauptstadt Ankara zur Verfügung zu stellen. Das Projekt erwies sich als unwirtschaftlich«, und 1995 gab Außenminister Douglas Hurd zu, es sei »ungesetzlich« gewesen. Das war besonders pikant vor dem Hintergrund des Skandals um den Damm von Pergau, bei dem es um illegale Subventionen ging, die den »Waffenhandel mit dem Regime in Malaysia >versüßen< sollten«. Hurd wurde von der Parlamentsversammlung gerügt. Daneben gibt es natürlich noch die üblichen Kreditgarantien und finanziellen Transaktionen der Regierung und die übrigen Kniffe und Tricks, mit denen öffentliche Gelder in die »Verteidigungsindustrie« fließen, was nur bedeutet, dass die ganze Technologiebranche davon profitiert.

Einige Tage zuvor hatte der *Observer* berichtet, dass »bis zu zwei Millionen britische Kinder aufgrund von Unterernährung krank sind und Wachstumsbehinderungen aufweisen«. Grund dafür ist »eine in diesem Umfang seit den dreißiger Jahren nicht mehr aufgetretene Armut«. Der Trend zu zunehmender Gesundheit bei Kindern ist rückläufig, und Kinderkrankheiten, die längst eingedämmt waren, treten wieder vermehrt auf, auch dies eine Folge des »freien Marktes«, dessen Nutznießer sein Loblied gerne singen.

Einige Monate zuvor berichtete eine Schlagzeile: »Eins von drei britischen Babys wird in Armut geboren«, weil »die Kinderarmut seit der Wahl von Margaret Thatcher um das Dreifache zugenommen hat«. »Krankheiten aus der Dickens-Zeit suchen Großbritannien heim«, lautet eine weitere Schlagzeile. Der dazugehörige Bericht beruft sich auf Untersuchungen, denen zufolge »die sozialen Verhältnisse in Großbritannien mittlerweile wieder denen des 19. Jahrhunderts ähneln«. Im Zuge der Privatisierung von Dienstleistungen werden »einer großen Anzahl von Haushalten« die Anschlüsse für Gas, Wasser, Elektrizität und Telefon gesperrt. Das geschieht mit einer ganzen Palette von Tricks, die »wohlhabendere Kunden« begünstigen, während die »Armen gewissermaßen Zuschläge zahlen müssen«, was wiederum zu einer »wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in der Energieversorgung« führt. Die »grausamen Einschnitte« in den Sozialleistungen versetzen die Nation »in Panik

über eine bevorstehende Auflösung des sozialen Netzes«. Derweil profitieren Industrie und Finanzwesen von ebendieser Politik. Und um allem die Krone aufzusetzen: Die Ausgaben der öffentlichen Hand belaufen sich nach 17 Jahren Herrschaft des Thatcher-Evangeliums auf die gleichen 42,25 Prozent des Bruttosozialprodukts wie bei ihrer Amtsübernahme.<sup>4</sup> Das alles mutet sehr vertraut an.

## Die Welthandelsorganisation: »Amerikanische Werte exportieren«

Lassen wir den verwirrenden Kontrast zwischen Dogma und Realität auf sich beruhen und fragen wir uns, was wir von einer Untersuchung der neuen Ära lernen können. Ich meine, eine ganze Menge.

Der Bericht der *New York Times* über den amerikanischen »Export der Werte des freien Marktes« feiert das WTO-Abkommen zur Telekommunikation, das Washington dankenswerterweise ein »neues außenpolitisches Werkzeug« an die Hand gibt. Das Abkommen »ermächtigt die WTO, innerhalb der Grenzen der 70 Unterzeichnerstaaten tätig zu werden«, und es ist kein Geheimnis, dass internationale Institutionen durchaus funktionieren können, insoweit sie die Forderungen der Mächtigen, insbesondere der Vereinigten Staaten, vertreten. In Tat und Wahrheit erlaubt das »neue Werkzeug« den USA, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und sie zu zwingen, ihre Gesetze und Regelungen zu verändern. Die WTO wird dafür sorgen, dass andere Länder »dem Abkommen Folge leisten, indem sie ausländischen Investoren« den Zutritt zum einheimischen Markt gestatten, ohne zentrale Bereiche ihrer Wirtschaft davon auszunehmen. Im Hinblick auf die Telekommunikation steht das Ergebnis bereits fest: »Die Konzerne, die von dieser neuen Ära profitieren, werden US-amerikanische Gesellschaften sein, weil sie über die beste Ausgangsposition verfügen, um ein allen zugängliches Feld zu beherrschen«, merkt die *Far Eastern Economic Review* an.<sup>5</sup> Dazu kommt noch ein britisch-amerikanisches Großunternehmen.

Nicht alle sind von diesen Aussichten begeistert. Die Gewinner haben das erkannt und bieten ihre Interpretation an.

Sanger beschreibt es so: Andere befürchten, dass »amerikanische Telekommunikationsgiganten ... die schwächlichen, von der Regierung subventionierten Monopole, die in Europa und Asien lange Zeit den Telekommunikationssektor beherrschten, einfach überrollen werden« - wie es auch in den Vereinigten Staaten geschah, als sie schon längst die führende wirtschaftliche und politische Macht der Welt waren. Erwähnenswert ist auch, dass viele wichtige Produkte der modernen Technologie (z.B. Transistoren) in den Forschungslaboratorien des »schwächlichen Monopols« entwickelt wurden, das hierzulande den Telekommunikationsmarkt bis in die siebziger Jahre dominierte. Es nutzte seine Monopolstellung, um die entwickelten Industriesektoren durch den Transfer öffentlicher Gelder zu unterstützen (was manchmal, im Gegensatz zum Pentagon-System, auf indirekte Weise geschah).

Wer nostalgisch an der Vergangenheit hängt, gelangt zu etwas anderen Auffassungen. Die *Far Eastern Economic Review* weist darauf hin, dass in Asien Arbeitsplätze verloren gehen werden, während sich »für viele asiatische Kunden das Telefonieren erst einmal verteuert, bevor es billiger wird«. Und wann wird das sein? Damit diese rosige Zukunft heraufdämmert, müssen ausländische Investoren lediglich dazu »ermutigt werden ... sich sozial verträglich zu verhalten«, also nicht einfach nur die Gewinne und den Dienst an reichen Kunden und Geschäftsleuten im Auge haben. Wie dieses Wunder sich ereignen soll, bleibt ungeklärt, obwohl der Vorschlag die oberen Konzernetagen sicherlich zu ernsthaften Überlegungen anregen wird.

Während der Planungszeit wird das WTO-Abkommen die Telefonkosten für die meisten asiatischen Kunden in die Höhe treiben, lautet die Voraussage der *Far Eastern Economic*

*Review.* »Tatsächlich wird nur eine relativ geringe Anzahl von Kunden in Asien von den niedrigeren Gebühren für Auslandstelefonate profitieren«, die mit der Übernahme des Telekommunikationssektors durch große, zumeist US-amerikanische Auslandskonzerne einhergehen sollen. So führen zum Beispiel in Indonesien nur etwa 300 000 Personen, zumeist Geschäftsleute, Auslandstelefonate, während die Gesamtbevölkerung sich auf etwa 200 Millionen Einwohner beläuft. David Barden, Telekommunikationsfachmann der J. P. Morgan-Versicherungsgruppe in Hongkong, meint, dass in ganz Asien »die Kosten für Inlandsgespräche steigen werden«. Aber das sei nur gut so, denn »wenn das Geschäft nicht profitabel ist, gibt es kein Geschäft«. Und da immer mehr öffentliches Eigentum in den Besitz ausländischer Konzerne übergeht, sollte man ihnen Rentabilität auch garantieren - heute im Telecom-Sektor, morgen in einem sehr viel breiteren Spektrum analoger Dienstleistungen. Die Wirtschaftspresse prognostiziert, dass »die persönliche [und auch geschäftliche] Kommunikation via Internet in fünf bis sechs Jahren die Telekommunikation überholt haben wird, und Telecom-Anbieter sind dringend daran interessiert, in das Online-Geschäft einzusteigen«. Im Hinblick auf die Zukunft seiner eigenen Gesellschaft sieht Andrew Grove, Leitender Direktor von Intel, im Internet gegenwärtig »die größte Chance für unseren Sektor«. Er erwartet massive Gewinne für »Provider, Web-Spezialisten, Computerhersteller« und die Werbebranche. Schon jetzt wirft das Internet jährlich Gewinne von etwa 350 Milliarden Dollar ab. Weitere Möglichkeiten würden sich aus der Privatisierung des Internets ergeben, das sich dann höchstwahrscheinlich in ein globales Oligopol verwandeln würde.<sup>6</sup>

Unterdessen geht die Privatisierung in anderen Ländern munter voran. So hat z. B. die brasilianische Regierung gegen beträchtlichen Widerstand der Öffentlichkeit die Privatisierung der Vale Company beschlossen. Diese Gesellschaft kontrolliert umfangreiche Ressourcen an Mineralien, darunter Uran und Eisen, sowie die entsprechenden Industrieanlagen, Transporteinrichtungen und Technologien. Vale ist überaus profitabel - 1996 lagen die Erträge bei über fünf Milliarden Dollar — und hat beste Zukunftsaussichten. Eine Untersuchung von Spezialisten der Technischen Hochschule an der staatlichen Universität von Rio de Janeiro ergab, dass die Regierung die Gesellschaft deutlich unterbewertet hatte. Zudem hatte sie sich auf eine »unabhängige« Analyse von Merrill Lynch verlassen. Merrill Lynch wiederum ist ganz zufällig mit dem angloamerikanischen Mischkonzern verbunden, der diesen wichtigen Sektor der brasilianischen Wirtschaft übernehmen möchte. Die Regierung hat die Untersuchungsergebnisse verärgert dementiert. Wenn sie stimmen, ergeben sie ein vertrautes Muster.<sup>7</sup>

Am Rande bemerkt: Kommunikation ist nicht dasselbe wie Uran. Mit der Konzentration von Kommunikationsmitteln in einer Hand (vor allem der von ausländischen Investoren) gerät die Demokratie in Gefahr. Ähnliches gilt für Konzentrationsvorgänge im Finanzsektor, die eine demokratische Kontrolle gesellschaftlicher und ökonomischer Planungsprozesse erschweren. Noch schwerwiegendere Probleme wirft die Kontrolle über die Produktion und Distribution von Nahrungsmitteln auf, weil es hier um das Überleben von Menschen geht. 1996 erörterte der Generalsekretär der FAO (Food and Agricultural Organisation; der UN angehörig) die »durch massive Anhebung der Getreidepreise verursachte Lebensmittelkrise« und riet den »Entwicklungsländern«, die ihnen durch den »Konsens von Washington« aufgezwungene Politik aufzugeben und die Lebensmittelproduktion in die eigenen Hände zu nehmen.<sup>8</sup> Diese Politik nützte letztlich nur der subventionierten Agrarwirtschaft - und ganz zufällig auch dem Drogenhandel.

Die globale Kontrolle des Agrarsektors durch ausländische Großkonzerne zeichnet sich bereits ab, und nach dem Abkommen über die Telekommunikation ist der Finanzsektor an der Reihe.

Zusammengefaßt wird der Sieg der »amerikanischen Werte« in der WTO die folgenden Konsequenzen haben:

1. Ein »neues Werkzeug« für die US-amerikanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten;
2. die Übernahme entscheidender Sektoren der Wirtschaft anderer Staaten durch US-basierte Konzerne;
3. zusätzliche Gewinne für die Unternehmen und die Wohlhabenden;
4. Übernahme anfallender Kosten durch die Bevölkerung;
5. neue und schlagkräftige Waffen gegen die Gefahr einer ernsthaften Demokratisierung.

## Die Welthandelsorganisation: ein ungeeignetes Forum

Am selben Tag, an dem die Titelseite der *New York Times* den Sieg amerikanischer Werte in der WTO verkündete, warnte ein Leitartikel die Europäische Union davor, die Organisation zum Tribunal für ihre Anschuldigung, die USA verletzen Freihandelsvereinbarungen, zu machen. Im engeren Sinne geht es dabei um das Helms-Burton-Gesetz, das »die Vereinigten Staaten dazu nötigt, Sanktionen gegen ausländische Firmen zu verhängen, die Geschäfte in Kuba tätigen«. Diese Sanktionen »würden solche Firmen wirksam daran hindern, Güter in die USA zu exportieren oder dort Geschäfte zu tätigen, auch wenn ihre Produkte und Aktivitäten nichts mit Kuba zu tun haben«, erklärt Peter Morici, der ehemalige Leiter der Wirtschaftsabteilung bei der Internationalen Handelskommission der USA. Das ist keine geringe Strafe, und zudem gibt es noch direkte Androhungen gegen Einzelpersonen und Betriebe, die eine von Washington einseitig festgelegte Grenze überschritten haben. Der Artikel betrachtet das Gesetz als »unangebrachten Versuch des Kongresses, seine Außenpolitik anderen aufzuzwingen«; Morici lehnt es ab, weil es den Vereinigten Staaten »mehr Kosten als Nutzen« bringe. Im weiteren Sinne wird das Embargo selbst kritisiert: Die »ökonomische Erdrosselung Kubas« wird von der *New York Times* als »Anachronismus aus der Zeit des Kalten Kriegs« bezeichnet, der »endlich beseitigt werden sollte, weil er die US-amerikanischen Geschäftsinteressen schädigt«.<sup>9</sup>

Aber weiter gehende Fragen nach Recht und Unrecht werden nicht gestellt, und die ganze Sache ist, so der erwähnte Leitartikel, »im wesentlichen eine politische Auseinandersetzung«, die mit Washingtons »Freihandelsverpflichtungen« nichts zu tun habe. Der Redakteur geht, wie die meisten anderen politischen Beobachter, offensichtlich davon aus, dass die WTO im Ernstfall gegen die Vereinigten Staaten entscheiden würde und folglich kein geeignetes Forum für die Beschuldigungen seitens der Europäischen Union ist. Die Logik ist simpel und mittlerweile bekannt. Zehn Jahre zuvor wurde dem Internationalen Gerichtshof aus den gleichen Gründen die Eignung abgesprochen, Nicaraguas Forderungen gegenüber Washington verhandeln zu können. Der Gerichtshof verurteilte die USA wegen »gesetzwidriger Anwendung von Gewalt« und forderte die Regierung auf, den internationalen Terrorismus einzustellen, den illegalen Wirtschaftskrieg zu beenden, Verträge zu respektieren und umfassende Reparationszahlungen zu leisten. Die Vereinigten Staaten lehnten das Urteil ab, und der Kongress, in dem die Demokraten die Mehrheit besaßen, eskalierte den Terrorkrieg gegen Nicaragua, während der Internationale

Gerichtshof von allen Seiten wegen seiner »feindseligen Einstellung« zu den USA diskreditiert wurde. Über das Urteil selbst wurde ebenso wenig Bericht erstattet wie über die richterliche Entscheidung, die US-amerikanische Hilfe für die Contras als »militärisch« und nicht als »humanitär« einzustufen. Die Unterstützung der Contras wurde fortgesetzt, bis die Vereinigten Staaten ihr Ziel erreicht hatten. Natürlich ging es dabei immer nur um »humanitäre Hilfe«.

Ferner legten die USA ihr Veto gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats ein, die alle Staaten aufforderte, sich an die Regeln des Internationalen Rechts zu halten, und stimmten (zusammen mit El Salvador und Israel) gegen eine Resolution der Generalversammlung, in der es hieß, der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs sei »unverzüglich und in vollem Umfang nachzukommen«. All dies wurde von den US-amerikanischen Medien ebenso ignoriert wie die erneute Abstimmung der Resolution ein Jahr später (diesmal wurden die USA nur noch von Israel unterstützt). Die ganze Sache verdeutlicht auf typische Weise, wie die Vereinigten Staaten die UNO als »Forum« zur Durchsetzung ihrer eigenen Werte benutzen.

Kehren wir zum Fall Kuba zurück. Im November 1996 stimmte Washington (mit Israel und Usbekistan) gegen eine von der EU einhellig unterstützte Resolution der UN-Generalversammlung, in der die Vereinigten Staaten aufgefordert wurden, das Embargo gegen Kuba aufzuheben. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hatte bereits einmütig die Zurückweisung des Helms-Burton-Gesetzes beschlossen und ihren eigenen Gerichtshof, das Inter-American Juridical Committee, um ein Urteil in dieser Sache gebeten. Im August 1996 beschied das Komitee einstimmig, das Gesetz verletze internationale Rechtsprinzipien. Ein Jahr zuvor hatte bereits die Interamerikanische Menschenrechtskommission der OAS die US-amerikanischen Einschränkungen für den Transport von Lebens- und Arzneimitteln nach Kuba als Verletzung internationalen Rechts verurteilt. Die Regierung Clinton reagierte darauf, indem sie den Transport von Arzneimitteln nicht direkt behinderte, ihn aber mit so bedrohlichen Kautelen versah, dass selbst große in- und ausländische Konzerne abgeschreckt wurden (hohe Geld- und Gefängnisstrafen für das, was Washington als Verletzung »angemessener Distribution« bestimmt, Landverbote für Schiffe und Flugzeuge, Mobilisierung von Medienkampagnen usw.). Der Transport von Lebensmitteln bleibt weiterhin verboten, was die Regierung Clinton mit dem Hinweis auf »andere Zulieferer« (die natürlich sehr viel teurer sind) begründet, so dass die Verletzung internationalen Rechts keine Verletzung ist.

Als die EU das Problem vor die WTO brachte, zogen sich die USA nach bewährtem Muster aus dem Verfahren zurück, so dass es schließlich eingestellt werden mußte.<sup>10</sup>

Kurzum, die Welt, die die Vereinigten Staaten in internationalen Institutionen »nach ihrem Bild schaffen« wollten, beruht auf dem Prinzip der Gewaltherrschaft. Und die »amerikanische Leidenschaft für den Freihandel« schließt die willkürliche Verletzung von Handelsabkommen durch die US-amerikanische Regierung ein. Wenn ausländische (zumeist US-amerikanische) Konzerne den Kommunikations-, Finanz- und Lebensmittelmarkt beherrschen, ist das kein Problem. Die Sache sieht anders aus, wenn Handelsabkommen und internationales Recht mit den Plänen der Mächtigen in Konflikt geraten — eine aus der Geschichte wohlbekannte Lektion.

Wir lernen noch einiges hinzu, wenn wir die Gründe für die US-amerikanische Missachtung internationaler Rechtsprinzipien und Handelsabkommen untersuchen. Im Fall Nicaragua erinnerte Abraham Sofaer, außenpolitischer Rechtsberater der US-Regierung, daran, dass die Situation in den vierziger Jahren, als die Vereinigten Staaten die Rechtsprechung des Weltgerichtshofs akzeptierten, noch ganz anders gewesen sei. Damals hätten die meisten Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen »auf der Seite der Vereinigten Staaten gestanden und ihre Auffassung bezüglich der Weltordnung geteilt«. Heute jedoch »sind viele dieser Staaten



nicht mehr bereit, sich unserer Interpretation der ursprünglichen verfassungsmäßigen Bedeutung der UN-Charta anzuschließen«, sondern »stehen bei wichtigen internationalen Problemen oftmals in Opposition zu den Vereinigten Staaten«. Insofern ist es verständlich, dass die USA seit den sechziger Jahren der Staat sind, der am häufigsten sein Veto eingelegt hat, ob es nun um internationales Recht, Menschenrechte, Umweltschutz oder andere Themen ging. Anfang 1997 vollzogen die Vereinigten Staaten dies Ritual zum 71. Mal seit 1967. Als die Resolution — es ging um israelische Siedlungen in Jerusalem — zur Abstimmung kam, stimmten die USA und Israel dagegen. Wir kennen das Muster bereits.<sup>11</sup>

Aus der Unzuverlässigkeit dieser Welt zog Sofaer die einzig richtigen Schlüsse. Wir müssen uns, erklärte er, »die Entscheidungsbefugnis darüber vorbehalten, ob der Gerichtshof in einem bestimmten Fall über uns zu Gericht sitzen kann«. Der alte Grundsatz, der jetzt in einer rebellisch gewordenen Welt durchgefochten werden muss, lautet: »Die Vereinigten Staaten akzeptieren keine von außen erzwungene Gerichtsbarkeit bezüglich irgendeiner Auseinandersetzung über Probleme, die laut Bestimmung der Vereinigten Staaten in den Bereich ihrer eigenen Gerichtsbarkeit fallen.« Bei diesen »Problemen« handelte es sich um den Angriff gegen Nicaragua.<sup>12</sup>

Das grundlegende Handlungsprinzip wurde von der neuen Außenministerin, Madeleine Albright, elegant formuliert, als sie den UN-Sicherheitsrat wegen seiner Weigerung, den Irak betreffende Forderungen der US-Regierung zu unterstützen, darüber belehrte, dass »wir uns zusammen mit anderen multilateral verhalten, wenn wir es können, und unilateral, wenn es sein muss«, da wir in einer »für die nationalen Interessen der USA als lebenswichtig erachteten Region« keine äußeren Beschränkungen anerkennen." Die Vereinten Nationen sind ein angemessenes Forum, solange die Mitgliedsstaaten die Ansichten der USA teilen, aber sie versagen, sobald die Mehrheit »bei wichtigen internationalen Fragen zu den Vereinigten Staaten in Opposition geht«. Internationales Recht und Demokratie sind eine gute Sache — aber nur, wenn man sie nach dem Ergebnis beurteilt. Für den Freihandel gilt dasselbe. Mithin bleibt die amerikanische Haltung im Fall Kuba den alten Prinzipien verpflichtet. Washington ließ erklären, dass die WTO »nicht die Kompetenz besitze«, über ein Problem der nationalen Sicherheit zu befinden; wir müssen begreifen, dass beim Embargo unsere Existenz auf dem Spiel steht. Ein Beschluss der WTO gegen die Vereinigten Staaten in absentia wäre, wie ein US-Regierungssprecher mitteilte, bedeutungslos, weil »wir nicht der Meinung sind, dass die WTO die Vereinigten Staaten durch Worte oder Taten dazu zwingen kann, ihre Gesetze zu ändern«. Erinnern wir uns daran, dass das Telekommunikationsabkommen für die USA ein »neues Werkzeug der Außenpolitik« war, womit andere Staaten jetzt gezwungen werden können, ihre Gesetze und Verfahrensweisen gemäß unseren Bedürfnissen zu ändern.

Die früheren GATT-Handelsabkommen enthielten Ausnahmeklauseln für den Fall, dass Mitgliedsstaaten ihre innere Sicherheit bedroht sahen. Mit ihnen rechtfertigten die USA ihr Kuba-Embargo. Das WTO-Abkommen gestattet einem Mitglied ebenfalls, »jede Maßnahme zu ergreifen, die dem Schutz seiner elementaren Sicherheitsinteressen dient«, wobei sich dies jedoch nur auf drei bestimmte Problembereiche bezieht: spaltbares Material, Waffenhandel und Maßnahmen, die »im Falle eines Krieges oder einer anderen Krise der internationalen Beziehungen« ergriffen werden.<sup>14</sup> Die Regierung Clinton verzichtete darauf, sich auf diesen letzten Punkt zu berufen, vielleicht, um nicht offiziell eingestehen zu müssen, dass die Aufhebung des Embargos die innere Sicherheit der USA gefährde; sie machte aber deutlich, dass es ihr durchaus um die »innere Sicherheit« ging.

## Unlautere Gedanken

Höfliche Menschen werden sicherlich vergessen haben, auf welche Reaktion Kennedy stieß, als er 1961 versuchte, den kollektiven Widerstand gegen Kuba zu organisieren: Mexiko könne da leider nicht mitmachen, meinte ein Diplomat, denn »wenn wir öffentlich erklären, dass Kuba unsere Sicherheit bedroht, lachen sich 40 Millionen Mexikaner tot«. <sup>15</sup> Hierzulande gehen wir mit Fragen der nationalen Sicherheit nüchterner um.

So hat sich denn auch niemand totgelacht, als Regierungssprecher Stuart Eizenstat die ablehnende Haltung Washingtons gegenüber den WTO-Abkommen mit folgenden Worten begründete: Europa stelle »drei Jahrzehnte einer amerikanischen Kuba-Politik in Frage, die sich bis auf Kennedy zurückverfolgen lässt« und ganz und gar darauf abziele, in Havanna einen Regierungswechsel herbeizuführen. <sup>16</sup> Wenn man annimmt, dass die Vereinigten Staaten das Recht haben, eine andere Regierung zu stürzen — im Falle Kubas durch Aggression, weitreichenden Terror und einschneidende Wirtschaftssanktionen -, ist eine nüchterne Reaktion auf Eizenstats Ausführungen angebracht.

Dass die USA dieses Recht haben, scheint unhinterfragt zu gelten, aber Eizenstats Bemerkung wurde aus anderen — geringfügigeren — Gründen von dem Historiker Arthur Schlesinger kritisiert, der, wie er selbst schreibt, an der »Kuba-Politik der Regierung Kennedy beteiligt war«. Diese Politik sei von Eizenstat missverstanden worden. Damals ging es um Kubas Rolle als »Störenfried der Hemisphäre« und um die »Beziehungen zur Sowjetunion«. Aber damit ist es vorbei, und die Politik Clintons stellt insofern einen Anachronismus dar, während es ansonsten offenbar keinen Grund zur Kritik gibt. <sup>17</sup>

In seinem Brief erklärte Schlesinger nicht, was er mit den Formulierungen »Störenfried der Hemisphäre« und »Beziehungen zur Sowjetunion« meinte, doch lässt sich das anhand von Geheimdokumenten der Kennedy-Ära klären. Als Schlesinger Anfang 1961 dem neuen Präsidenten die Erkenntnisse einer lateinamerikanischen Gesandtschaft darlegte, erläuterte er Kubas bzw. Castros Rolle als »Störenfried« genauer: Problematisch sei, »dass Castros Idee, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, sich ausbreitet«, denn, so fügt er kurz darauf hinzu, »die Verteilung des Grundbesitzes und anderer Formen des Reichtums begünstigt die besitzenden Klassen ... [und] die Armen und Unterprivilegierten fordern jetzt, ermutigt durch das Beispiel der kubanischen Revolution, bessere Lebensbedingungen«. In diesem Zusammenhang erklärte er auch, warum die »Beziehungen zur Sowjetunion« so bedrohlich sind: »Mittlerweile sitzt die Sowjetunion in den Startlöchern, winkt mit beträchtlichen Summen für die Entwicklungshilfe und präsentiert sich als Beispiel für die Möglichkeit, die Modernisierung innerhalb einer Generation zu erreichen.«

Schlesinger empfahl Kennedy auch »ein bisschen hochtrabenden Kitsch« über »die erhabenen Ziele von Kultur und Geist«, womit man »die Öffentlichkeit südlich der Grenze, wo Metahistorische Abhandlungen überaus beliebt sind, beeindrucken kann«. Wir kümmern uns derweil um die wirklich wichtigen Dinge. Allerdings kritisierte Schlesinger damals auch den »unheilvollen Einfluss des Internationalen Währungsfonds«, dessen Politik eine frühe Version des »Konsenses von Washington« darstellte (»strukturelle Anpassung«, »Neoliberalismus«). <sup>18</sup>

Aber auch außerhalb der Hemisphäre treten die Kubaner als »Störenfriede« auf und verbreiten gefährliche Ideen bei Menschen, die »jetzt bessere Lebensbedingungen fordern«. Ende Februar 1996 reagierten die Vereinigten Staaten empört auf den Abschuss zweier Flugzeuge einer in Florida ansässigen Anti-Castro-Gruppe. Die Maschinen waren regelmäßig in den kubanischen Luftraum eingedrungen und hatten Flugblätter über Havanna abgeworfen, in denen die Kubaner zum Aufstand aufgerufen wurden

(kubanischen Berichten zufolge sollen sie auch an terroristischen Angriffen gegen Kuba beteiligt gewesen sein). Zur gleichen Zeit liefen jedoch noch andere Nachrichten über den Ticker. *AP* berichtete, dass kubanische Ärzte in Südafrika von einer »jubelnden und singenden Menge begrüßt wurden«. Sie waren von der Regierung Mandela eingeladen worden, »um die medizinische Versorgung in armen ländlichen Gebieten zu verbessern«; »Auf Kuba sind 57 000 Ärzte für 11 Millionen Einwohner zuständig, in Südafrika 25 000 Ärzte für 40 Millionen Einwohner.« Unter den 101 kubanischen Ärzten befanden sich hochrangige Spezialisten, die als Südafrikaner »wahrscheinlich in Kapstadt oder Johannesburg« arbeiten und dort das Doppelte von dem verdienen würden, was sie für ihren Einsatz auf dem Lande bekommen. »1963 hatte Kuba damit begonnen, Ärzte ins Ausland zu entsenden, zuerst nach Algerien. Seitdem sind 51820 Ärzte, Dentisten und Krankenschwestern zu den ärmsten Völkern der Dritten Welt entsandt worden«, wo sie in den meisten Fällen »völlig kostenfrei« medizinische Hilfe leisten. Kurz nach ihrem Einsatz in Südafrika wurden die kubanischen Mediziner nach Haiti eingeladen, um einen Ausbruch von Hirnhautentzündung zu untersuchen.<sup>19</sup>

1988 berichtete *Die Zeit*, dass Kuba in der Dritten Welt aufgrund der vielen im »internationalen Einsatz befindlichen« Lehrer, Bauarbeiter und Ärzte als »internationale Supermacht« anerkannt wird. 1985 arbeiteten 16000 Kubaner in Entwicklungsländern, mehr als doppelt soviel wie die Gesamtzahl US-amerikanischer Entwicklungshelfer und Mitglieder des Friedenskorp. 1988 hatte Kuba »mehr Ärzte im Auslandsdienst als irgendeine Industrienation und mehr als die Weltgesundheitsorganisation«. Kubas »internationale Emissäre ... leben unter Bedingungen, die kaum ein Entwicklungshelfer akzeptieren würde, und genau darauf beruht ihr Erfolg«. Für die Kubaner ist dieser »internationale Einsatz« ein »Zeichen politischer Reife« und wird in den Schulen »als höchste Tugend« vermittelt. Der herzliche Empfang in Südafrika, bei dem die Menge »Lang lebe Kuba!« sang, spricht für sich.<sup>20</sup>

Im übrigen könnten wir fragen, wie die Vereinigten Staaten wohl auf libysche Flugzeuge reagieren würden, die, nach jahrelangen Angriffen auf US-amerikanische Ziele im In- und Ausland, über New York und Washington Flugblätter abwerfen, in denen die Amerikaner zum Aufstand aufgerufen werden? Vielleicht mit Blumenkränzen? Einen Hinweis erhalten wir von Barrie Dunsmore, der zur Nachrichtengesellschaft *ABC* gehört und Walter Porges, den ehemaligen Vizepräsidenten der Nachrichtenabteilung *von ABC*, zitiert: Als ein *ABC*-Nachrichtenteam über dem Mittelmeer von einem Zivilflugzeug aus die Sechste Flotte fotografieren wollte, »wurde es aufgefordert, sich unverzüglich zu entfernen, weil das Flugzeug sonst abgeschossen würde«, was »im Hinblick auf die im Internationalen Recht festgelegten Bestimmungen über militärische Lufthoheit legal gewesen wäre«. Anders verhält es sich natürlich, wenn ein kleines Land von einer Supermacht angegriffen wird.<sup>21</sup>

Betrachten wir noch einige weitere historische Tatsachen. Der Plan, Castro zu stürzen, geht nicht, wie Eizenstat behauptet, auf die Regierung Kennedy, sondern auf deren Vorgängerin zurück; die formelle Entscheidung, auf Kuba ein Regime zu installieren, das »den wahren Interessen des kubanischen Volkes eher entspricht und für die Vereinigten Staaten akzeptabler ist«, wurde im März 1960 in einer geheimen Sitzung gefasst und enthielt den Zusatz, dass die Operation, schon wegen der zu erwartenden Reaktion der lateinamerikanischen Länder, »jeglichen Hinweis auf eine US-amerikanische Intervention« vermeiden müsse. Zu der Zeit war Kuba, anders als Schlesinger behauptet, weder der »Störenfried der Hemisphäre«, noch gab es »Beziehungen zur Sowjetunion«. Auch der Regierung Kennedy war bewusst, dass ihre Bestrebungen gegen das internationale Recht und gegen die Charta der Vereinten Nationen und der OAS verstießen, aber derlei

Probleme wurden, wie freigegebene Geheimdokumente zeigen, nicht weiter berücksichtigt.<sup>22</sup>

Da Washington die »wahren Interessen des kubanischen Volkes« wahrnahm, mussten sich die Planungsstäbe der Regierung auch nicht um demoskopische Untersuchungen kümmern, denen zufolge die kubanische Bevölkerung Castro unterstützte und optimistisch in die Zukunft blickte. Das gilt auch heute noch: Die Regierung Clinton dient den wahren Interessen der Kubaner, indem sie ihnen Hunger und Armut aufzwingt. Was die Kubaner denken, interessiert nicht weiter. Im Dezember 1994 kam eine Tochtergesellschaft des Gallup-Instituts bei Umfragen in der kubanischen Bevölkerung zu dem Ergebnis, dass 50 Prozent das Embargo für »die Hauptursache der kubanischen Probleme« halten, während drei Prozent in der politischen Situation »Kubas größtes derzeitiges Problem« sehen. Für 77 Prozent sind die Vereinigten Staaten der »schlimmste Freund« [sic] Kubas (kein anderes Land erreichte auch nur 3 Prozent); zwei Drittel der Bevölkerung meinen, die Revolution habe mehr Errungenschaften als Fehlschläge zu verzeichnen, wobei der »Hauptfehler« in der »Abhängigkeit von sozialistischen Staaten wie Russland, die uns verraten haben«, lag. 50 Prozent der Bevölkerung beschreiben ihre Einstellung als »revolutionär«, weitere 20 Prozent geben an, sie seien »Kommunisten« oder »Sozialisten«.<sup>23</sup> Aber warum sollte sich Washington darum kümmern, was die Bevölkerung im Ausland (geschweige denn im Inland) denkt?

Wer sich in der Geschichte auskennt, wird sich vielleicht daran erinnern, dass die US-amerikanische Kuba-Politik tatsächlich schon in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts ihren Anfang nahm. Zunächst verhinderte die britische Vorherrschaft in der Region den Zugriff auf die Insel, die für den amerikanischen Außenminister John Quincy Adams ein »Objekt von überragender Bedeutung für die wirtschaftlichen und politischen Interessen unserer Union« darstellte. Zugleich empfahl er, geduldig zu warten, bis Kuba durch die »Gesetze der politischen ... Schwerkraft« den Vereinigten Staaten in die Hände fallen werde. Er sollte recht behalten: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich die Machtverhältnisse soweit geändert, dass die USA die Insel (von der Bevölkerung) befreien konnte, um sie dann in eine Großplantage und einen Tummelplatz für Gangstersyndikate und Touristen zu verwandeln.

Diese historischen Zusammenhänge lassen erkennen, warum die Vereinigten Staaten auf geradezu hysterische Weise versuchen, die Herrschaft über die Insel zurückzugewinnen. So beschreibt ehester Bowles die »fast wildwütige« Atmosphäre der ersten Kabinettssitzung nach der fehlgeschlagenen Invasion in der Schweinebucht, das »nahezu rasende Verlangen nach einem Aktionsprogramm«, das sich auch in Kennedys öffentlichen Erklärungen niederschlug. Die Vereinigten Staaten, forderte er, müssten unverzüglich handeln, um nicht Gefahr zu laufen, »auf dem Kehrthaufer der Geschichte zu landen«. Dieser Fanatismus kennzeichnet auch Clintons Initiativen gegen die Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten. Nachdem im Oktober 1992 das »Gesetz zur kubanischen Demokratie« (Cuban Democracy Act, CDA) verabschiedet worden war, »fiel die Anzahl der Gesellschaften, die US-amerikanische Lizenzen zum Verkauf [von Arzneimitteln] an Kuba erhielten, auf unter vier Prozent« des vorherigen Niveaus, berichtet die führende britische Fachzeitschrift für Medizin.<sup>24</sup>

Solche Überlegungen führen uns von der abstrakten Ebene des internationalen Rechts auf den Boden der Wirklichkeit zurück. Anwälte können darüber diskutieren, ob die US-amerikanischen Handelssanktionen internationale Abkommen verletzen. In der »Erklärung von Rom« (1996) heißt es zum Beispiel, dass »Lebensmittel nicht als Instrumente eingesetzt werden dürfen, um politischen oder wirtschaftlichen Druck auszuüben«. Aber die Opfer müssen mit den Folgen des CDA leben, das »zum Schaden des kubanischen Volkes

einen beträchtlichen Rückgang des Handels mit gesetzlich erlaubten Arzneimitteln und Lebensmittelpenden« (Cameron) bewirkt hat. 1997 hat der Amerikanische Weltgesundheitsverband (American Association for World Health, AAWH) die Ergebnisse einer intensiven Forschungsarbeit über die Folgen des vierzigjährigen Embargos veröffentlicht. Dazu gehören gravierende Versorgungsengpässe bei Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Medikamenten und fachärztlicher Information. Das führt wiederum zu einer niedrigeren Geburtenrate, zu Krankheitsepidemien, die bereits Zehntausende Opfer gekostet haben, und zu anderen weitreichenden Mängeln im Gesundheitssektor. Auch in der britischen Presse wurde darüber berichtet: »Kinder ringen im Krankenhaus mit dem Tod, weil lebenswichtige Medikamente fehlen«, schreibt Victoria Brittain, und Ärzte können »nicht mehr effizient arbeiten, weil es ihnen an Instrumenten und Geräten mangelt«. Ganz ähnlich äußern sich andere Fachorgane und Journale.<sup>25</sup>

Fairerweise sollte man hinzufügen, dass die vom Embargo verursachten Leiden auch bei uns ihren Widerhall finden. Ein Leitartikel im Wirtschaftsteil der *New York Times* trug die Überschrift »Preise für kubanische Zigarren explodieren: Jetzt tut das Embargo wirklich weh«. Nämlich den Topmanagern in einem vornehmen Rauchklub in Manhattan. »Es ist mittlerweile unglaublich schwierig, in den Staaten noch an kubanische Zigarren heranzukommen«, beschwert sich einer von ihnen, »außer für Preise, die selbst dem leidenschaftlichsten Raucher in der Kehle stecken bleiben«.<sup>26</sup>

Das sind wirkliche Verbrechen, und sie wiegen sehr viel schwerer als die mit dem Zynismus einer Großmacht gegen offizielle Feinde eingesetzten beiläufigen Verstöße gegen das internationale Recht.

Während die Regierung Clinton mit dem Privileg des Mächtigen die düsteren Folgen eines in der gegenwärtigen Geschichte beispiellosen Wirtschaftskriegs der Politik des Castro-Regimes zuweist, von dem Washington das leidende kubanische Volk befreien möchte, scheint es in Wirklichkeit genau umgekehrt zu sein: Die wirtschaftliche Erdrosselung Kubas wurde geplant, durchgeführt und nach dem Kalten Krieg intensiviert, weil man, wie schon Arthur Schlesinger zu Beginn der sechziger Jahre, fürchtete, dass die erfolgreichen Programme zur Verbesserung der Lebenssituation in Kuba auch andere Völker in der Hemisphäre dazu verleiten könnten, »die Sache selbst in die Hand zu nehmen«. Dokumente und Taten lassen erkennen, welche Motive für das Verhalten der USA ausschlaggebend waren und sind und wie sehr die kubanische Politik der Entwicklung der Menschenrechte und der Demokratie gilt.

Aber wer will schon an solche Dinge erinnert werden, wenn es gilt, den Triumph der »amerikanischen Werte« zu feiern? Ebenso dürfen wir getrost vergessen, dass Clinton in seiner Begeisterung für den Freihandel »Mexiko ein Abkommen aufzwang, das dem Transport billiger Tomaten in die USA ein Ende bereitet« — ein Geschenk an Floridas Tomatenzüchter, das Mexiko mit jährlich etwa 800 Millionen Dollar bezahlt und das gegen NAFTA- sowie WTO-Abkommen verstößt (wenn auch nur »dem Geiste nach«, denn es handelte sich um ein reines Machtspiel, das keine offiziellen Zölle benötigte). Die Regierung erklärte dazu ganz freimütig: Mexikanische Tomaten sind billiger und werden von den Käufern hier bevorzugt. Der freie Markt funktioniert, aber mit dem falschen Ergebnis. Oder sind Tomaten vielleicht auch eine Bedrohung der nationalen Sicherheit?<sup>27</sup> Natürlich sind Tomaten im Vergleich zur Telekommunikation politische Leichtgewichte. Was immer Clinton den Züchtern in Florida an Dank schulden mag ist nichts, gemessen an den Erwartungen der Telekommunikationsbranche, selbst wenn man einmal außer acht lässt, was Thomas Ferguson das »bestgehütete Geheimnis der Wahlen von 1996« nennt: Es war nämlich vor allem der Telekommunikationssektor, der durch massive Wahlspenden »Clinton gerettet hat«. Clinton hat sich dafür in gewisser Weise durch das

Telekommunikationsgesetz von 1996 und das WTO-Abkommen revanchiert, obwohl das Ergebnis bei einer anderen Verteilung großzügiger Gaben wohl kaum anders ausgefallen wäre, weil die Geschäftswelt, wie *Business Week* zu berichten wusste, zu der Zeit ohnehin »spektakuläre« Gewinne einzufahren mußte.<sup>28</sup>

Daneben gibt es Wahrheiten, die besser im Dunkeln bleiben. Ich habe sie kurz skizziert: Während den Armen und Hilflosen der »raue Individualismus à la Reagan« und das »Evangelium des freien Marktes« gepredigt wurde, erreichte der Protektionismus nie zuvor gekannte Ausmaße, und die Regierung scheffelte massenweise öffentliche Gelder in die High-Tech-Industrie. Hier stoßen wir auf den Kern der Sache. Gründe für eine Skepsis gegenüber der »Leidenschaft für freie Märkte« gibt es mehr als genug, aber sie sind nur eine Fußnote zur eigentlichen Geschichte, die davon erzählt, warum die US-amerikanischen Konzerne so gut auf die Übernahme internationaler Märkte vorbereitet waren.

## Anmerkungen

- 1 David Sanger, *NYT*, 17. Feb. 1997; Youssef Ibrahim, *NYT*, 13. Dez. 1996; Harvey Cox, *World Policy Review*, Frühjahr 1997; Martin Nolan, *Boston Globe*, 5. März 1997; John Buell, *Progressive*, März 1997.
- 2 Shafiqul Islam, *Foreign Affairs, America and the World*, 1989-90.
- 3 Patrick Low, *Trading Free* (Twentieth Century Fund, 1993).
- 4 *Observer* (London), 12. und 19. Jan. 1997; vgl. auch Noam Chomsky, *Powers und Prospects* (South End, 1996), S. 18; *Independent*, 24. und 25. Nov. 1996; *Guardian Weekly*, 5. Jan. 1997; *Financial Times*, 17. Januar 1997.
- 5 Gary Silverman und Shada Islam, *Far Eastern Economic Review*, 17. Feb. 1997.
- 6 Reuters, 1. Feb. 1996, zit. n. Andrew Grove, *Only the Paranoid Survive* (Doubleday 1996), S. 201, S. 172 f. Zu den zukünftigen Aussichten vgl. Robert McChesney, *Corporate Media and the Threat to Democracy* (Open Media Pamphlet Series/Seven Stories Press 1997); Edward Herman und Robert McChesney, *The Global Media* (Cassell 1997).
- 7 *Jornal do Brasil*, 10. März 1997; *Revista Atencao*, März 1997, wieder abgedr. in *Sem Terra*, Feb. 1997; Carlos Tautz, *Latinamerica Press*, 13. März 1997.
- 8 Deborah Hargreaves, *Financial Times* (London), 2. Feb. 1996.
- 9 Editorial, *NYT*, 17. Feb. 1997; Peter Morici, *Current History*, Feb. 1997.
- 10 Editorial, *NYT*, 17. Feb. 1997; *NYT*, 13. Nov. 1996; Wayne Smith, *In These Times*, 9. Dez. 1996; Anthony Kirkpatrick, *Lancet* 358, Nr. 9040, 30. Nov. 1996, wieder abgedr. in *Cuba Update*, Winter 1997; David Sanger, *NYT*, 21. Feb. 1997.
- 11 Ian Williams, *Middle East International*, 21. März 1997. Zur realitätsfremden Standardinterpretation der UN-Dokumente vgl. Noam Chomsky, *Deterring Democracy* (Verso 1991), Kap. 6; ders., *Leiters from Lexington* (Common Courage 1993), Kap. 8 und 9.
- 12 Abraham Sofaer, *The United States and the World Court*, U.S. Dept. of State, Bureau of Public Affairs, Current Policy Series, Nr. 769, Dez. 1985.
- 13 Jules Kagian, *Middle East International*, 21. Okt. 1994.
- 14 Frances Williams und Nancy Dünne, *Financial Times*, 21. Nov. 1996.
- 15 Ruth Leacock, *Requiem for Revolution* (Kent State 1990), S. 33.
- 16 David Sanger, *NYT*, 21. Feb. 1997.
- 17 Arthur Schlesinger, Leserbrief, *NYT*, 26. Feb. 1997.
- 18 *Foreign Relations of the United States*, 1961-63, Bd. XII, *American Republics*, S. 13 f., 33, 9 (Government Printing Office, Washington, DC 1997).
- 19 Tim Weiner und Miyera Navarro, *NYT*, 26. Feb. 1997. Sie berichten auch, dass nach Auffassung des US-Geheimdienstes mindestens eins der Flugzeuge, vielleicht auch alle drei, den kubanischen Luftraum verletzt und entsprechende Warnungen von der Kontrollstation in Havanna empfangen habe. Zu neuerlichen terroristischen Angriffen vgl. *Cuba Update*, März/ April 1996. Angus Shaw, *AP*, 27. Feb., Donna Bryson, *AP*, 20. Feb.; Lionel Martin, Reuters, 26. März 1996 (laut *San Jose Mercury News*); *Boston Globe*, 24. März 1996.
- 20 Michael Stuehrenberg, zit. nach *World Press Review*, Dez. 1988.
- 21 Barrie Dunsmore, »Live from the Battlefield«, Ms., S. Jan. 1996.
- 22 Piero Gleijeses, »Ships in the Night: The CIA, the White House and the Bay of Pigs«, *Journal of Latin American Studies* 27, Nr. 1, Feb. 1995, S. 1-42; Jules Benjamin, *The United States and the Origins of the Cuban Revolution* (Princeton University Press 1990).

- 23 *Miami Herald*, spanischsprachige Ausgabe, 18. Dez. 1994; Maria Lopez Vigil, *Envio* (Jesuit University of Central America, Managua), Juni 1995.
- 24 Kirkpatrick, a. a. O.; Joanna Cameron, »The Cuban Democracy Act of 1992: The International Complications«, *Fletcher Forum* (Winter/Frühjahr 1996). Zum Hintergrund und zu den Quellen vgl. Noam Chomsky, *Year 501* (South End 1993; dt. Ausgabe: *Wirtschaft und Gewalt*, München 1995), Kap. 6.
- 25 Cameron, »Cuban Democracy Act«; American Association for World Health, *Denial of Food and Medicine: the Impact of the U.S. Embargo on Health and Nutrition in Cuba*, März 1997; Victoria Brittain, *Guardian Weekly*, 16. März 1997.
- 26 *NYT*, 17. April 1996.
- 27 David Sanger, *NYT*, 12. Okt. 1996. Ein Jahr später belegte die Regierung Clinton japanische Supercomputer mit hohen Einfuhrzöllen.
- 28 Thomas Ferguson, *Motherjones*, Nov./Dez. 1996; *Business Week*, 12. Aug. 1996.

## IV. Marktdemokratie und neoliberale Ordnung: Theorie und Praxis

Freiheit ohne die Möglichkeit, sie zu leben, ist ein Danaergeschenk, und die Verweigerung ihrer Möglichkeit ein Verbrechen. Am Schicksal der Hilfsbedürftigen lässt sich besonders gut erkennen, wie weit wir noch von einem Zustand entfernt sind, der mit einigem Recht »Zivilisation« genannt werden darf. Während ich dies schreibe, sterben etwa 1000 Kinder an Krankheiten, deren Ausbruch durch einfache vorbeugende Maßnahmen hätte verhindert werden können. Im selben Zeitraum werden zweimal soviel Frauen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt sterben oder dauerhafte gesundheitliche Schäden davontragen, weil ärztliche Hilfe und Medikamente fehlen.<sup>1</sup> Die UNICEF schätzt, dass ein Viertel der jährlichen Militärausgaben der »Entwicklungsländer« oder ein Zehntel des Verteidigungshaushalts der USA ausreichen würden, um diesen Tragödien ein Ende zu bereiten und in allen Ländern der Welt für ein allgemein zugängliches Sozialsystem mit Minimalstandards zu sorgen. Die Freiheit des Menschen muss vor dem Hintergrund solcher Realitäten diskutiert werden.

Viele sind der Ansicht, dass diese gesellschaftlichen Missstände schon in naher Zukunft beseitigt werden können; eine Hoffnung, die nicht ganz unbegründet ist. In den letzten Jahren sind brutale Diktaturen in sich zusammengefallen, während die Wissenschaft vielversprechende Fortschritte gemacht hat - zwei Gründe unter anderen für die Annahme, dass wir einer besseren Zukunft entgegensehen. Die Privilegierten sind ohnehin schon im triumphalen Aufbruch begriffen, für sie gibt es nur den Weg nach vorn. Das kräftig und klar artikulierte Grundmotiv lautet: »Amerikas Sieg im Kalten Krieg war ein Sieg für zwei politische und wirtschaftliche Prinzipien: Demokratie und freier Markt.« Diese Prinzipien sind »die Woge der Zukunft - einer Zukunft, für die Amerika zugleich der *gatekeeper* und das Modell ist«.<sup>2</sup> Ich zitiere hier den Chefkomentator der *New York Times*, der jedoch nur die landläufige Auffassung wiedergibt, die sogar von Kritikern weitgehend geteilt wird. Sie wurde auch als »Clinton-Doktrin« bezeichnet, der zufolge unsere neue Mission darin besteht, den gerade errungenen »Sieg der Demokratie und des freien Marktes zu konsolidieren«.

Allerdings ist die Zustimmung nicht einhellig. Auf der einen Seite fordern die »Idealisten a la Woodrow Wilson« die Fortführung der Tradition sozialer Fürsorge, auf der anderen Seite entgegen ihnen die »Realisten«, dass uns die Mittel fehlen, um diese Kreuzzüge zur »Verbesserung der Welt« durchzuführen, und wir daher zuerst an unsere eigenen Interessen denken sollten. Zwischen diesen Extremen soll der Weg in eine bessere Welt liegen.<sup>3</sup>

Die Wirklichkeit sieht, so meine ich, ganz anders aus. Das gegenwärtige Spektrum der öffentlichen politischen Diskussion ist für die faktische Politik so bedeutungslos wie seit jeher schon: Weder die Vereinigten Staaten noch irgendeine andere Macht haben sich von der Idee einer »Verbesserung der Welt« leiten lassen. Die Demokratie — zumindest jene, die diesen Namen verdient, weil sie die Menschen dazu befähigt, ihre kollektiven und individuellen Angelegenheiten selbst zu regeln —, ist weltweit, auch in den führenden Industrienationen, in Bedrängnis geraten und mit ihr die Märkte, die vergleichbaren Angriffen ausgesetzt sind. Hier wirkt der Einfluss von miteinander vernetzten Großkonzernen, die von mächtigen Staaten unterstützt und von der Öffentlichkeit nicht kontrolliert werden. Ihr ungeheurer Machtzuwachs resultiert aus einer Sozialpolitik, die das Strukturmodell der Dritten



Welt globalisiert: Auf der einen Seite enormer Reichtum und Privilegien, auf der anderen die wachsende Anzahl derer, »die unter härtesten Bedingungen arbeiten müssen und heimlich eine gerechtere Verteilung der Früchte ihrer Arbeit erleben«, wie James Madison, der die amerikanische Demokratie entscheidend prägte, vor 200 Jahren prophezeite.<sup>4</sup> Diese Politik wurde bislang in den angloamerikanischen Ländern betrieben, erfährt mittlerweile jedoch weltweite Verbreitung. Mit dem, was »der freie Markt in seiner so unendlichen wie geheimnisvollen Weisheit«<sup>5</sup> entscheidet, hat sie ebenso wenig zu tun wie mit dem »unwiderstehlichen Sog der >Marktrevolution««, einem »rauen Individualismus a la Reagan« oder einer »neuen Lehre«, die den Markt boomen lässt. Vielmehr spielen, wie seit jeher, staatliche Interventionen eine entscheidende Rolle, und die Grundlinien der Politik sind alles andere als neu. Die Wirtschaftspresse, getreuer Spiegel der Wahrnehmungen einer klassenbewussten und auf den Klassenkrieg ausgerichteten Geschäftswelt, spricht von einer seit über fünfzehn Jahren währenden Vorherrschaft des Kapitals über die Gewerkschaftsbewegung.<sup>6</sup>

Wenn diese Beobachtungen richtig sind, muss der Weg zu einer freieren und gerechteren Gesellschaft in weitem Bogen um die von den Privilegien der Macht gezogenen Grenzen herumführen. Diese Schlussfolgerungen kann ich hier nicht beweisen, sondern nur glaubhaft zu machen suchen, damit sie sorgfältig erwogen werden können. Zudem will ich unterstellen, dass die vorherrschenden Lehren nur überleben können, weil sich durch sie »das öffentliche Bewusstsein genauso dirigieren [lässt], wie eine Armee die Körper ihrer Soldaten dirigiert«, um noch einmal Edward Bernays zu zitieren, der mit diesen Worten der Geschäftswelt die Lehren vermittelte, die aus der Kriegspropaganda gezogen werden konnten. Erstaunlicherweise wuchs in den beiden führenden Demokratien der Welt das Bewusstsein für die Notwendigkeit, das äußerst erfolgreiche Propagandasystem des Ersten Weltkriegs »auf die Organisierung der politischen Kriegsführung anzuwenden«, wie es der Vorsitzende der britischen Konservativen vor siebzig Jahren formulierte. Zur gleichen Zeit kamen in den Vereinigten Staaten Wilson-Liberale, darunter Intellektuelle und prominente Vertreter der gerade im Entstehen begriffenen Politologie, zu denselben Ergebnissen. Und in einer anderen Ecke der westlichen Zivilisation schwor Adolf Hitler, dass Deutschland im Propagandakrieg nie wieder auf der Verliererseite stehen werde. Er entwickelte dann seine eigenen Methoden, um die Methoden der angloamerikanischen Propaganda für seine innenpolitischen Kreuzzüge zu nutzen.<sup>7</sup>

Unterdessen erkannten die Industriellen, welche Gefahren ihnen durch die »neuerworbene politische Macht der Massen« drohten. Nunmehr müsse man »den ewigwährenden Kampf um das Bewusstsein der Menschen« wagen und gewinnen und den »Bürgern den Kapitalismus so lange einhämmern«, bis sie »die Geschichte vorwärts und rückwärts auswendig hersagen können«, und so weiter, mit beeindruckender Insistenz, die von noch beeindruckenderen Bemühungen begleitet wurde.<sup>8</sup>

Um die wahre Bedeutung der »politischen und ökonomischen Prinzipien«, die zur »Woge der Zukunft« stilisiert werden, zu begreifen, muss man natürlich über rhetorische Floskeln und öffentliche Verlautbarungen hinausgehen und die tatsächliche Praxis sowie die relevanten dokumentarischen Aufzeichnungen prüfen. Am lohnendsten ist die Untersuchung von Einzelfällen, die jedoch sorgfältig ausgewählt sein müssen, damit kein verzerrtes Bild entsteht. Einige Methoden bieten sich gleichsam von selbst an. So könnte man die von den Vertretern der jeweiligen Lehre selbst gewählten Beispiele, gewissermaßen ihre stärkste Bastion, der kritischen Analyse unterziehen. Oder man könnte Fälle untersuchen, in denen der Einfluss der Prinzipien sich ohne äußere Einwirkungen geltend macht und so in Reinkultur analysiert werden kann. Wenn wir wissen wollen, was der Kreml unter »Demokratie« und »Menschenrechten« verstand, werden wir den *Prawda-Artikeln* über US-amerikanischen Rassismus oder den Polizeiterror in US-Satellitenstaaten ebenso wenig Aufmerksamkeit schenken wie der Beteuerung edler Motive. Viel instruktiver ist da ein

Blick auf die »Volksdemokratien« in Osteuropa. Und das gilt auch für die Vereinigten Staaten, »gatekeeper und Modell« von eigenen Gnaden. Hier ist Lateinamerika, insbesondere Mittelamerika und die Karibik, das ideale Testgelände, weil Washington in diesem Gebiet seit fast einem Jahrhundert nach Belieben schalten und walten kann. Wenn wir den Zustand dieser Region und seine Ursachen erforschen, werden wir deutlich erkennen, wie sich der neoliberale »Konsens von Washington« praktisch ausgewirkt hat. Interessanterweise werden die wenigen, die sich an eine solche Untersuchung wagen, als Extremisten beschimpft. Ich überlasse sie »den Lesern zur praktischen Übung« und merke nur an, dass daraus nützliche Lehren über die politischen und ökonomischen Prinzipien, die als »Welle der Zukunft« gelten, ziehen lassen.

Washingtons sogenannter »Kreuzzug für die Demokratie« wurde mit besonderer Unerbittlichkeit während Reagans Präsidentschaft geführt, wobei Lateinamerika das auserwählte Terrain darstellte. Die Ergebnisse werden gewöhnlich als das beste Beispiel dafür ausgegeben, wie die Vereinigten Staaten »in unserer Zeit der Demokratie zum Triumph verhalfen«, um die Herausgeber einer tonangebenden Zeitschrift des amerikanischen Liberalismus zu zitieren.<sup>9</sup> Eine unlängst erschienene demokratietheoretische Untersuchung beschreibt »die Wiederbelebung der Demokratie in Lateinamerika« als »beeindruckend«, aber nicht unproblematisch, weil es immer noch erhebliche Hindernisse gebe, die jedoch durch engere Bindung an die Vereinigten Staaten überwunden werden könnten. Der Autor, Sandor Lakoff, konzentriert sich auf das »historische nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA)« als mögliches Instrument der Demokratisierung. In der traditionell unter US-amerikanischem Einfluss stehenden Region, so schreibt er, nimmt die Demokratisierung der Staaten zu, nachdem sie die »militärische Intervention« ebenso überlebt haben wie den »grausamen Bürgerkrieg«.<sup>10</sup> Schauen wir uns diese neueren Beispiele näher an: zum einen die Länder, die dem Einfluss der USA direkt ausgesetzt sind, zum anderen die Länder, die in der Regel dazu dienen, die Errungenschaften der »amerikanischen Mission« ins rechte Licht zu rücken. In erster Linie, meint Lakoff, wird die Entwicklung zur Demokratie durch den Versuch vereitelt, die »einheimischen Märkte« zu schützen — das heißt ausländische (vor allem US-amerikanische) Konzerne daran zu hindern, größeren Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen. Die Demokratie wird also offenbar dadurch gefördert, dass wichtige Entscheidungsstrukturen zunehmend von ausländischen Privatdiktaturen übernommen werden, während der öffentliche Sektor gemäß den politischen und ökonomischen Prinzipien des Neoliberalismus durch die »Minimierung« des Staates weiter schrumpft. Eine von der Weltbank in Auftrag gegebene Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass die neue Lehre »eine dramatische Verschiebung der Politik von pluralistischen und partizipatorischen zu autoritären und technokratischen Vorstellungen« darstellt, die im übrigen nicht nur mit zentralen Elementen liberaler und progressiver Theorien des 20. Jahrhunderts, sondern auch mit dem leninistischen Modell in Einklang stehen; Liberalismus und Leninismus weisen überraschende Ähnlichkeiten auf, die indes selten bemerkt werden.<sup>11</sup>

Vor diesem Hintergrund können wir einige Erkenntnisse darüber gewinnen, was »Demokratie« und »Markt« in der Praxis bedeuten.

Lakoff beschäftigt sich nicht weiter mit der »Wiederbelebung der Demokratie« in Lateinamerika, aber er bezieht sich auf eine Studie, die einen Beitrag über Washingtons Kreuzzug in den achtziger Jahren enthält. Der Autor ist Thomas Carothers, der während der Präsidentschaft Reagans im Außenministerium an Programmen zur »Förderung der Demokratie« mitgewirkt hat und somit den wissenschaftlichen Ansatz mit der »Perspektive eines Insiders« verbinden kann.<sup>12</sup> Carothers hält Washingtons »Absicht, die Demokratie zu

fördern«, für »glaubwürdig«, jedoch habe sich der Versuch im großen und ganzen als — zudem systematischer — Fehlschlag erwiesen, denn in Südamerika, wo Washingtons Einflussmöglichkeiten eher gering waren, gab es reale demokratische Fortschritte, die von der US-Regierung zunächst abgelehnt wurden, während sie später, als der Prozeß nicht mehr aufzuhalten war, die Lorbeeren dafür einheimste. Umgekehrt war der demokratische Fortschritt dort am geringsten, wo Washington den größten Einfluss ausübte. Kam es dort dennoch zu positiven Veränderungen, dann ohne Zutun wo nicht gegen den Willen der Regierung Reagan. Carothers resümiert, dass es den Vereinigten Staaten darum ging, »die bestehende Ordnung ... gänzlich undemokratischer Gesellschaften« aufrechtzuerhalten, jegliche »Veränderung von unten« zu vermeiden und ausschließlich auf demokratische Reformen »von oben zu setzen, die die traditionellen Machtstrukturen, mit denen die Vereinigten Staaten seit langem verbündet waren, unangetastet ließen«.

Die letzte Formulierung erfordert einen kurzen Kommentar. Der Ausdruck »Vereinigte Staaten« bezieht sich gewöhnlich auf Machtstrukturen innerhalb der Vereinigten Staaten; das »nationale Interesse« ist das Interesse von Gruppen, die diese Strukturen bedienen, während die Interessen der breiteren Bevölkerung damit nichts oder nur wenig zu tun haben. Washington, so ließe sich Carothers' Formulierung konkretisieren, setzte also auf demokratische Reformen von oben, die die traditionellen Machtstrukturen, mit denen die Machtstrukturen in den Vereinigten Staaten seit langem verbündet waren, unangetastet lassen würden. Keine sehr überraschende oder historisch neue Tatsache.

In den USA selbst ist diese Form der Demokratie fest im Verfassungssystem verankert.<sup>13</sup> Einige Historiker vertreten die Auffassung, dass dessen Prinzipien mit der Eroberung und Besiedlung des nationalen Territoriums ihre Verbindlichkeit verloren. Jedenfalls nahmen gegen Ende des 19. Jahrhunderts die ursprünglichen Verfassungslehren eine neue, sehr viel stärker auf Unterdrückung ausgerichtete Form an. Für James Madison bezogen sich die Rechte von Personen noch auf *Personen*, während das industrielle Wachstum und die Entstehung von Wirtschaftskonzernen dem Begriff eine völlig neue Bedeutung verliehen. »Personen« sind de jure nicht mehr nur Individuen, sondern ökonomische, politische und andere Entitäten wie etwa Teilhaberschaften, Aktiengesellschaften, Trusts, Konzerne, private und staatliche Organisationen.<sup>14</sup> James Madison, ein Vertreter der Aufklärung und des klassischen Liberalismus, wäre angesichts dieser Definition von »juristischer Person« zutiefst schockiert gewesen.

Diese radikalen Veränderungen in der Konzeption dessen, was Menschenrechte und Demokratie bedeuten, wurden in erster Linie durch juristische und nicht durch politische Entscheidungen herbeigeführt. Auf diesem Wege erhielten Konzerne, die vorher als künstliche Gebilde ohne Rechte gegolten hatten, nicht nur sämtliche Rechte, die einem Individuum zugeschrieben wurden, sondern waren darüber hinaus »nichtsterbliche Personen«, die über Reichtum und Macht in ungeheurem Ausmaß verfügten. Außerdem waren sie nicht mehr an die in der Verfassung festgelegten Ziele gebunden, sondern genossen eine fast uneingeschränkte Handlungsfreiheit.<sup>15</sup>

Konservative Rechtsgelehrte kämpften erbittert gegen diese Neuerungen, weil sie erkannten, dass dadurch die traditionelle Idee rein individueller Rechte ebenso untergraben wurde wie die Prinzipien des freien Marktes. Aber schließlich wurden diese neuen Formen autoritärer Herrschaft institutionalisiert und verschafften damit zugleich der Lohnarbeit, einem Arbeitsverhältnis, das im 19. Jahrhundert noch für eine Sonderform der Sklaverei gehalten wurde, ein juristisches Fundament. Dagegen wehrte sich nicht nur die im Entstehen begriffene Arbeiterbewegung, sondern auch Abraham Lincoln, die Republikanische Partei und die etablierten Medien kritisierten diese Entwicklung.<sup>16</sup>

Diese Themen sind für das Verständnis dessen, was Marktdemokratie eigentlich besagt, von großer Bedeutung. Die materiellen und ideologischen Resultate machen begreiflich, dass die »Demokratie« im Ausland das einheimische Modell - Kontrollmechanismen und Entscheidungsprozesse, die weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit von oben nach unten verlaufen — widerspiegeln muss. Die Wurzeln dieser modernen Demokratietheorie reichen weit in die Vergangenheit zurück, auch wenn sich in der neuen Ära »kollektiver Rechtspersonen« viele tradierte Vorstellungen tiefgreifend verändert haben.

Kehren wir zum »Sieg der Demokratie« unter Anleitung der Vereinigten Staaten zurück. Weder Lakoff noch Carothers fragen, auf welche Weise Washington die traditionelle Machtstruktur in gänzlich undemokratischen Gesellschaften aufrechterhielt. Mit keinem Wort erwähnen sie die Terrorkriege, in deren Verlauf Abertausende gefoltert, verstümmelt und ermordet wurden oder aus verwüsteten Gebieten fliehen mussten. Diese Gräueltaten richteten sich nicht zuletzt gegen die Kirche, die in dem Moment zum Feind wurde, als sie für die Armen eintrat und den Unterdrückten und Leidenden ein gewisses Maß an Gerechtigkeit und Demokratie zu verschaffen suchte. Es ist sehr bezeichnend, dass die achtziger Jahre, in denen die Schreckensherrschaft am schlimmsten wütete, mit dem Mord an einem Erzbischof begannen, der den »Stummen seine Stimme« geliehen hatte, und mit der Ermordung von sechs Jesuiten, die sich der gleichen Aufgabe verschrieben hatten, zu Ende gingen. Die Täter waren in beiden Fällen von den Siegern des »Kreuzzugs für Demokratie« ausgebildete und bewaffnete Truppen. Man sollte im Auge behalten, dass die führenden kritischen Intellektuellen in Mittelamerika zweimal getötet wurden — sie wurden ermordet und zum Schweigen gebracht. Im Unterschied zu Dissidenten aus Feindstaaten, die bewundert und geehrt werden, sind diese mittelamerikanischen Intellektuellen in den USA kaum bekannt.

Der Sieger erzählt die Geschichte auf seine Weise. In Lakoffs Untersuchung finden sich noch ein paar Hinweise auf »militärische Intervention« und »Bürgerkriege«, bei denen äußere Faktoren jedoch keine Rolle gespielt zu haben scheinen. Diese Methode des Umgangs mit historischen Tatsachen ist keineswegs unüblich und wird besonders deutlich, wenn Lakoff die Vorgänge in Nicaragua beschreibt: »Nach dem Ende des Bürgerkriegs kam es zu einer demokratischen Wahl, und jetzt wird der schwierige Versuch unternommen, eine Gesellschaft zu schaffen, die politisch und wirtschaftlich wieder auf eigenen Füßen stehen kann.« In Wirklichkeit verstärkten die USA ihre Angriffe auf Nicaragua *nach* den ersten demokratischen Wahlen, die das Land erlebte. Diese 1984 durchgeführten Wahlen wurden von zahlreichen ausländischen Delegationen überwacht, zu denen u. a. der Lateinamerikanische Gelehrtenverband LASA, Parlamentsdelegationen aus Irland und Großbritannien und eine den Sandinisten gegenüber höchst feindselig eingestellte Regierungsdelegation aus den Niederlanden gehörten. Alle kamen zu dem Schluss, dass die Wahlen einwandfrei verlaufen seien, und sogar Jose Figueres aus Costa Rica, einer der führenden Demokraten Mittelamerikas und ein höchst kritischer Beobachter, hielt die Wahlergebnisse in diesem »besetzten Land« für legitim und forderte die Vereinigten Staaten auf, die Sandinisten »das vollenden zu lassen, was sie friedlich begonnen haben; sie verdienen es«. Die USA dagegen versuchten die Durchführung der Wahlen zu verhindern, weil sie befürchteten, dass ein erfolgreicher Verlauf sie zum Abbruch ihrer Terroraktionen zwingen könnte. Aber diese Sorge war unbegründet, weil die einheimischen Medien das Spiel der Regierung mitmachten, auf kritische Berichterstattung verzichteten und die propagandistische Behauptung vom Wahlbetrug ohne weiteres übernahmen.<sup>17</sup>

Als der nächste Wahltermin heranrückte,<sup>18</sup> machten die Vereinigten Staaten hinreichend deutlich, dass die Ergebnisse diesmal ihren Erwartungen gemäß ausfallen müssten, weil die

Nicaraguaner anderenfalls den illegalen Wirtschaftskrieg und die »unrechtmäßige Anwendung von Gewalt« weiterhin erdulden müssten. Zwar hatte der Internationale Gerichtshof diesen Krieg verurteilt und seine Beendigung gefordert, aber natürlich tauben Ohren gepredigt. Immerhin war das Wahlergebnis dann — für die USA, versteht sich — akzeptabel und wurde mit einem höchst vielsagenden Überschwang begrüßt.<sup>19</sup> In den Randbezirken der kritischen Unabhängigkeit ließ sich der *New York Times*-Kolumnist Anthony Lewis von der Bewunderung für Washingtons »Experiment in Sachen Frieden und Demokratie« zu der Bemerkung hinreißen: »Wir leben in einem romantischen Zeitalter.« Mit welchen Methoden das Experiment durchgeführt wurde, war dabei kein Geheimnis. Das Magazin *Time*, ebenfalls in Feierstimmung angesichts des »Ausbruchs der Demokratie« in Nicaragua, nannte sie beim Namen: Es sei darum gegangen, »die Wirtschaft zu zerschlagen und einen langen und tödlichen Stellvertreterkrieg zu führen, bis die erschöpften Einwohner die ungeliebte Regierung von sich aus stürzen«. Dabei bleiben unsere eigenen Kosten »minimal«, während das Opfer »mit gesprengten Brücken, zerstörten Kraftwerken und ruinierten Bauernhöfen« zurückbleibt, Washingtons Kandidat bei den Wahlen gute Erfolgsaussichten hat und die »Verarmung des nicaraguanischen Volkes« ein Ende findet. Der fortwährende Terrorkrieg bleibt dabei am besten unerwähnt. Für die nicaraguanische Bevölkerung waren die Kosten natürlich alles andere als »minimal«: Carothers bemerkt, dass die Verluste an Menschenleben, »pro Kopf gerechnet, bedeutend höher waren als die Anzahl der im amerikanischen Bürgerkrieg und in allen Kriegen des 20. Jahrhunderts insgesamt getöteten US-Amerikaner«.<sup>20</sup> Das Ergebnis war ein »Sieg für das amerikanische Fairplay«, der die Amerikaner — gewissermaßen à la Nordkorea — »in Freude vereint«, wie eine Schlagzeile der *New York Times* begeistert mitteilt.

Die Methoden dieses »romantischen Zeitalters« und die entsprechenden Reaktionen aufgeklärter Kreise sagen uns nicht nur einiges über die siegreichen demokratischen Prinzipien, sondern verdeutlichen auch, warum es so schwierig ist, in Nicaragua »eine Gesellschaft zu schaffen, die wirtschaftlich und politisch wieder auf eigenen Beinen stehen kann«. Natürlich gibt es jetzt Fortschritte, von denen vor allem eine privilegierte Minderheit profitiert, während die Mehrzahl der Nicaraguaner sozial und wirtschaftlich vor dem Nichts steht — ein schon vom Kolonialismus her vertrautes Muster.<sup>21</sup> Übrigens brachte gerade dieses Beispiel die Herausgeber der Zeitschrift *New Republic* zu dem Eigenlob, sie hätten »den Triumph der Demokratie in unserer Zeit« inspiriert.

Wir lernen noch mehr über diese siegreichen Prinzipien, indem wir uns daran erinnern, dass gerade diese Repräsentanten des liberalen Geisteslebens von Washington eine gnadenlose Kriegsführung und die militärische Unterstützung von »Latino-Faschisten ... ohne Rücksicht auf die Zahl der Ermordeten« gefordert hatten, weil es »wichtigere amerikanische Prioritäten gibt als die Menschenrechte in El Salvador«. Diesen Gedanken führte Michael Kinsley, Herausgeber des *New Republic*, der in Zeitschriften und Fernsehdiskussionen als Vertreter der Linken gehandelt wurde, näher aus, indem er Washingtons offizielle Politik des Angriffs auf ungeschützte zivile Ziele gegen voreilige Kritik in Schutz nahm. Solche internationalen terroristischen Operationen verursachen, wie er zugab, »in der Zivilbevölkerung viel Leid«, können aber »völlig gerechtfertigt sein«, wenn eine »Kosten-Nutzen-Analyse« zeigt, dass »Blut und Elend« letztlich zur »Demokratie« führen — einer Demokratie im Sinne der Herrscher der Welt, versteht sich. Für die aufgeklärte Meinung ist Terror kein Wert an sich, sondern muss an pragmatischen Kriterien gemessen werden. Kinsley wusste später von den Erfolgen zu berichten: »Der Krieg der Contras und das parallel dazu verhängte Wirtschaftsembargo sowie das Veto gegen internationale Anleihen zur Entwicklungshilfe zielten auf die Verelendung des

nicaraguanischen Volkes, indem sie die Wirtschaft zerstörten und zu jener ökonomischen Katastrophe führten, die der siegreichen Gegenkandidatin die erforderlichen Vorteile bei der Wahl verschaffte.« Dann stimmte er in die Lobeshymnen über den »Triumph der Demokratie« bei den »freien Wahlen« von 1990 ein.<sup>22</sup>

Satellitenstaaten genießen ähnliche Privilegien. H. D. S. Greenway, Chefredakteur des Auslandsteils des *Boston Globe*, der vor gut fünfzehn Jahren sehr anschaulich über die israelische Besetzung des Südlibanon berichtet hatte, kommentierte einen der jüngsten Angriffe Israels mit folgenden Worten: »Wenn die Bombardierung libanesischer Dörfer, mag sie auch Menschenleben kosten und Zivilpersonen zur Flucht in den Norden zwingen, Israels Grenze sicherer machen, die Hisbollah schwächen und den Friedensprozess vorantreiben würde, wäre ich, wie viele Israelis und Araber, dafür, diesen Schritt zu tun. Aber die israelischen Abenteuer im Libanon standen bislang unter keinem glücklichen Stern. Sie haben kaum Probleme gelöst, sondern nur weitere geschaffen.« An pragmatischen Kriterien gemessen wäre also die Ermordung und Vertreibung von Zivilisten und die Verwüstung des Südlibanon ein höchst zweifelhaftes Unterfangen.<sup>23</sup>

Vergessen wir nicht, dass Kritiker und Dissidenten sprechen, die zur sogenannten »Linken« gerechnet werden, eine Tatsache, die uns sehr viel über die siegreichen Prinzipien und die geistige Kultur, in der sie ihren Platz finden, verrät.

Bezeichnend war auch die Reaktion auf die von der Regierung Reagan immer wieder kolportierte Behauptung, Nicaragua wolle sich von der Sowjetunion mit Abfangjägern ausrüsten lassen. (Die Vereinigten Staaten hatten ihren Verbündeten den Verkauf solcher Flugzeuge praktisch verboten.) Falken forderten die sofortige Bombardierung Nicaraguas. Tauben hielten dem entgegen, dass die Anschuldigungen zumindest erst bewiesen werden müssten, bevor die Vereinigten Staaten Nicaragua bombardieren dürften. Wer sich seinen Verstand bewahrt hatte, konnte den möglichen Wunsch Nicaraguas nach Abfangjägern durchaus begreifen: Regelmäßig überflogen Flugzeuge der CIA nicaraguanisches Staatsgebiet, um die Contras mit Nachschub und detaillierten Informationen für den Angriff auf »weiche Ziele« zu versorgen. Implizit wird unterstellt, dass kein Land das Recht hat, Zivilpersonen vor US-amerikanischen Überfällen zu schützen, eine Doktrin, die in den Medien des Mainstream nahezu unwidersprochen herrschte.

Washington führte seine Terrorkriege unter dem Vorwand, die innere Sicherheit zu verteidigen. Das ist die offizielle Standardrechtfertigung für alle möglichen Verbrechen, auch die des Nationalsozialismus. Als Reagan herausfand, »dass die Politik und die Maßnahmen der Regierung von Nicaragua für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten eine außergewöhnliche Bedrohung darstellen«, rief er »den nationalen Notstand aus, um mit der Bedrohung fertig zu werden«. Niemand machte sich darüber lustig.<sup>24</sup> Angesichts dieser Logik hätte die UdSSR das Recht gehabt, Dänemark, das die sowjetische Sicherheit viel stärker bedrohte, anzugreifen oder Polen und Ungarn gewaltsam daran zu hindern, die ersten Schritte in Richtung Unabhängigkeit zu wagen. Die Tatsache, dass der Vorwand, es gehe um die »innere Sicherheit«, immer wieder aufgetischt werden kann, sagt einiges über die geistige Kultur der Sieger und das, was noch auf uns zukommt.

Gehen wir nun über zum Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA), jenem »historischen« Abkommen, das, wie Lakoff meint, die Demokratie in Mexiko entsprechend US-amerikanischen Vorstellungen fördern soll. Auch hier lohnt es sich, genauer hinzusehen. Das Abkommen wurde gegen den beharrlichen Widerstand der Öffentlichkeit durch den Kongress gepeitscht, während die Geschäftswelt und die Medien davon schwärmten und allen Beteiligten das Blaue vom Himmel versprachen. Ebenso euphorisch äußerten sich Vertreter der US-amerikanischen Internationalen Handelskommission und führende Ökonomen, die sich auf ihre neuesten Modelle zur Wirtschaftsentwicklung beriefen. (Diese Modelle hatten zwar kurz zuvor im Hinblick auf die katastrophalen Folgen des Freihandelsabkommens zwischen Kanada und den USA kläglich versagt, sollten jetzt aber irgendwie funktionieren.) Eine sorgfältige

Analyse des Office of Technology Assessment (das Forschungsbüro des Kongresses) kam zu dem Schluss, dass die geplante NAFTA-Version der nordamerikanischen Bevölkerung schaden würde, und schlug Veränderungen vor, die das Abkommen nicht nur für kleine Investment- und Finanzkreise profitabel machen würden. Sie blieb in der Diskussion jedoch genauso unberücksichtigt wie die offizielle Stellungnahme der US-amerikanischen Gewerkschaften, die eine vergleichbare Analyse präsentierten. Man verdammt die Gewerkschaftsbewegung vielmehr wegen ihrer »rückwärtsgerichteten, unaufgeklärten« Sichtweise und ihrer »rüden Drohgebärden«, die »der Furcht vor Veränderungen und Ausländern« entsprängen. Auch hier zitiere ich nur eine Stimme aus dem linken Teil des Spektrums, in diesem Fall Anthony Lewis. Die Anschuldigungen waren nachweislich falsch, aber sie waren das einzige, was die Öffentlichkeit bei dieser inspirierenden Lektion in Sachen Demokratie zu hören bekam. Weitere Einzelheiten sind äußerst erhellend und können in der oppositionellen Literatur nachgelesen werden, erreichen die breite Öffentlichkeit jedoch nicht und werden wohl auch kaum in die offizielle Geschichtsschreibung eingehen.<sup>25</sup> Mittlerweile treten die Tatsachen zutage, und die Märchen über die Wunderwirkungen des NAFTA sind verstummt. Man hört nichts mehr von den Hunderttausenden neuer Arbeitsplätze und anderen Segnungen, mit denen die Menschen der betroffenen drei Länder beglückt werden sollten. Die guten Neuigkeiten sind durch die »überaus milde ökonomische Einschätzung« — die »Sichtweise der >Experten« — ersetzt worden, die besagt, dass das NAFTA-Abkommen *keine* besonderen Auswirkungen gehabt habe. Berichten des *Wall Street Journal* zufolge sind »Regierungsvertreter enttäuscht, weil es ihnen nicht gelingt, die Wähler davon zu überzeugen, dass die negativen Folgen nicht sie betreffen« und dass der Verlust an Arbeitsplätzen »weniger hoch ist, als von ROSS Perot vorausgesagt«. Im Gegensatz zum Office of Technology Assessment, der Gewerkschaftsbewegung, Ökonomen, die nicht der Parteilinie folgten, und oppositionellen Kritikern wurde Perot zur Diskussion in den konformistischen Medien zugelassen, weil seine Behauptungen bisweilen extrem und leicht zu widerlegen waren. Das *Journal* zitiert unter anderem auch die traurige Bemerkung eines Regierungsvertreters, es sei »hart, die Kritiker zu widerlegen, indem man die Wahrheit sagt - dass der Handelspakt tatsächlich überhaupt nichts gebracht hat«. Vergessen ist die »Wahrheit«, die verkündet wurde, als die beeindruckende Übung in Sachen Demokratie mit Volldampf in die Zukunft preschte.<sup>26</sup> Während die Fachleute dem Abkommen Bedeutungslosigkeit attestieren und damit die früheren »Expertenmeinungen« ins Schwarze Loch des Vergessens verweisen, gerät eine alles andere als »milde ökonomische Einschätzung« ins Blickfeld, wenn man das »nationale Interesse« auf die Gesamtbevölkerung ausdehnt. In einer Anhörung des Senatskomitees für das Bankwesen äußerte sich der Vorsitzende des Zentralbankrats, Alan Greenspan, im Februar 1997 äußerst optimistisch im Hinblick auf einen »nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung«, der sich »einer atypischen Zurückhaltung bei Kompensationszuwächsen« verdanke, die »in der Hauptsache auf die größere Unsicherheit der Arbeiter zurückzuführen ist« — für eine gerechte Gesellschaft offensichtlich ein Muss. Im selben Monat gab der Präsident seinen Bericht zur Wirtschaftslage der Nation ab, in dem die Erfolge der Regierung gefeiert werden, während zugleich etwas dunkel von »Veränderungen in den Institutionen und Praktiken des Arbeitsmarkts« als Faktor für die »bemerkenswerte Zurückhaltung bei Lohnforderungen« die Rede ist. Darauf beruht ja schließlich das gesunde wirtschaftliche Wachstum. Einen Grund für diese günstigen Veränderungen liefert eine vom Labor Secretariat der NAFTA in Auftrag gegebene Untersuchung, die Kate Bronfenbrenner, Arbeitsökonomin an der Cornell Universität, durchführte. Die Untersuchung beschäftigt sich »mit den Auswirkungen der plötzlichen Schließung von Fabriken auf das Prinzip der

Vereinigungsfreiheit und das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren«. Bronfenbrenner bezog sich dabei auf die Rechtslage in den drei NAFTA-Ländern USA, Kanada, Mexiko. Anlas war eine Klage von Beschäftigten gegen die Telekommunikations-Firma Sprint wegen Verletzung arbeitsrechtlicher Bedingungen. Die Klage wurde vom US-National Labor Relations Board unterstützt, der allerdings, nach einem jahrelang hinausgezögerten Verfahren, lediglich einige geringfügige Strafen verhängte. Die Studie, die in Kanada und Mexiko zur Veröffentlichung freigegeben, von der Regierung Clinton jedoch zunächst unter Verschluss gehalten wurde, belegt den Einfluss des Abkommens auf die Verhinderung von Streiks. Etwa die Hälfte aller gewerkschaftlichen Bemühungen, einen Streik zu organisieren, wird durch die Drohung der Unternehmer, die Produktion ins Ausland (etwa nach Mexiko) zu verlagern, unterbunden. Diese Drohungen sind keineswegs leer: Wenn es gelingt, einen Streik zu organisieren, schließen die Unternehmer die Fabrik ganz oder teilweise. Die Anzahl dieser temporären Schließungen liegt heute dreimal so hoch wie vor dem Freihandelsabkommen, insbesondere bei weniger standortgebundenen Industriezweigen.

Diese und andere in der Untersuchung aufgelisteten Praktiken sind illegal, aber das ist genauso eine reine Formsache wie die Verletzung internationaler Rechtsvorschriften und Handelsabkommen. Die Regierung Reagan hatte der Geschäftswelt verdeutlicht, dass ihre illegalen antigewerkschaftlichen Aktivitäten staatlicherseits nicht weiter verfolgt würden, und daran hat sich bis heute nichts geändert. Das hat sich auf die Gewerkschaften und ihre Arbeit natürlich höchst negativ ausgewirkt, aber wenn man höflich ist, spricht man von »Veränderungen in den Institutionen und Praktiken des Arbeitsmarkts«, die zu einer »bemerkenswerten Zurückhaltung bei Lohnforderungen« beitragen. Das damit verbundene Wirtschaftsmodell wird voller Stolz einer zurückgebliebenen Welt präsentiert, die sich mit den wegweisenden Prinzipien einer freien und gerechten Gesellschaft der Zukunft erst noch vertraut machen muß.<sup>27</sup>

Mehr oder weniger freimütig werden jetzt auch die wahren Ziele des NAFTA offengelegt: Tatsächlich ging es darum, Mexiko an die »Reformen«, durch die es zum »Wirtschaftswunder« wurde, zu binden, wobei »Wirtschaftswunder« hier im technischen Sinn zu verstehen ist, nämlich im Hinblick auf die US-amerikanischen Investoren und die mexikanischen Reichen, während die Bevölkerung vor allem die negativen Folgen zu spüren bekam. Die Regierung Clinton habe »vergessen, dass der eigentliche Zweck des Abkommens nicht darin lag, den Handel zu fördern, sondern Mexikos Wirtschaftsreform zu zementieren«, erklärt *Newsweek-Korrespondent* Marc Levinson mit überlegenem Tonfall, wobei er lediglich hinzuzufügen vergisst, dass vormals das Gegenteil verkündet worden war. Aber da ging es ja auch darum, das Abkommen durch den Kongress zu bringen, während unliebsame Kritiker, die schon früh auf den »eigentlichen Zweck« hinwiesen, vom freien Markt der Ideen ausgeschlossen wurden.

Vielleicht wird man eines Tages auch die wahrscheinlichen Gründe zugeben. Die »Bindung Mexikos« an diese Reformen würde, so hoffte man, eine Gefahr bannen, die eine Arbeitstagung zur strategischen Entwicklung in Lateinamerika im September 1990 entdeckt hatte. Die Beziehungen zur mexikanischen Regierung, notabene einer brutalen Diktatur, seien, so hieß es dort, gut, jedoch gebe es ein mögliches Problem: »Eine demokratische Öffnung« in Mexiko könnte die besonderen Beziehungen [zu den Vereinigten Staaten] auf die Probe stellen, wenn eine Regierung das Amt übernimmt, die stärker daran interessiert ist, mit den USA aus wirtschaftlichen und nationalistischen Gründen in Konkurrenz zu treten.« Dank NAFTA ist das jetzt kein Problem mehr, denn die Vereinigten Staaten haben die Macht, vertragliche Verpflichtungen zu missachten, Mexiko dagegen nicht.<sup>28</sup>



Auch dieses Beispiel zeigt, dass die eigentliche Bedrohung im Inland wie im Ausland von der Demokratie, das heißt vom Volk, ausgeht. Sie ist zulässig, wo nicht gar begrüßenswert, solange die Ergebnisse stimmen, und genau dafür sollte das Abkommen sorgen. In den USA wurde es mittels Subversion demokratischer Verfahrensweisen und in Mexiko gegen beträchtliche öffentliche Proteste mit Gewalt durchgesetzt.<sup>29</sup> Die Folgen werden jetzt als geeignete Instrumente angepriesen, den Mexikanern die US-amerikanische Spielart der Demokratie nahe zubringen. Ein zynischer Beobachter, der sich der Tatsachen bewusst ist, könnte dem zustimmen.

Ein weiteres Paradebeispiel für die Wirksamkeit der siegreichen Prinzipien ist die Haiti-Politik der amerikanischen Regierung. Da sie als überaus erfolgreich gilt, lohnt auch hier die nähere Betrachtung.

Haitis frei gewählter Präsident, Aristide, konnte zwar, nachdem er zunächst durch einen Putsch vertrieben worden war, auf die Insel zurückkehren, aber während seines dreijährigen Exils in den USA waren die fortschrittlichen Kräfte dem Terror jener Mächte ausgesetzt, die nach wie vor beste Beziehungen zu Washington unterhielten. Die Regierung Clinton weigert sich bis heute, Haiti Dokumente über den Staatsterror im Umfang von 160 000 Seiten auszuhändigen, die seinerzeit vom US-Militär beschlagnahmt worden waren. Der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zufolge enthalten diese Dokumente »brisante Enthüllungen« über die Beteiligung der US-Regierung am Putsch gegen Aristide.<sup>30</sup> Außerdem musste Aristide einen »Crashkurs in Demokratie und Kapitalismus« absolvieren, wie sein engster Vertrauter das Verfahren beschrieb, das den aufsässigen Priester zivilisieren sollte.

Um nach Haiti zurückkehren zu können, musste Aristide ein Wirtschaftsprogramm akzeptieren, das die Politik der haitianischen Regierung auf die Bedürfnisse »des zivilen Teils der Gesellschaft, insbesondere des nationalen und ausländischen Privatsektors« konzentriert. Mithin besteht die zivile Gesellschaft in Haiti ihrem Wesen nach aus US-amerikanischen Investoren und wohlhabenden Einheimischen, die den Militärputsch unterstützten, nicht aber aus den Bauern und Slumbewohnern, die eine so lebendige Zivilgesellschaft bildeten, dass sie in der Lage waren, ihren eigenen, zunächst fast chancenlosen Kandidaten zu wählen. Die USA reagierten sofort mit Ablehnung und versuchten, Haitis erste demokratisch gewählte Regierung zu unterminieren.<sup>31</sup>

Das gelang schließlich durch die Anwendung von Gewalt, an der die USA über die Kontakte zu den führenden Staatsterroristen hinaus direkt beteiligt waren. Nach dem Putsch verhängte die Organisation amerikanischer Staaten (OAS) ein Embargo, das von den Regierungen Bush und Clinton unterlaufen wurde, indem US-amerikanische Firmen davon ausgenommen blieben. Zudem erhielt die Ölgesellschaft Texaco unter dem Siegel der Geheimhaltung die Erlaubnis, das Putschregime und seine wohlhabenden Anhänger zu unterstützen. Aufgedeckt wurde diese flagrante Verletzung der offiziellen Sanktionen am Tag vor der Landung US-amerikanischer Truppen in Haiti, deren Aufgabe es war, »die Demokratie wiederherzustellen«.<sup>32</sup> Aber das hat sich in der Öffentlichkeit noch nicht herumgesprochen und wird ebenfalls nicht in die offizielle Geschichtsschreibung eingehen. Mittlerweile ist die Demokratie wiederhergestellt. Die neue Regierung wurde gezwungen, die von den USA als so empörend empfundenen demokratischen Reformprogramme aufzugeben und der Politik des von Washington favorisierten Kandidaten für die Wahlen von 1990 zu folgen, bei denen er 14 Prozent der Wählerstimmen erhielt.

Der Hintergrund dieses Triumphs veranschaulicht die »politischen und ökonomischen Prinzipien«, die uns in eine glorreiche Zukunft führen sollen. Haiti war einmal (neben Bengalen) eine der reichsten Kolonien der Welt und eine der Hauptquellen des französischen Wohlstands. Seit Präsident Wilsons Marineeinheiten vor 80 Jahren die Insel

besetzten, ist das Land weitgehend unter US-amerikanischer Kontrolle und Vormundschaft gewesen. Mittlerweile ist es so verarmt, dass es in näherer Zukunft kaum noch bewohnbar sein wird. 1981 entwarfen die amerikanische Organisation für Internationale Entwicklung USAID (Agency for International Development) und die Weltbank eine Strategie zur Förderung von Fabrikanlagen und des Ausbaus einer exportorientierten Landwirtschaft, was die Produktion von Lebensmitteln für den Binnenmarkt stark beeinträchtigte. Die USAID prophezeite, Haiti werde durch den »stärkeren Austausch mit dem US-amerikanischen Markt« zum »Taiwan der Karibik« — ein »historischer Wandel«, zu dem die Weltbank mit ihren üblichen Rezepten zur »Ausweitung privaten Unternehmertums« bei gleichzeitiger Minimierung »sozialer Zielsetzungen« das ihre beitragen wollte.

Natürlich führen diese Rezepte zu Ungleichheit und Armut sowie zu schwerwiegenden Mängeln im Gesundheits- und Bildungswesen, werden aber von ständigen Ermahnungen begleitet, Ungleichheit und Armut zu bekämpfen und das Gesundheits- und Bildungswesen zu verbessern. In Haiti lief alles nach dem gewohnten Schema ab: US-amerikanische Hersteller und die haitianische Oberschicht sahten ab, während die Arbeitslöhne in den achtziger Jahren um 56 Prozent zurückgingen. Das nennt man ein »Wirtschaftswunder«. Haiti blieb Haiti und wurde nicht Taiwan, dessen Regierung, wie auch USAID und Weltbank bekannt sein dürfte, eine radikal andere Wirtschaftspolitik betreibt.

Gerade weil Haitis erste demokratisch gewählte Regierung bestrebt war, die wachsende Katastrophe einzudämmen, provozierte sie die Feindschaft der USA, die dann zum Putsch und Terror führte. Nachdem die »Demokratie wiederhergestellt« ist, hält die USAID Entwicklungsgelder zurück, um sicherzustellen, dass Zement- und Mehlfabriken zum Nutzen reicher Haitianer und ausländischer Investoren privatisiert werden, während die Förderung des Gesundheits- und Bildungswesens behindert wird. Die Agrarwirtschaft erhält kräftige Subventionen, aber die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die mitsamt ihren Aushilfskräften das Einkommen der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit sichert, wird nicht unterstützt. Fabriken im ausländischen Besitz, in denen Arbeiter (zumeist Frauen) unter entwürdigenden Bedingungen zu Niedrigstlöhnen produzieren, profitieren von staatlich subventionierter Elektrizität. Aber für die in Armut lebende Bevölkerungsmehrheit gibt es natürlich keine Subventionen für Strom, Brennstoff, Wasser oder Lebensmittel, denn das liefe den Regelungen des Internationalen Währungsfonds zufolge auf »Preiskontrolle« hinaus und ist mithin verboten.

Vor der »Wirtschaftsreform« deckte die haitianische Reisproduktion den einheimischen Markt vollständig ab und war auf vielfältige Weise mit anderen Wirtschaftszweigen verbunden. Dank der einseitigen »Liberalisierung« ist die Produktion um 50 Prozent zurückgegangen, was sich natürlich auch auf die übrige Wirtschaft negativ auswirkt. Zur »Reform« gehört nämlich auch die Aufhebung von Einfuhrzöllen gemäß den strikten Grundsätzen der Wirtschaftswissenschaft. Verwunderlich nur, dass die US-Agrarwirtschaft davon ausgenommen bleibt, vielmehr weiterhin umfangreiche Subventionen kassiert, die unter Reagan derart großzügig flössen, dass sie 1987 40 Prozent des Bruttoeinkommens der Pflanzler und Züchter ausmachten. Die Folgen sind leicht abzuschätzen: Ein USAID-Bericht von 1995 bemerkt, dass die von Washington vorgeschriebene »exportorientierte Handels- und Investmentpolitik ... den einheimischen Reisanbauern das Wasser abgräbt«, so dass sie schließlich, gemäß der Theorie rationaler Erwartung, gezwungen sind, sich zum Wohl und Nutzen von US-Investoren dem Exportgeschäft zuzuwenden.<sup>33</sup>

Durch solche Methoden ist das ärmste Land der Welt zu einem führenden Importeur von US-amerikanischem Reis geworden und trägt damit zum wachsenden Reichtum hochsubventionierter US-Unternehmen bei. Wer das Glück hatte, eine gute westliche

Ausbildung zu genießen, wird zweifellos erklären können, dass diese Gewinne irgendwann einmal auch zu den Bauern und Slumbewohnern Haitis durchsickern werden.

Das Paradebeispiel Haiti zeigt abermals, welche Bedeutung und welche Folgen mit dem Sieg der »Demokratie und der offenen Märkte« verbunden sind.

Die Haitianer scheinen ihre Lektion schon gelehrt zu haben, auch wenn westliche Ideologen das gerne anders sehen. Die Parlamentswahlen vom April 1997 brachten »klägliche fünf Prozent« der Wähler an die Urnen, berichtete die Presse und fragte besorgt: »Hat Haiti die Hoffnungen der USA enttäuscht?«<sup>34</sup> Wir haben so viel geopfert, um ihnen die Demokratie zu bringen, und sie verhalten sich dermaßen undankbar. Man begreift, warum »Realisten« uns davon abraten, Kreuzzüge für die »allgemeine Weltverbesserung« zu veranstalten.

Ähnliche Haltungen sind in der ganzen Hemisphäre verbreitet. Umfragen zufolge ruft die Politik in Mittelamerika überwiegend »Langeweile«, »Misstrauen« und »Gleichgültigkeit«, kaum jedoch »Interesse« oder »Begeisterung« hervor. Die »Öffentlichkeit ist apathisch ... fühlt sich in ihrem demokratischen System als Zuschauer« und ist, »was die Zukunft angeht, im allgemeinen pessimistisch eingestellt«. Die erste, von der EU geförderte, allgemeine Umfrage in den Ländern Lateinamerikas kam zu den gleichen Ergebnissen.

»Die alarmierendste Botschaft dieser Umfrage«, kommentierte der brasilianische Koordinator, war »die allgemeine Überzeugung, dass nur die Elite von dem Übergang zur Demokratie profitiert habe«.<sup>35</sup> Lateinamerikanische Wissenschaftler weisen darauf hin, dass die jüngste Demokratisierungswelle mit neoliberalen Wirtschaftsreformen zusammenfällt, was zu einer zynischen Befürwortung formaldemokratischer Verfahrensweisen führe. Wie wir bereits sahen, hat die Einführung vergleichbarer Programme im reichsten Land der Welt ähnliche Auswirkungen gehabt.

Kehren wir zu der alles beherrschenden Lehre zurück, dass »Amerikas Sieg im Kalten Krieg« ein Sieg für die Demokratie und den freien Markt gewesen ist. Für die Demokratie ist das zum Teil richtig, wenn wir berücksichtigen, was darunter verstanden wird: gesellschaftliche Kontrollmechanismen zum Schutz der reichen Minderheit. Und was ist mit dem freien Markt? Auch hier ist, wie das Beispiel Haitis zeigt, die Ideologie meilenweit von der Wirklichkeit entfernt.

Betrachten wir noch einmal das Nordamerikanische Freihandelsabkommen, das dazu diente, Mexiko wirtschaftliche Fesseln anzulegen, um die Investoren vor der Gefahr einer »demokratischen Öffnung« zu schützen. Es ist kein »Freihandelsabkommen«, sondern vielmehr höchst protektionistisch, um die ostasiatische und europäische Konkurrenz abzuschrecken. Zudem teilt es mit den globalen Abkommen gegen den Markt gerichtete Prinzipien wie etwa »geistige Eigentumsrechte«. Dadurch wird die Konkurrenz auf eine Weise eingeschränkt, die die reichen Gesellschaften in ihrer Entwicklungsphase niemals akzeptiert hätten, die sie nun jedoch zum Schutz einheimischer Konzerne einsetzen, um zum Beispiel die pharmazeutische Industrie in den ärmeren Ländern zu zerstören — und, ganz nebenbei, technologische Neuerungen, wie etwa verbesserte Produktionsprozesse für patentierte Produkte, die das traditionelle Patentrecht zuließ, zu blockieren. Der Fortschritt ist, wie auch der Markt, nur dann notwendig, wenn er Gewinne für die richtigen Leute abwirft.

Zudem lässt sich fragen, was eigentlich unter »Handel« verstanden wird. Berichten zufolge besteht der Handel zwischen Mexiko und den USA zu fast 50 Prozent aus innerbetrieblichen Transaktionen, die seit dem NAFTA um weitere 15 Prozent zugenommen haben. Schon vor gut zehn Jahren produzierten zumeist US-amerikanische Fabriken in Nordmexiko mit wenigen Arbeitskräften und praktisch keinen Verbindungen zur mexikanischen Wirtschaft mehr als 33 Prozent der Motorblöcke für US-Pkws und 75 Prozent weiterer wichtiger Kfz-Teile. Der durch das Abkommen mit verursachte

Zusammenbruch der mexikanischen Wirtschaft im Jahre 1994, von dem nur die Superreichen und die US-Investoren (durch Stützungsaktionen Washingtons) ausgenommen waren, führte zu einer Intensivierung des Handels zwischen Mexiko und den USA, weil die neue Krise, die die mexikanische Bevölkerung noch weiter ins Elend trieb, »Mexiko zu einer preiswerten [d. h. noch preiswerteren] Quelle für Industriewaren machte, da die Löhne nur ein Zehntel dessen betragen, was in den USA gezahlt wird«. Soweit die Wirtschaftspresse. Einigen Experten zufolge besteht der US-amerikanische Handel weltweit zur Hälfte aus solchen zentral gesteuerten Transaktionen, was im übrigen auch für andere Industriemächte gilt.<sup>36</sup> Allerdings sind Institutionen mit begrenzter öffentlicher Rechenschaftslegung nur schwer zu beurteilen. Einige Wirtschaftswissenschaftler haben das Weltwirtschaftssystem durchaus zutreffend als »Merkantilismus der Konzerne« beschrieben, das mit der Idee des Freihandels nichts mehr zu tun hat. Implizit nimmt die OECD einen ähnlichen Standpunkt ein, wenn sie davon spricht, dass »in der heutigen Zeit Wettbewerbsvorteile und internationale Arbeitsteilung in hochtechnologisierten Industrien nicht durch die unsichtbare Hand des Marktes, sondern durch oligopolistische Konkurrenz und strategische Interaktion zwischen Firmen bestimmt werden«.<sup>37</sup>

Sogar die Grundstruktur der einheimischen Wirtschaft verletzt die hochgelobten neoliberalen Prinzipien. Das Standardwerk über die Geschichte der US-amerikanischen Wirtschaft bemerkt dazu: »Bei der Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und der Allokation von Ressourcen sind die modernen Unternehmen an die Stelle der Marktmechanismen getreten«, wobei viele Transaktionen firmenintern verlaufen, was ein weiterer Verstoß gegen die Marktprinzipien ist.<sup>38</sup> Und es gibt noch viele andere. Vergleichen wir Adam Smith' Prinzip, dass die - zum Beispiel grenzüberschreitende — Bewegungsfreiheit von Personen ein wesentliches Moment des Freihandels ist, mit der Welt transnationaler Konzerne, die strategische Bündnisse eingehen und von mächtigen Staaten entscheidend unterstützt werden, so erkennen wir die Kluft zwischen Ideologie und Wirklichkeit.

Öffentliche Verlautbarungen müssen vor dem Hintergrund dieser Wirklichkeit interpretiert werden. Dazu gehört Clintons Forderung, Afrika durch Handel statt Entwicklungshilfe zu fördern. Die dafür vorgesehenen Maßnahmen befördern ganz zufällig den Nutzen von US-Investoren, während die optimistische Rhetorik die lange Liste früher fehlgeschlagener Versuche ebenso verschweigt wie die Tatsache, dass die USA schon vor der großen Innovation mit ihren Programmen zur Entwicklungshilfe das Schlusslicht aller entwickelten Länder bildeten. Wie die Regierung Reagan Afrika zu fördern gedachte, macht ehester Crockers Planskizze von 1981 auf wünschenswerte Weise deutlich: »Wir unterstützen offene Märkte, den Zugang zu Schlüsselressourcen und die Ausweitung der afrikanischen und amerikanischen Wirtschaft«, erklärte er, und wir wollen die afrikanischen Länder »so weit wie möglich in die freie Marktwirtschaft einbeziehen«.<sup>39</sup> Wenn man bedenkt, dass diese Absichtserklärung von den Anführern des »fortgesetzten Angriffs« auf die »freie Marktwirtschaft« stammt, könnte man hierin reinen Zynismus sehen. Doch im Licht der real existierenden Marktlehre betrachtet, sind Crockers Äußerungen nur fair: Der Markt und der Zugang zu den Ressourcen ist für ausländische Investoren und ihre lokalen Tochtergesellschaften gedacht, und die Ausweitung der Wirtschaft vollzieht sich zum Schutz der wohlhabenden Minderheit gegen die Bevölkerungsmehrheit.

Die Wohlhabenden müssen natürlich in den Genuss staatlichen Schutzes und öffentlicher Subventionen kommen. Könnten sie sonst zum Nutzen aller florieren?

Natürlich stehen die Vereinigten Staaten mit ihrer Konzeption des »Freihandels« nicht allein da, auch wenn ihre Ideologen oftmals den Chor der Zyniker dirigieren. Die seit 1960 größer werdende Kluft zwischen reichen und armen Ländern ist in erster Linie eine Folge

der protektionistischen Maßnahmen der Reichen, wie ein Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen 1992 ausführte. Der Bericht von 1994 kam zu dem Schluss, dass »die Industrienationen durch die Verletzung der Freihandelsprinzipien den Entwicklungsländern jährliche Kosten von etwa 50 Milliarden Dollar verursachen - was ungefähr der Gesamtsumme der Entwicklungsgelder entspricht« - bei denen es sich vielfach um öffentlich subventionierte Exportförderung handelt.<sup>40</sup> Der 1996 veröffentlichte *Global Report* der UN-Organisation für industrielle Entwicklung schätzt, dass die Kluft zwischen den reichsten und ärmsten 20 Prozent der Weltbevölkerung zwischen 1960 und 1989 um über 50 Prozent gewachsen ist, während der »Globalisierungsprozess diese Ungleichheit noch verschärfen wird«. Dasselbe gilt für die reichen Gesellschaften, allen voran die Vereinigten Staaten und kurz dahinter Großbritannien. Die Wirtschaftspresse bejubelt »spektakuläre« Gewinnmargen und zollt der außerordentlichen Konzentration von Reichtum in den Händen einer winzig kleinen Oberschicht Beifall, während die Lebensbedingungen für die Bevölkerungsmehrheit sich keineswegs verbessern. Die konzertierten Medien, die Regierung Clinton und all die anderen Lobsänger des American Way präsentieren sich stolz als Modell für die übrige Welt. Ihr Lobgesang übertönt die Resultate einer katastrophalen Sozialpolitik; so enthüllen die von der UNICEF 1997 veröffentlichten »sozialen Basisindikatoren«<sup>41</sup>, dass die Vereinigten Staaten zum Beispiel im Hinblick auf die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren von allen Industrienationen am schlechtesten abschneiden und neben Kuba rangieren - einem verarmten Land, das seit vierzig Jahren den Angriffen der nachbarlichen Supermacht ausgeliefert ist. Auch andere Basisindikatoren wie Hunger und Kinderarmut lassen die USA in einem höchst ungünstigen Licht erscheinen.

All dies vollzieht sich im reichsten Land der Welt mit seinen unbegrenzten Möglichkeiten und stabilen demokratischen Institutionen, in dem jedoch die Geschäftswelt wie nirgendwo anders das Sagen hat. Das sind weitere Vorzeichen für den weltweiten »dramatischen Übergang von einem pluralistischen und partizipatorischen Ideal der Politik zu einem autoritären und technokratischen Ideal«.

Unter dem Siegel der Verschwiegenheit werden die wahren Absichten kundgetan. So wies unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs George Kennan, der nicht nur einer der einflussreichsten Strategen war, sondern noch dazu im Ruf stand, ein Humanist zu sein, jedem Teil der Welt seine »Funktion« zu: Afrika sollte von Europa für dessen Wiederaufbau, an dem die Vereinigten Staaten kein großes Interesse hatten, »ausgebeutet« werden. Ein Jahr zuvor hatte eine hochrangige Planungsstudie den Vorschlag unterbreitet, dass »die kooperative Entwicklung der billigen Nahrungsmittel und Rohmaterialien Nordafrikas die europäische Einheit fördern und eine wirtschaftliche Grundlage für den Wiederaufbau des Kontinents schaffen könnte« - ein interessanter Begriff von »Kooperation«.<sup>42</sup> Der Vorschlag, Afrika könne den Westen »ausbeuten«, um sich von den »globalen Weltverbesserungsversuchen« der letzten Jahrhunderte zu erholen, scheint nicht erörtert worden zu sein.

In diesem Überblick habe ich den Versuch unternommen, einem nachvollziehbaren methodologischen Prinzip zu folgen: Ich wollte die so hoch gepriesenen »politischen und ökonomischen Prinzipien« der vorherrschenden Weltmacht überprüfen, indem ich mich an die von den Vertretern dieser Prinzipien selbst gewählten Paradebeispiele hielt. Der Überblick ist kurz und unvollständig und beschäftigt sich mit Vorgängen, die undurchsichtig sind und nicht ohne weiteres verstanden werden können. Ich denke, dass die Auswahl fair ist und ein ernüchterndes Bild dieser Leitmotive und der darauf beruhenden zukünftigen Entwicklung zeichnet, die einzig und allein durch widerständiges Handeln verändert werden kann. Insofern führt dies Bild, selbst wenn es richtig sein sollte, in die Irre, gerade weil es so unvollständig ist. Denn in ihm fehlen die Errungenschaften all derer, die nicht nur den proklamierten Leitmotiven, sondern weit darüber hinausreichenden Grundsätzen von Freiheit und Gerechtigkeit verpflichtet sind. Dabei handelt es sich in erster Linie um den von unten

geführten Kampf gegen Formen der Unterdrückung und Herrschaft, die bisweilen allzu offensichtlich, oftmals aber so verdeckt sind, dass sie selbst für ihre Opfer unsichtbar bleiben. Die Erfolge, die bisher in diesem Kampf errungen wurden, sind durchaus ermutigend, und wir haben allen Grund zu der Annahme, dass dies auch in Zukunft so sein wird. Dazu bedarf es einer realistischen Einschätzung der konkreten Umstände und Bedingungen und ihres historischen Ursprungs, aber das ist natürlich nur der Anfang.

## Anmerkungen

1 UNICEF, *The State of the World's Children 1997* (Oxford University Press 1997); UNICEF, *The Progress of Nations 1996* (UNICEF House 1996).

2 A. d. Ü.: »Gatekeeper« ist ein in »der *wettbewerbspolitischen Diskussion* häufig gebrauchter Begriff, um die Machtposition von Handelsbetrieben bei der Distribution von Waren zu beschreiben. Handelsbetrieben wird eine Schlüsselstellung im Absatzkanal zuerkannt, die es ihnen ermöglicht, den Weg von Waren und Informationen entweder zu öffnen oder auch völlig zu verschließen.« (Gabler Wirtschaftslexikon, 14., vollst. überarb. u. erw. Aufl. 1997, Bd. F-K, Art. »gatekeeper«).

3 Thomas Friedman, *NYT*, 2. Juni 1992; Anthony Lake (Nationaler Sicherheitsberater) *NYT*, 26. Sept. 1993; David Fromkin (Historiker), *NYT Book Review*, 4. Mai 1997, eine Sammelrezension neuerer Arbeiten.

4 Zum allgemeinen Bild und seinen historischen Ursprüngen vgl. u. a. Frederic Clairmonts klassische Untersuchung *The Rise and Fall of Economic Liberalism* (Asia Publishing House 1960; rev. Neuaufl. Penang und Goa: Third World Network 1996) und Michel Chossudovsky, *The Globalisation of Poverty* (Penang: Third World Network 1997). Clairmont war lange Zeit als Wirtschaftswissenschaftler bei der UNCTAD beschäftigt; Chossudovsky lehrt Wirtschaftswissenschaft an der Universität von Ottawa.

5 John Cassidy, *New Yorker*, 16. Okt. 1995. Zu den folgenden Zitaten vgl. Kap. 3, Anm. 1. Die Beispiele stammen aus dem linksliberalen bis linken Teil des politischen Spektrums. Andere Positionen kommen zu vergleichbaren Ergebnissen, sind aber sehr viel euphorischer.

6 John Liscio, *Barron's*, 15. April 1996.

7 Richard Cockett, »The Party, Publicity, and the Media«, in Anthony Seidon und Stuart Ball (Hg.), *Conservative Century: The Conservative Party since 1900* (Oxford University Press 1994); Harold Lasswell, »Propaganda«, in *Encyclopaedia of the Social Sciences*, Bd. 12 (Macmillan 1933). Weitere Zitate und Erläuterungen in »Intellectuals and the State« (1977), wiederabgedruckt in Noam Chomsky, *Towards a New Cold War* (Pantheon 1982). Mittlerweile sind auch einige der wegweisenden Arbeiten von Alex Carey zu diesem Thema erhältlich. Vgl. seinen Essayband *Taking the Risk out of Democracy* (University of New South Wales Press 1995 und University of Illinois Press 1997).

8 Ebd., sowie Elizabeth Fones-Wolf, *Selling Free Enterprise: the Business Assault on Labor and Liberalism 1945-1960* (University of Illinois Press

1995). Vgl. auch Stuart Ewen, *PR: A Social History of SPIN* (Basic Books 1996). Zum umfassenderen Kontext vgl. Noam Chomsky, »Intellectuals and the State« sowie »Force and Opinion«, wiederabgedruckt in *Deterring Democracy* (Verso 1991).

9 Editorial, *New Republic*, 19. März 1990.

10 Sanford Lakoff, *Democracy: History, Theory, Practice* (Westview 1996), S. 262 f.

11 J. Toye, J. Harrigan und P. Mosley, *Aid and Power* (Routledge 1991), Bd. I, S. 16. Zur Parallele mit dem Leninismus vgl. meine in Anm. 8 zitierten Essays sowie *For Reasons of State* (Pantheon 1973; dt.: *Aus Staatsräson*, Frankfurt/M. 1974), Einleitung.

12 Carothers, »The Reagan Years«, in Abraham Lowenthal (Hg.), *Exporting Democracy* (John Hopkins University Press 1991). Vgl. auch sein Buch *In the Name of Democracy* (University of California Press 1991).

13 Vgl. Kap. 2 und zu weiteren Quellen und Erläuterungen mein Buch *Powers and Prospects* (South End 1996), sowie »»Consent without Consent«: Re-reflections on the Theory and Practice of Democracy«, *Cleveland State Review* 44.4, 1996.

14 *Suroey of Current Business*, U. S. Dept. of Commerce, Bd. 76, Nr. 12 (Dez. 1966).

15 Morton Horwitz, *The Transformation of American Law 1870-1960* (Harvard University Press 1992), Kap. 3, sowie Charles Seilers, *The Market Revolution* (Oxford University Press 1991).

16 Michael Sandel, *Democracy's Discontent* (Harvard University Press 1996), Kap. 6. Meiner Ansicht nach ist seine Interpretation, die sich auf den Republikanismus und die zivilbürgerliche Tugend bezieht, zu eng, weil sie tieferliegende Wurzeln, die in die Aufklärung und noch weiter zurückreichen, übersieht. Vgl. dazu u. a. Noam Chomsky, *Problems of Knowledge and Freedom* (Pantheon 1971), Kap. 1, einige Essays in dem von James Peck herausgegebenen *Chomsky Reader* (Pantheon 1987) sowie Noam Chomsky, *Powers and Prospects*, Kap. 4.

17 Zu Einzelheiten vgl. Noam Chomsky, *Turning the Tide* (South End 1985), Kap. 6.3; sowie Noam Chomsky, *The Culture of Terrorism* (South End 1988), Kap. 11 (und die darin zitierten Quellen), samt Zitaten von Figueres, der mit einiger Entschiedenheit von den Medien ignoriert wurde. Vgl. dazu meine *Letters from Lexington* (Common Courage 1993), Kap. 6, die sich auch mit dem langen, vom Mittelamerikaspezialisten der *New York Times* verfaßten Nachruf und dem dazugehörigen verschwommenen Leitartikel befassen, der Figueres' Ansichten über Washingtons »Kreuzzug für

die Demokratie« völlig verschweigt. Zur Berichterstattung der Medien über die Wahlen in Nicaragua und San Salvador vgl. Edward Herman und Noam Chomsky, *Manufacturing Consent* (Pantheon 1988), Kap. 3. Selbst Carothers, der mit Fakten sehr sorgsam umgeht, schreibt, dass die Sandinisten sich bis 1990 geweigert hätten, Wahlen zuzulassen (in Lowenthal, a. a. O.).

18 Eine weitere nachweislich falsche Behauptung besagt, dass die - seit langem geplanten - Wahlen nur aufgrund des von Washington ausgeübten militärischen und wirtschaftlichen Drucks stattfanden, der damit im nachhinein gerechtfertigt wird.

19 Zu den Wahlen und den Reaktionen in Lateinamerika und den Vereinigten Staaten (samt den Quellen für die folgenden Zitate) vgl. Noam Chomsky, *Deterring Democracy*, Kap. 10. Ein detaillierter Bericht über die als Triumph der Diplomatie gefeierte Unterwanderung der Diplomatie findet sich in Noam Chomsky, *Culture of Terrorism*, Kap. 7, sowie ders., *Necessary Illusions* (South End 1989), Anhang IV.5.

20 Hervorhebung von Carothers, in Lowenthal, a. a. O.

21 Zu Einzelheiten vgl. u. a. Richard Garfield, »Desocializing Health Care in a Developing Country«, *Journal of the American Medical Association* 270, Nr. 8, 25. Aug. 1993, sowie Noam Chomsky, *World Orders, Old and New* (Columbia University Press 1994) S. 131 f.

22 Michael Kinsley, *Wall Street Journal*, 26. März 1987; *New Republican*, Leitartikel, 2. April 1984 und 19. März 1990. Weitere Beispiele in Noam Chomsky, *The Culture of Terrorism*, Kap. 5, *Deterring Democracy*, Kap. 10 und 12.

23 H. D. S. Greenway, *Boston Globe*, 29. Juli 1993.

24 *NYT*, 2. Mai 1985.

25 Vgl. *World Orders*, S. 131 ff. Zu den Prophezeiungen und Ergebnissen vgl. den Wirtschaftswissenschaftler Melvin Burke, »NAFTA Integration: Unproductive Finance and Real Unemployment«, *Proceedings from the Eighth Annual Labor Segmentation Conference*, April 1995; gefördert von den Universitäten von Notre Dame und Illinois. Desgl. *Social Dimensions of North American Economic Integration*, Bericht des Canadian Labour Congress für das Department of Human Resources Development, 1996. Zu den Voraussagen der Weltbank in bezug auf Afrika vgl. Cheryl Payer, *Lent and Lost* (Zed 1991), sowie John Mihevc, *The Market Teils Them So* (Zed 1995), der auch die düsteren Auswirkungen permanenter Fehlschläge untersucht - düster für die Bevölkerung, nicht für die Klientel der Bank. Dass die Vorhersagen mehr als vage sind, ist Wirtschaftswissenschaftlern durchaus bekannt. Vgl. etwa Paul Krugman, »Cycles of Conventional Wisdom on Economic Development«, *International Affairs* 71, Nr. 4, Okt. 1995. A. d. Ü.: Das NAFTA-Abkommen betrifft eine »am 17. 12. 1992 unterzeichnete, zum 1.1.1994 in Kraft getretene Freihandelszone zwischen Kanada, Mexiko und den USA. Über einen gestaffelten Abbau von Handelsbarrieren und Zöllen über einen Zeitraum von 10-15 Jahren entsteht die größte Freihandelszone der neueren Zeit. Liberalisiert werden der Handel mit Gütern und Dienstleistungen (!) sowie die Investitionsbedingungen. Einbezogen sind der Schutz geistigen Eigentums und der Umwelt sowie arbeitsrechtliche Fragen. Eine Erweiterung in Richtung Mittel- bzw. Südamerika wird z. Z. diskutiert.« (Gabler Wirtschaftslexikon, Bd. L-So, Art. »NAFTA«.)

26 Helene Cooper, »Experts' View of NAFTA's Economic Impact: It's a Wash«, *WSJ*, 17. Juni 1997.

27 Editorial, »Class War in the USA«, *Multinational Monitor*, März 1997. Bronfenbrenner, »We'll Close«, ebd., eine Zusammenfassung der von ihr durchgeführten Untersuchung: »Final Report: The Effects of Plant Closing or Threat of Plant Closing on the Right of Workers to Organize«. Ein Bericht in *Business Week* schildert detailliert den massiven Einfluss der von der Regierung Reagan gedeckten kriminellen Verstöße gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen: »The Workplace: Why America Needs Unions, But Not The Kind It Has Now«, 23. Mai 1994.

28 Levinson, *Foreign Affairs*, März/April 1996. Workshop vom 26./27. Sept. 1990, Protokoll, S. 3.

29 In den USA und insbesondere in Kanada (wo es eine sehr viel offener geführte Diskussion gab) reagierte die Bevölkerung, Meinungsumfragen zufolge, überwiegend mit Ablehnung.

30 Kenneth Roth, Executive Director, HRW, Leserbrief, *NYT*, 12. April 1997.

31 Vgl. Paul Farmer, *The Uses of Haiti* (Common Courage 1994); Chomsky, *World Orders*, S. 62 ff.; Noam Chomsky, »Democracy Restored«, *Z*, Nov. 1994; North American Congress on Latin America (NACLA), *Haiti: Dangerous Crossroads* (South End 1995).

32 John Solomon, AP, 18. Sept. 1994, zit. in Chomsky, »Democracy Restored«.

33 Vgl. mein Buch *Year 501* (South End 1993); dt.: *Wirtschaft und Gewalt*, München 1995), Kap. 8 und die dort angegebenen Quellen; Farmer, a. a. O. *Labor Rights in Haiti*, International Labor Rights Education and Research Fund, April 1989. *Haiti After the Coup*, National Labor Committee Education Fund (New York), April 1993. Lisa McGowan, *Democracy Undermined, Economic Justice Denied: Structural Adjustment and the AID Juggernaut in Haiti* (Development Gap, Jan. 1997).

A. d. Ü.: Die »Theorie rationaler Erwartung« beschreibt unter Zuhilfenahme mathematischer Formeln die Hypothesenbildung eines Wirtschaftssubjekts im Hinblick auf zukünftige Folgen ökonomischen Handelns unter Risiko- oder Unsicherheitsbedingungen. Die Theorie »setzt in der *strengen Form* voraus, dass die Individuen das relevante Modell der Ökonomie und dessen Struktur kennen« (Gabler Wirtschaftslexikon, Bd. A-E, Art. »Erwartung«). Ihr Nutzen ist eher umstritten, eben weil sich Erwartungen nicht stochastisch quantifizieren lassen.

34 Nick Madigan, »Democracy in Inaction: Did Haiti Fail U.S. Hope?«, *Christian Science Monitor*, 8. April 1997; vgl. AP, *Boston Globe*, 8. April 1997, zu weiteren Berichten über die Wahlen.

35 John McPhaul, *Tico Times* (Costa Rica), 11. April und 2. Mai 1997.

36 Vincent Gable, *Daedalus* (Frühjahr 1995), der den UN *World Investment Report 1993* zitiert (wo jedoch ganz andere Zahlen angegeben werden; zudem heißt es dort, es stünden »nur relativ geringe Datenmengen zur Verfügung«, S. 164 f.). Eine ausführlichere Erörterung findet sich in Peter Cowhey und Jonathan Aronson, *Managing the World Economy* (New York, Council on Foreign Relations 1993); dort wird der Binnenhandel der Transnationalen Konzerne auf einen

Umfang von etwa 40 Prozent geschätzt. Zum Handel USA-Mexiko vgl. David Barkin und Fred Rosen, »Why the Recovery is Not a Recovery«, *NACLA Report on the Americas*, Jan./Feb. 1997; Leslie Crawford, »Legacy of Shock Therapy«, *Financial Times*, 12. Feb. 1997 (mit dem Untertitel: »Mexico: A Healthier Outlook«; der Artikel beschäftigt sich mit dem zunehmenden Elend der Bevölkerungsmehrheit). Zu innerbetrieblichen Transaktionen nach dem NAFTA-Abkommen vgl. William Greider, *One World, Ready or Not* (Simon and Schuster 1997), S. 273, der den mexikanischen Wirtschaftswissenschaftler Carlos Heredia zitiert. Schätzungen zufolge beliefen sich innerbetriebliche US-amerikanische Exporte, die den mexikanischen Markt gar nicht erst erreichten, vor dem Abkommen auf mehr als 50 Prozent. Senator Ernest Höflings, *Foreign Policy*, Winter 1993/94.

37 Die OECD-Untersuchung von 1992 wird von Clintons ehemaliger Beraterin für Wirtschaftsfragen, Laura Tyson, in *Who's Bashing Whom?* (Institute for International Economics 1992) zitiert.

38 Alfred Chandler, *The Visible Hand* (Belknap Press 1977).

39 Das Zitat entstammt einer Rede, die C. A. Crocker, assistierender Staatssekretär für die Afrikapolitik, im August 1981 in Honolulu vor dem National Security Committee of the American Legion hielt. Zit. in Hans Abrahamsson, *Hegemony, Region and Nation State: The Case of Mozambique* (Padrigu Peace and Development Research Institute, Gothenburg University, Jan. 1996).

40 Vgl. dazu Eric Toussaint und Peter Drucker (Hg.), *IMF/World Bank/ WTO, Notebooks for Study and Research* (Amsterdam: International Institute for Research and Education 1995), S. 24 f.

41 UNICEF, *State of the World's Children 1997*.

42 George Kennan, PPS 23, 24. Feb. 1948 (*Foreign Relation of the United States*, Bd. I, 1948), S. 511. Michael Hogan, *The Marshall Plan* (Cambridge University Press 1987), S. 41, der das Bonesteel Memorandum vom Mai 1947 paraphrasiert.



## Glossar

AAWH: *American Association for World Health*, dt.: *Amerikanischer Weltgesundheitsverband*. Private Organisation zur Aufklärung und Prävention von Krankheiten auf nationaler und internationaler Ebene. Dazu gehört in den letzten Jahren vor allem die Bekämpfung von AIDS.

ABC: *American Broadcasting Company*. Amerikanischer Fernsehsender mit Hauptsitz in New York, der seit 1995 zur Firmengruppe von Walt Disney gehört.

ANC: *African National Congress* (ursprünglich *South African Native National Congress*). Seit 1923 Südafrikas politische, schwarze nationale Partei. Der ANC kämpfte jahrelang gegen die offizielle Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung. Er wurde 1960—1990 durch die weiße Regierung des Landes verboten und musste in dieser Zeit im Untergrund arbeiten. Der Präsident des ANC, Nelson Mandela, wurde 1994 erster Präsident einer gemischten Regierung.

AP: *Associated Press*. Ältester und größter Nachrichtendienst in den USA. Entstand 1848 aus dem Zusammenschluss von sechs New Yorker Zeitungen, die einen gemeinsamen Telegrafendienst für Nachrichten aus dem Ausland einrichteten. 1856 erhielt dieser Service den Namen Associated Press.

CIA: *Central Intelligence Agency*. 1947 aus dem Office of Strategie Services entstanden. Geheim- und Nachrichtendienst der US-Regierung. Vor der Gründung der CIA leiteten vor allem die Army, die Navy und das FBI die Nachrichtendienste der USA. Kompetenz-, Informations- und Koordinationsdefizite zwischen diesen drei Organen führten zur Einrichtung der CIA als zentralem Nachrichtendienst. Innerhalb der CIA gibt es vier Abteilungen: die Nachrichtenabteilung, die Abteilung für Wissenschaft und Technologie, die Administrationsabteilung und die Einsatzabteilung.

CDA: *Cuban Democracy Act*, dt.: *Gesetz zur Kubanischen Demokratie*. Im Oktober 1992 von den USA erlassenes Gesetz, das Teile des US-amerikanischen Embargos gegen Kuba, die Unterstützung der kubanischen Bevölkerung und die Verbesserung der Telekommunikation sowie der medizinischen Versorgung betrifft.

EU: *European Union*, dt.: *Europäische Union*. Aus der EG (= Europäische Gemeinschaft) entstandene, im November 1993 in Kraft getretene Organisation zur Förderung des europäischen Integrationsprozesses mit Hauptsitz in Brüssel. Die Hauptaufgaben der EU liegen in der Errichtung eines gemeinsamen, starken Markts mit einer Wirtschafts- und Währungsunion und in der einheitlichen Vorgehensweise aller Mitgliedsstaaten, was die Bereiche Sicherheits- und Außenpolitik, den Polizei- und den Justizapparat betrifft. Zu den Spezialorganisationen der EU zählen unter anderem der Europäische Rat, die EU-Kommission, der Europäische Gerichtshof und das Europäische Parlament.

FAO: *UN Food and Agricultural Organization*, dt.: *Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation*. 1945 gegründete Organisation mit Sitz in Rom zur Bekämpfung von Armut, Unter- und Fehlernährung in den Entwicklungsländern.

GATT: *General Agreement on Tariffs and Trade*, dt.: *Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen*. Das 1948 gegründete GATT gilt als wichtigstes und erfolgreichstes multilaterales Handelsabkommen. Es verfolgt insbesondere drei Prinzipien: Gegenseitigkeit (d. h. handelspolitische Leistungen, die sich die GATT-Mitglieder gewähren, müssen gleichwertig sein), Liberalisierung (d. h. Abbau von Zöllen) und Meistbegünstigungen (d.

h. Zoll- und Handelsvorteile, die sich zwei GATT-Mitglieder einräumen, sollen allen Mitgliedern zugute kommen). Infolge des Abkommens sind die Grenzen für Zollbeschränkungen weltweit enorm gesunken.

ICJ: *International Court of Justice*, dt.: *Internationaler Gerichtshof*. Seit 1945 das Haupt-Rechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen (— UN) mit Sitz in Den Haag. Er setzt sich aus 15 unabhängigen Richtern aus 15 Staaten zusammen.

IAJC: *Inter-American Juridical Committee*. Behörde der Organisation Amerikanischer Staaten (-> OAS) mit Hauptsitz in Rio de Janeiro. Eingesetzt als Rechtsberatung, zur Förderung der Entwicklung und Kodifizierung von internationalem Recht und bei juristischen Problemen innerhalb der Integration von Entwicklungsländern.

MAI: *Multilateral Agreement on Investment*, dt.: *Multilaterales Abkommen über Investitionen*. Internationales Wirtschaftsbündnis mit dem Ziel, die Befugnisse von Konzernen global auszubauen und eine euro-amerikanische Freihandelszone zu schaffen. Das MAI steht den OECD-Mitgliedern und den EU-Staaten, aber auch allen anderen Staaten offen, die seine Aufnahmekriterien erfüllen und anerkennen.

NAFTA: *North American Free Trade Agreement*, dt.: *Nordamerikanisches Freihandelsabkommen*. 1992 unterzeichnetes Handelsabkommen mit dem Ziel, sämtliche Zollbestimmungen und andere Handelsbeschränkungen zwischen den USA, Kanada und Mexiko abzubauen. Das Abkommen schafft langfristig eine Freihandelszone zwischen den drei größten Ländern Nordamerikas. Seine Entstehung wurde angeregt durch den erfolgreichen Abbau von Zöllen und dem damit verbundenen Anstieg des Handels unter den EG-Mitgliedsstaaten.

OAS: *Organization of American States*, dt.: *Organisation amerikanischer Staaten*. Aus der PAN (= Pan-American Union, dt.: Panamerikanische Union) entstandene und im Zuge des Kalten Krieges 1948 gegründete Organisation zur Förderung der wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder, zu denen beinahe alle unabhängigen Staaten Amerikas gehören. Kubas Mitgliedschaft wurde 1962 gekündigt. Hauptanliegen der OAS ist der Schutz vor feindlichen Interventionen ausländischer Staaten und die Erhaltung des Friedens zwischen den Mitgliedsstaaten.

OECD: *Organization for Economic Cooperation and Development*, dt.: *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*. Als Nachfolgerin der OEEC (= Organization for European Economic Cooperation, dt.: Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) seit 1961 in Paris bei der Planung und Förderung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Entwicklung und der Hilfe für Entwicklungsländer beratend tätig. Die OECD hat 29 Mitgliedsstaaten und verschiedene Sonderorganisationen wie die IEA, die NEA, den DAC oder das CCET.

TNC/MNC: *Transnational/Multinational Corporations*, dt.: *Transnationale/Multinationale Unternehmen*. Unternehmen, die in mehreren Ländern arbeiten und registriert sind. Diese Unternehmen haben in der Regel einen Hauptsitz und besitzen darüber hinaus mehrere Zweigstellen und/oder Tochterfirmen in anderen Ländern, die alle dem Hauptsitz unterstellt sind.

UNICEF: *United Nations Children's Fund*, dt.: *Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen*. Unterstützt seit 1946 in 160 Staaten Kinder und Mütter in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung, Hygiene, Ernährung und Erziehung und leistet Soforthilfe in Notsituationen.

UN/UNO: *United Nations*, dt.: *Vereinte Nationen oder Vereinigte Nationen*. Auf Initiative der Außenminister Chinas, Großbritanniens, der UdSSR und der USA 1945 zur Sicherung des Weltfriedens gegründet, zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und zum Schutz der Menschenrechte mit Sitz in New York. Zu ihren Spezialorganisationen zählen

die UNESCO, ILO, FAO, WHO, die IBRD und der IMF. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik traten der UN 1973 bei. Derzeitiger Generalsekretär ist Kofi Annan.

UNCTAD: *United Nations Conference on Trade and Development*, dt.: *Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung*. Fördert und unterstützt seit 1964 die wechselseitigen Beziehungen zwischen Handel, wirtschaftlicher Entwicklung und internationaler Wirtschaftshilfe. Die UNCTAD mit Sitz in Genf galt lange als wichtigstes Forum des Nord-Süd-Dialogs. Sie hat jedoch mit Entstehung der Welthandelsorganisation (—> WTO) bei den Industriestaaten viel von ihrem Einfluss verloren. Die Entwicklungsländer hingegen halten an der UNCTAD fest. Insgesamt vertritt die Konferenz 188 Mitgliedsstaaten.

USAID: *U. S. Association for International Development*, dt.: *US-Organisation für Entwicklungshilfe*. Im September 1960 gegründete UN-Organisation mit Hauptsitz in Washington, die mit der Weltbank zusammenarbeitet. Sie soll Kredite und Darlehen mit günstigeren Laufzeiten an Entwicklungsländer vergeben als die Weltbank.

WHO: *World Health Organization*, dt.: *Weltgesundheitsorganisation*. Seit 1946 unterstützt die WHO mit Sitz in Genf weltweit den Auf- und Ausbau von Gesundheitsdiensten in Entwicklungsländern, fördert die Vorbeugung und Bekämpfung von Krankheiten und der medizinischen Forschung. Unter Federführung der -> UN kooperiert die WHO seit 1996 mit verschiedenen anderen Organisationen in einem gemeinsamen AIDS-Programm.

WTO: *World Trade Organization*, dt.: *Welthandelsorganisation*. Mit Sitz in Genf unterstützt die WTO seit 1995 die internationalen Handelsbeziehungen, kontrolliert Handelspraktiken und versucht, Handelskonflikte zu schlichten. Sie fördert die Umsetzung und Weiterverfolgung der GATT-Prinzipien (-> GATT). Die WTO setzt sich aus 132 Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission (—> EU) zusammen. Das Streitbeilegungsverfahren der WTO verfügt über kein eigenes Gericht. Im Konfliktfall wird dem WTO-Rat von einem eigens dafür eingesetzten Ausschuss ein Bericht des verletzten Staats oder der geschädigten Organisation vorgelegt. Seit der ersten Ministerkonferenz 1996 hat die WTO Abkommen zur Liberalisierung in den Bereichen Telekommunikation, Informationstechnologie und Finanzleistungen geschlossen.

## Bibliografie

- Agee, Philip. *Inside the Company* (Stonehill, 1975), dt.: *CIA intern*, 1993 Americas Watch. *The »Drug War« in Colombia* (Oktober 1990) und *The Struggle for Land in Brazil* (Human Rights Watch, 1992) Amsden, Alice. *Asia's Next Giant: South Korea and Late Industrialization* (Oxford, 1989)
- Appleby, Joyce. *Capitalism and a New Social Order* (NYU, 1984) Bailey, Thomas. *A Diplomatic History of the American People* (New York, 1969) Bello, Waiden und Rosenfeld, Stephanie. *Dragons in Distress* (Institute for Food and Development Policy, 1990) Benjamin, Jules. *The United States and the Origins of the Cuban Revolution* (Princeton, 1990) Bhagwati, Jagdish und Hugh, Patrick (Hrsg.). *Aggressive Unilateralism* (Michigan, 1990), dt.: *Geschützte Märkte*, 1990
- Black, Jan Knippers. *United States Penetration of Brazil* (Pennsylvania, 1977) Blum, William. *The CIA: a forgotten history* (Zed, 1986) Borden, William. *The Pacific Alliance* (Wisconsin, 1984) Brovard, James. *Fair Trade Frattd* (St. Martin's, 1991) Brewer, John. *Sinews of Power: War, Money and the English State, 1688—1783* (Knopf, 1989)
- Calleo, David. *The Imperious Economy* (Harvard, 1982) Catholic Institute of International Relations (CIIR). *Brazil: Democracy and Development* (London, 1992)
- Chicago Religious Task Force on Central America. *Dangerous Memories: Invasion and Resistance since 1942* (Chicago, 1991) Clairmonte, Frederick. *Economic Liberalism And Underdevelopment* (Asia Publishing House, 1960) Dertouzos, Michael, Lester, Richard und Solow, Robert. *Made in America* (MIT, 1989)
- Dimerstem, Gilberto. *Brazil: War on Children* (Latin, America Bureau, London, 1991), dt.: *Krieg der Kinder*, 1991
- Du Boff, Richard. *Accumulation and Power* (M. E. Sharpe, 1989) Evans, Peter. *Dependent Development* (Princeton, 1979) Farmer, Paul. *AIDS and Accittsation. Haiti and the Geography of Blame* (California, 1992)
- Feffer, John. *Shock Waves: Eastern Europe after the Revolution* (South End, 1992)
- Franklin, Bruce. *M.I.A. or Mythmaking in America* (Lawrence Hill, 1992) Garthoff, Raymond. *Reflections on the Cuban Missile Crisis* (Brookings, 1987)
- George, Alexander (Hrsg.). *Western State Terrorism* (Polity, 1991) Gerschenkron, Alexander. *Economic Backwardness in Historical Perspective* (Harvard, 1962) Ginger, Ann Fagan und Christiane, David (Hrsg.). *The Cold War Against Labor*, 2 Bd. (Meiklejohn Civil Liberties Institute, 1987) Gleijeses, Piero. *Shattered Hope* (Princeton, 1991)
- Green, David. *The Containment of Latin America* (Quadrangle, 1971) Haines, Gerald. *The Americanization of Brazil* (Scholarly Resources, 1989) Hassett, John und Lacey, Hugh (Hrsg.). *Towards a Society that Serves its People: The Intellectual Contributions of El Salvador! Murdered Jesuits* (George-town, 1991)
- Herman, Edward. *The Real Terror Network* (South End, 1982) Herman, Edward. *Beyond Hypocrisy: Decoding the News in an Age of Propaganda* (South End, 1992) Hewlett, Sylvia Ann. *The Cruel Dilemmas of Development* (Basic Books, 1980)
- Höfer, Bruni, Dietrich, Heinz und Meyer, Klaus (Hrsg.). *Das Fünfhundertjährige Reich*, dt.: 1991 (Medico International, 1990) Jonas, Susanne. *The Battle for Guatemala* (Westview, 1991) Keay, John. *The Honorable Company: A History of the English East India Company* (Harper Collins, 1991) Khor Kok Peng, Martin. *The Uruguay Round and Third World Sovereignty* (Third World Network, Penang, 1990) Kolko, Gabriel. *The Politics of War* (Random House, 1968) Kolko, Gabriel. *Confronting the Third World* (Pantheon, 1988) La Botz, Dan. *Mask of Democracy: Labor Suppression in Mexico Today* (South End, 1992)
- Mayorga, Francisco. *The Nicaraguan Economic Experience, 1950—1984: Development and exhausting of an agroindustrial model* (PhD dissertation, Yale, 1986)
- McCoy, Alfred. *The Politics of Heroin* (Lawrence Hill, 1991) Morris, Richard. *The American Revolution Reconsidered* (Harper & Row, 1976) Morris, Richard. *The Forging of the Union* (Harper & Row, 1987) Nehru, Jawahrlal. *The Discovery of India* (Asia Publishing House, 1961) Parker, Phyllis. *Brazil and the Quiet Intervention, 1964* (Texas, 1979) Paterson, Thomas (Hrsg.). *Kennedy's Quest for Victory* (Oxford, 1989) Peck, James. *The Chomsky Reader* (Pantheon, 1987) Raghavan, Chakravarthi. *Recolonization: GATT, the Uruguay Round & the Third World* (Third World Network, Penang, 1990) Rand, Christopher. *Making Democracy Safe for Oil* (Little, Brown, 1975) Säle, Kirkpatrick. *The Conquest of Paradise* (Knopf, 1990), dt.: *Das verlorene Paradies*, 1991 Schmidt, Hans. *The United States Occupation of Haiti, 1915-1934* (Rutgers, 1971)
- Schweinitz, Karl de. *The Rise & Fall of British India* (Methuen, 1983) Schoultz, Lars. *National Security and United States Policy toward Latin America* (Princeton, 1987) Schwarz, Benjamin. *American Counterinsurgency Doctrine and El Salvador* (RAND, 1991)

Sklar, Holly. *Washingtons' War on Nicaragua* (South End, 1988) Smith, Stephen. *Industrial Policy in Developing Countries* (Economic Policy Institute, 1992)  
Tracy, James (Hrsg.). *The Political Economy of Merchant Empires* (Cambridge, 1991)  
Van Alstyne, R. W. *The Rising American Empire* (Oxford, 1960) Wachtel, Howard. *The Money Mandarins* (M. E. Sharpe, 1990) Washington Office on Latin America (WOLA), *Clear and Present Dangers: the U.S. Military and the War on Drugs in the Andes* (Oktober 1991) Williams, Robert. *Export Agriculture and the Crisis in Central America* (North Carolina, 1986) Wolpin, Miles. *Military Aid and Counterrevolution in the Third World* (Lexington Books, 1972)  
Wood, Bryce. *The Dismantling of the Good Neighbor Policy* (Texas, 1985) Zwick, Jim (Hrsg.). *Mark Twain's Weapons of Satire: Anti-Imperialist Writings on the Philippine-American War* (Syracuse, 1992)

## Weitere Bücher von Noam Chomsky

American Power and the New Mandarins (dt.: Amerika und die neuen Mandarine)  
Aspects of the Theory of Syntax (dt.: Aspekte der Syntax-Theorie)  
At War with Asia (dt.: Im Krieg mit Asien, 2 Bde.)  
Cartesian Linguistics (dt.: Cartesianische Linguistik)  
Class Warfare  
The Common Good  
Counterrevolutionary Violence: Bloodbaths in Fact and Propaganda (dt.: Massaker im Namen der Freiheit)  
Critical Writings (2 Bde.)  
The Culture of Terrorism  
Deterring Democracy  
Fateful Triangle: The U. S., Israel and the Palestinians  
For Reasons of State (dt.: Aus Staatsräson)  
Knowledge of Language. Its Nature, Origins and Use  
Language and Mind (dt.: Sprache und Geist)  
Language and Problems of Knowledge  
Lectures on Government and Binding  
Letters from Lexington: Reflections on Propaganda  
Manufacturing Consent (zus. mit Edward S. Herman)  
Media Control: The Spectacular Achievements of Propaganda  
The Minimalist Program  
Necessary Illusions  
On Power and Ideology (dt.: Die Fünfte Freiheit. Über Macht und Ideologie)  
Peace in the Middle East? Pirates and Emperors  
The Political Economy of Human Rights (zus. mit Edward S. Herman; 2 Bde.)  
Powers and Prospects  
Radical Priorities  
Reflections on Language (dt.: Reflexionen über die Sprache)  
Rethinking Camelot: JFK, the Vietnam War and US Political Culture  
Rogue States: The Rule of Force in World Affairs (dt.: War Against People. Menschenrechte und Schurkenstaaten, ab Herbst 2001 im Europa Verlag)  
Rules and Representations (dt.: Regeln und Repräsentationen)  
Sound Patterns of English (zus. mit Morris Halle)  
Towards a New Cold War  
Turning the Tide (dt.: Vom politischen Gebrauch der Waffen)  
The Umbrella of U. S. Power  
World Orders, Old and New  
Year 501: The Conquest Continues (dt.: Wirtschaft und Gewalt)

## Zu den Autoren

*Noam Chomsky*, geboren 1928, politischer Aktivist, Sprachtheoretiker und seit 1961 Professor am Massachusetts Institute of Technology, ist Träger von zehn Ehrendoktorwürden und etlicher anderer hoher Auszeichnungen und Preise, Mitglied der American Academy of Art and Sciences und der National Academy of Science und Autor mehrerer Bestseller über Linguistik, Philosophie und Politik. »Profit Over People« wurde von Howard Zinn als Chomskys bestes Buch bezeichnet.

*Robert W. McChesney* ist Professor für Kommunikationswissenschaften an der University of Illinois und hat eine Reihe von Untersuchungen über Medien und Demokratie veröffentlicht.